PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 40 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PschA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958.37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 23.9.1975, fertiggestellt.

25. September 1975 3. Jg. Nr. 38 50 Pfennig

Verfassungsschutz: Heimtükische Ausstreuungen

Rechtzeitig nach der Demonstration gegen den § 218 am 21. September in Bonn, die von den Komitees gegen den § 218 getragen und vom Kommunistischen Bund Westdeutschland initiiert und unterstützt worden ist, läßt der Verfassungsschutz durch den "Spiegel" folgende "Erkenntnis" ausstreuen:

"Observationstrupps vom Verfassungsschutz, der in Köln seit November 1973 eine eigene Abteilung 'Terrorismus' unterhält, beschaffen Soziogramme von regionalen § 218-Gruppen, von stadtbekannten Kommunen und vor allem von Zirkeln des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – seit 'Baader-Meinhof' nach der Staatsschützererkenntnis 'verstärkt KBW-Strukturen für die Basisarbeit nutzt'." (Der Spiegel, 22. September)

Worum geht es bei solchen "Erkenntnissen"? Natürlich gibt es diese "Erkenntnisse" gar nicht. An tatsächlichen Erkenntnissen liegen dem Verfassungsschutz vor: daß sich die Bewegung gegen den § 218 verstärkt, daß die Komitees diese Bewegung organisieren und daß der KBW in dieser wie in anderen politischen Bewegungen erfolgreich arbeitet und dementsprechend Fortschritte macht. Diese tatsächlichen Erkenntnisse beweisen dem Verfassungsschutz, daß der KBW bekämpft werden muß. Sie beweisen ihm aber auch, daß der KBW ein anderes Verhältnis zu den Massen hat deres Verhältnis zu den Massen hat als ein paar kleinbürgerliche Anarchistengrüppchen und daß dementsprechend auch die Massen ein anderes Verhältnis zum KBW haben.

Diese tatsächlichen Erkenntnisse treiben den Verfassungsschutz dazu, seine "Erkenntnisse" in die Welt zu setzen. Sie sollen zeigen, daß der KBW "in Wirklichkeit" etwas ganz anderes ist, als man annimmt: "In Wirklichkeit" ist er nämlich eine Organisation, deren Strukturen "Baader-Meinhof" verstärkt für die Basisarbeit nutzt. Und diese "Wirklichkeit", die die "Erkenntnisse" des Verfassungsschutzes zutage gefördert haben, ist so außer der Welt, daß sie von niemandem widerlegt werden kann.

Man sieht, die Sache hat Methode, und Methode ist auch, daß diese "Erkenntnisse" des Verfassungsschutzes vom "Spiegel" in der Manier eines Dreigroschenblattes ausgestreut werden: Der Verfassungsschutz verwandelt alle Welt in "Terroristen", um alle Welt terrorisieren zu können. Ist es nicht klar, daß von seiten der herrschenden Klasse und des bürgerlichen Staates Krieg geführt wird gegen die Revolutionäre und vorbereitet wird gegen die Massen?

Der Fehler der RAF besteht nicht darin, diese Tatsache ausgesprochen zu haben, er besteht darin, sie mit Kriegsspielen von einzelnen beantwortet zu haben.





25 000 demonstrierten am 21.9. in Bonn für die Forderungen: "Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen § 218!" Aufgerufen hatten die Komitees und Initiativen gegen den § 218. Unterstützt wurde die Demonstration vom Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW). Aus fast zweihundert Städten des Landes waren Delegationen gekommen, größere jeweils etwa 1 000 Teilnehmer starke aus Bremen, Frankfurt, Hamburg, Heidelberg, Köln und Westberlin. Aber gerade auch aus kleineren Orten gab es eine starke Beteiligung. Der Pfaffeneinfluß auf dem Lande und in der Provinz ist nicht übermächtig. – Hier ein Bild von der Schlußkundgebung auf dem Münsterplatz. – Weitere Berichterstattung auf Seite 3.

richterstattung auf Seite 3.

Bundestagsdebatte zum Krisenprogramm:

SPD, FDP, CDU einig: Die Löhne sind zu hoch

In der Bundestagsdebatte der vergangenen Woche stellte der CDU-Sozialexperte und Abgeordnete Katzer die folgende Rechnung auf: "100 000 Arbeitslose erfordern einen Kostenaufwand von 900 Millionen DM. Wenn ich diese in Arbeit bringe, erhalten sie 1,5 Milliarden an Löhnen und Gehältern, erwirtschaften ein Sozialprodukt von 4 Milliarden, zahlen davon Steuern und Sozialversicherungsbeiträge." (Stenografischer Bericht, S. 13 023) Der Abgeordnete Katzer führte diese Zahlen an, um damit zu belegen, welch gewaltige Verschwendung stattfindet, wenn nicht nur 100 000, sondern mehr als eine Million Arbeiter und Angestellte ohne Arbeit sind, viele Hunderttausend andere kurzarbeiten und sich mit den Zahlungen der Arbeitslosenversicherung über Wasser halten müssen.

Aber nicht nur die Verschwendung gesellschaftlicher Arbeitskraft wird in diesen Zahlen deutlich, sondern auch die gewaltige Bereicherung wird greifbar, die diejenigen aus den Arbeitern ziehen, die sie "in Arbeit bringen". Wenn die Kapitalisten 100 000 "in Arbeit bringen", dann "erwirtschaften" diese ihnen 4 Milliarden, während man ihnen nur 1,5 Milliarden an Lohn und Gehalt zahlt. Bleibt ein Gewinn von glatten 2,5 Milliarden DM, der aus der Arbeit von 100 000 im gesellschaftlichen Durchschnitt herausgezogen wird. Das ist ein Verhältnis von fast eins zu zwei zwischen Löhnen und Gewinnen, zwischen der Arbeit, die notwendig ist, um die Arbeitskraft des Arbeiters wiederherzustellen, und der Mehrarbeit, die er für die verschiedenen Kapitalisten und ihren Anhang leistet.

Man sollte denken, daß das eine lohnende Sache ist und daß die Kapitalisten in Westdeutschland gar nicht genug Arbeiter bekommen könnten, um an ihnen zu verdienen. Aber in Westdeutschland herrscht Krise und die Arbeitslosigkeit steigt noch.

Ist der Sozialismus an der Krise schuld?

Die Bundestagsparteien haben sich darüber gestritten, woher die Krise kommt und wer die Schuld daran trägt. Die SPD hat erklärt, es läge an der "Weltrezession, die alles in den Schatten stellt, was wir seit der Depression der 30er Jahre erlebt haben" (Kanzler Schmidt). Die CDU besteht darauf, daß die Krise im wesentlichen "hausgemacht" und von der SPD verschuldet sei. – Die eine Erklärung ist die andere wert. Daß die Krise aus der Rezession kommt, ist eine bemerkenswert tiefe Erkenntnis bei der SPD, die dadurch nicht heller wird, daß gesagt wird, die Rezession sei weltweit. Woher, bitte schön, kommt dann die weltweite Rezession? Kommt die nun vielleicht wieder aus der Krise? – Da hat es die CDU besser. Sie ist in Opposition. Also kann sie leicht erklären, die Krise käme von der Regierung. – Keine der im Bundestag vertretenen Parteien hat für die Krise den Kapitalismus verantwortlich gemacht. Vielmehr haben sie den Kapitalismus unter dem Namen soziale Marktwirtschaft sehr gelobt und gemeinsam bestätigt, daß er sich immer großartig bewährt habe. Die CDU hat sogar versucht, "sozialistische Experimente" dafür verantwortlich zu machen, daß die Kapitalisten in Westdeutschland es verschmähen, das Millionenheer der Arbeitslosen für sich 25 Milliarden DM Reingewinn "erwirtschaften" zu lassen.

Dabei hat die SPD der CDU selbstverständlich nicht zugestimmt, denn "sozialistische Experimente", das

Forts. S. 2

Neue Regierung in Portugal

Unter den Soldaten gärt es

In Lissabon ist die neue Regierung im Amt. Ihre ersten Maßnahmen schon lassen den Charakter dieser vor allem von der Sozialistischen Partei (PS) beherrschten Regierung erkennen. Der neue Informationsminister war kaum im Amt, als er erklärte, der von den Arbeitern besetzte Rundfunksender Renascenca werde diesen abgenommen und der Kirche zurückgegeben. Die Kirche, der die Radioanstalt zurückgegeben werden soll, ist eine der wesentlichen Stützen des Faschismus in Portugal gewesen und sie ist das auch heute unverändert.

Während so der Angriff auf die Informationsmedien der Arbeiterklasse geführt wird, öffnet die private Presse, z.B. "O Jornal" und "O Tempo", ihre Spalten den Faschisten der ELP und der MDLP. "O Jornal" veröffentlichte am Freitag ein ausgedehntes Interview mit Alpuim Calvao, der als Führer der MDLP in Madrid residiert. Es wurde bekannt, daß 17 000 Mann der MDLP inzwischen unter Waffen stehen, daß die Faschisten bereits Zellen aufbauen im ganzen Land und daß sie ein Blutbad nicht scheuen werden. Bis Weihnachten, so meinte Calvao, sei die Macht in Portugal durch seine und Spinolas Bewegung übernommen. Nach der Machtübernahme in Lissabon habe er Aufgaben in Afrika, so z.B. in Senegal, wo 12 000 Mann auf seine Führung warteten, um die PAIGC aus Guinea-Bissau zu jagen.

Während der Revolutionsrat der Zeitung "Republica" eine Bürgschaft für einen Kredit von 900 000 DM verweigert, um diese von den Arbeitern betriebene Zeitung abzuwürgen und wieder der Sozialdemokratie übergeben zu können, machte "Republica" heute bekannt, daß eines der größten Monopol, die ITT, 20 Millionen DM von der Portugiesischen Bank zugeschoben bekommt, nachdem ITT zuvor mit der Entlassung von 1 500 Arbeitern gedroht hatte.

Die Staatsorgane Portugals stehen dem Imperialismus zu Diensten und schlagen das Volk. Der Einfluß der Sozialdemokratie in der Regierung und im Revolutionsrat trägt seine Früchte.

Nach der großen Soldatendemonstration von Porto und der Weigerung mehrerer Einheiten, sich als Kolonialtruppen in Angola einsetzen zu lassen, existiert inzwischen in der Armee eine schwarze Liste. Diese Liste ist lang. Soldaten wurden schon festgenommen und eingekerkert. Die Entwicklung in der Armee ist damit nicht zu stoppen: Die Soldatendemonstration in Porto war der Anfang einer revolutionären Soldatenbewegung und nicht ihr Ende.

Gestern gab die SUV (Soldaten vereint werden siegen), die vor etwa vier Wochen in Porto gegründet wurde, auf einer Pressekonferenz, die unter der Bedingung verdeckter Arbeit durchgeführt wurde, bekannt, daß die SUV inzwischen im ganzen Land organisiert ist und außer in den Landstreitkräften auch schon in der Marine und in der Luftwaffe Mitglieder zählt. Auf der Pressekonferenz sagten

Forts. S. 2

Fortsetzung von S. 1

Bundestagsdebatte zum Krisenprogramm

läßt sie sich nicht vorwerfen. Und damit hat sie recht. Zwar sind Enteignungen vorgekommen. Der Abgeordnete Dollinger (CSU) führt für 1974 die Zahl von 7 722 Pleiten an und für das erste Halbjahr 2975 bereits 4 481. Aber das sind Enteignungen, die nicht von Sozialisten oder gar Kommunisten vorgenommen wurden. Hier haben größere Kapitalisten kleinere vernichtet oder geschluckt und so auf ihre Weise zu der vom Abgeordneten Dollinger befürchteten “Auflösung des Eigentumsbegriffs“ beigetragen.

Wenn die SPD mit Recht bestritt, für sozialistische Experimente verantwortlich zu sein und man festhalten muß, daß eine einzige kapitalistische Krise mehr Enteignungen von Kapitalisten durch Pleiten bringt, als die SPD in ihrer ganzen Geschichte zustande gebracht hat, so harmonierten die Parteien im Bundestag doch wieder in der Frage, daß es in der Vergangenheit eine “Inflation der Ansprüche“ (Genscher – FDP, zitiert von Stoltenberg – CDU) gegeben habe. Auch Bundeskanzler Schmidt hat sich in dieser Richtung geäußert. “Die entscheidende Ursache für die Krise sei, daß wir alle über unsere Verhältnisse gelebt hätten“, so zitierte wiederum der CDU-Mann Stoltenberg ein Kanzlerwort. Allerdings hatte der Bundeskanzler das – eingedenk der weltweiten Rezession – in Dänemark und gleich für alle anderen Länder mit von sich gegeben.

Nun ist die Formulierung, daß “wir alle über unsere Verhältnisse gelebt haben“ ja noch einigermaßen undeutlich. Wenn man sich an die eingangs erwähnten Zahlen des Abgeordneten Katzer erinnert, so stellt sich die Frage: Hat die Handvoll Kapitalisten übermäßig viel fremde Arbeit sich angeeignet, wenn sie aus 100 000 Arbeitern 2,5 Milliarden Mehrwert herausschlägt? Oder haben die 100 000 Arbeiter und Angestellten im Übermaß gelebt, wenn sie 1,5 Milliarden Lohn und Gehalt bekamen? Der Bundeskanzler stellt das klar: “Die Lohnquote sei zu hoch“, hat er geäußert. Und das war auch die erklärte Meinung der Stoltenberg, Friderichs, Carstens, Kohl.

Wie aber dann die Lohnquote senken? Die Regierung schlug neben der Streichung von gesetzlichen Sozialleistungen Steuererhöhungen vor. Minister Friderichs gab zu verstehen, das sei nicht gegen die Kapitalisten gerichtet, sondern ausschließlich gegen das Volk: “Nun ein Wort zur Mehrwertsteuer. Sie trifft nicht die Unternehmen, denn sie wird überwälzt, und das soll sie ja auch werden.“

Die CDU bestritt nicht, daß die Mehrwertsteuer zu Lasten der breiten arbeitenden Massen geht. Trotzdem ist sie nicht dafür. “Jetzt nicht und nicht zu diesem Zweck“, wie der CSU-Vorsitzende Strauß auf dem CSU-Parteitag gesagt hatte. CDU und CSU verlangen vorweg 7 bis 10 Milliarden Mark weitere Streichungen. Der Abgeordnete Kirst von der FDP rechnete vor, eine so große Summe könne man nur entweder von den Renten streichen, oder aus den Verteidigungsausgaben (“Wir wollen das ganz entschieden nicht“), oder man “muß an das Kindergeld heran“. Da hat er im Prinzip nichts gegen. Nur: “Das kann ich mir auch schlecht vorstellen.“

Wo nun aber gestrichen werden soll, darüber verweigerte die CDU die Aussage. Sie sei ja nicht in der Regierung. Die Regierung solle gefälligst Vorschläge machen, die werde man dann “sorgfältig prüfen“. Betont wurde die “Kooperationsbereitschaft . . .,, notwendige unpopuläre Sparbeschlüsse – auch bei gesetzlichen Leistungen – grundsätzlich mit zu tragen“ (Stoltenberg).

Den Anfang machen mochte aber auch die Regierung vorläufig nicht. Vielmehr verlangte Schmidt von der CDU, sie solle “sagen, was ihre Absicht ist, wo sie es sparen wollen“. Und nachdem schon Stoltenberg und Schmidt “Vorschläge“ erbeten hatten, schloß sich auch Genscher von der FDP an: “Wir sind bereit – und das sage ich nicht nur für die FDP, sondern für die ganze Bundesregierung –, unvoreingenommen und objektiv jeden ihrer zusätzlichen Kürzungsvorschläge zu prüfen. Nur müssen sie auf den Tisch, bevor sie geprüft werden können.“

“Hannemann, geh' du voran!“ – Nach diesem Motto sind alle drei Parteien verfahren. Sie wollen den arbeitenden Massen ans Fell. Der Minister Friderichs drückte das so aus: “Es ist doch wohl keine Frage, daß rezessive Erscheinungen auch ein Nährboden für überfällige Strukturveränderungen sind“ oder für “tiefgreifende Einschnitte“, wie es bei ihm an anderer Stelle heißt. Und wegen dieser wohltätigen Strukturentscheidungen, welche die “überzogenen Ansprüche“ der Arbeiter und Angestellten dämpfen, ist der Minister bereit, “auch eine Schrumpfung vorübergehend in Kauf zu nehmen“.

Während sie alle wie die Katzen um den heißen Brei herumgeschlichen sind, hat der Abgeordnete Schmidt (SPD) aus Wattenscheid, zugleich Vorsitzender der IG Bergbau, ihnen den Deppen gespielt. Der Mann kommt normalerweise nicht zu Wort. Jetzt, wo es den Arbeitern massiv ans Fell soll, durfte er für die Fraktion sprechen, als Arbeitervertreter. Vor Dankbarkeit ist er auf dem Bauche gekrochen und hat erklärt: “. . . möchte ich der Bundesregierung unseren, den sozialdemokratischen Respekt vor der Redlichkeit, vor dem Mut (Lachen bei der CDU/CSU), vor der Logik, vor der Gewissenhaftigkeit sagen, den Menschen in unserem Vaterlande jetzt in dieser Zeit so umfänglich, so ungeschminkt und so weitsichtig zu sagen, mit welchen Mitteln, mit welchen Instrumenten wir aus der Lage herauskommen können, die weder die Politik in diesem Lande noch die Menschen in diesem Lande verschuldet haben.“

Es wird sich die Arbeiterklasse offensichtlich außerhalb des Parlaments zu Wort melden müssen, wenn sie die Pläne durchkreuzen will, die gegenwärtig zu ihren Lasten geschmiedet werden. Das ist die einzige Sprache, welche die bürgerliche Klasse und ihre Politiker verstehen. Der Minister Friderichs gab zu: “Wenn die Tarifpartner das Einsehen nicht haben, nützt das andere relativ wenig.“ Die Kapitalisten sollen einsehen, daß sie weniger Lohn zahlen müssen – das wird ihnen leicht fallen. Die Arbeiter, daß sie weniger Lohn bekommen – da liegt der Hase im Pfeffer. – (wm)

Maihofer: Im letzten Jahr mit höheren Lohnerhöhungen gerechnet

Innenminister Maihofer begründete am Donnerstag ,dem 11.September seine Ansicht über die Möglichkeit, im öffentlichen Dienst besonders niedrige Tarifabschlüsse zu erreichen. Er berief sich auf die Erfahrungen des Vorjahres. Durch das “kooperative Verhalten“ der Tarifpartner sei es möglich gewesen, “eine erheblich höhere Einsparung gegenüber dem ursprünglich für Tarifaufbesserungen von der Bundesregierung veranschlagten Satz“ zu erreichen. So wird die schwache Gegenwehr der Gewerkschaft im letzten Jahr zum Argument für den Minister, in diesem Jahr noch entschiedener nachzusetzen und die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst weiter zu drücken (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. September).

Portugal: Das reaktionäre Pressegesetz landet im Müll

Zehn Tage galt das vom Revolutionsrat am 8. September verabschiedete Pressegesetz, das Berichterstattung über Vorgänge in der Armee verbot. Am 18. September mußte der Revolutionsrat es zurücknehmen. Zwischendurch hatte der Revolutionsrat versucht, über die Zeitungsdirektoren noch einmal das Gesetz durchzusetzen. Das Sekretariat der Arbeiterkommissionen der Lissaboner Zeitungen erklärte daraufhin, daß es sich an keinerlei Absprachen zwischen Direktoren und Revolutionsrat halten
toren und Revolutionsrat halten
werde. Die Arbeiterkommissionen der Presse- und Informationsorgane erklärten weiterhin, daß sie das Gesetz nicht anerkennen und sich an nichts hielten, was sie nicht anerkennen würden. Überall im Land war Protest gegen das Gesetz laut geworden, und das Gesetz wurde vom ersten Tag an in zahlreichen Zeitungen mißachtet. Dem Revolutionsrat blieb nichts anderes übrig, als das Papier in den Müll zu werfen. – (kkw)

Klagen vor Arbeitsgerichten sprunghaft gestiegen

Die Zahl der Klagen vor den Arbeitsgerichten ist im ersten Halbjahr 1975 sprunghaft gestiegen. Wie der DGB-Landesbezirk in Stuttgart mitteilte, seien in den ersten sechs Monaten dieses Jahres von den Arbeitsgerichten bereits 2 377 Klagen in erster Instanz entschieden worden. Im gesamten Jahr 1974 waren es nur 2 320 Fälle. Die Zahlen geben eine Ahnung, wie stark die Übergriffe der Kapitalisten in der Krise zugenommen haben (nach Stuttgarter Zeitung, 18. September).

Fortsetzung von S. 1

Unter den Soldaten gärt es

die Soldaten, deren Gesichter mit Kapuzen verhüllt waren, unter anderem folgendes: “Die heutige Lage ist ernst und gefährlich. Unsere Eroberungen, unsere eroberten Rechte sind in Gefahr. Die Rolle der jetzigen Regierung ist der Angriff auf die Arbeiterklasse und ihre Errungenschaften. Die Arbeiter und Bauern, die angegriffen werden, sie können mit uns rechnen. Die reaktionären Offiziere verstehen unter Disziplin, daß wir unsere Waffen gegen die Klassenbrüder außerhalb der Kasernen richten. Die Regierung hat die Entwaffnung der Arbeiter schon angekündigt.

Wir kennen die Erfahrungen unserer Brüder in anderen Ländern, vor allem in Chile. (. . .) Die richtigste Antwort der portugiesischen Arbeiterklasse, die würdigste Antwort auf den Mörder Pinochet haben die Soldaten der Sicca-Kaserne gegeben. Einen Tag nach der großen Soldatendemonstration in Porto haben 300 Soldaten und Rekruten bei einer Parade eine Schweigeminute für die im Kampf gegen den Faschismus gefallenen Genossen eingelegt.

Die Kommandanten, die Offiziere haben das zu verhindern gesucht, und da riefen die Soldaten: 'Reaktionäre, raus aus den Kasernen!'

Wir Soldaten brauchen zur Bewältigung unserer Probleme die Einheit mit unseren Klassenbrüdern außerhalb der Kasernen und brauchen innerhalb der Kasernen eine Klassenorganisation, die uns Arbeiter unterstützt. Die Fragen stellen sich immer in dieser Art: Es gibt Ausgebeutete und Ausbeuter, Unterdrückte und Unterdrücker. Und wir sind Arbeiter in Uniform und stehen auf der Barrikadenseite der Unterdrückten.

Wir haben schon einmal unseren Klassenstandpunkt verlassen, als wir uns an die Leine der MFA, der Offiziersorganisation in der Armee, legen ließen. Das kommt uns jetzt teuer zu stehen, weil wir die Unterstützung gewisser Bereiche der Landbevölkerung verlieren. Wir dürfen uns von niemandem an die Leine legen lassen.

Wir sind nicht gegen die Offiziere, aber wenn die Offiziere wirklich auf der Seite der Revolution kämpfen wollen, dann müssen sie sich darüber im klaren sein, daß dieser Kampf nur möglich ist in enger Verbindung zwischen uniformierten Arbeitern und den Arbeitern in den Fabriken. Viele Offiziere sind schon in unseren Reihen organisiert. Die SUV ist heute schon national organisiert. Die MFA hat ihre Schranken gezeigt; deshalb besteht die Notwendigkeit, sich in den Kasernen zu organisieren als der zukünftige bewaffnete Arm des Volkes.“

Die Soldaten der SUV kündigten für Donnerstag eine große Soldatendemonstration in Lissabon an, die von zahlreichen Arbeiterkommissionen und Organen des Volkswillens unterstützt wird.

Die Ausbreitung dieser Soldatenorganisation, die sich in Windeseile im ganzen Land vollzieht, ist eines der wichtigsten Ereignisse der letzten Zeit in Portugal.

Während die Sozialdemokratie am Samstag in Porto-Allegre, nahe der spanischen Grenze, eine Demonstration gegen die “Übergriffe der Arbeiter und Bauern und für die Verjagung der Kommunisten“ organisierte, sind die Arbeiter und Bauern wachsam. Am Donnerstag voriger Woche wurde von über 50 Arbeiter- und Einwohnerkommissionen eine Demonstration von über 50 000 Menschen in Lissabon organisiert mit der Stoßrichtung der Verteidigung der erkämpfen Errungenschaften.

Im ganzen Alentejo wurde am Mittwoch nicht gearbeitet, und am Samstag besetzten Landarbeiter weitere 8 000 Hektar in diesem Gebiet. Gelingt es, eine Einheit zwischen Arbeitern, Bauern und Soldaten herzustellen für die Revolution, dann ist das Programm der jetzigen Regierung zum Scheitern verurteilt. Die Basis dafür, daß die bestehenden Organe des Volkswillens Organe der Volksmacht werden können, ist ihre politische Einheit und ihre Bewaffnung. Die Soldatenorganisation SUV wird am Donnerstag auf ihrer Demonstration dieses Ziel in den zwei Parolen mitführen: “Arbeiter, Bauern, Soldaten und Matrosen, vereint werden wir siegen!“ und “Arbeiter, Bauern, Soldaten und Matrosen – Selbstverteidigung des Volkes!“ – (kkw, Lissabon, 22. September)

SPD - Beschlüsse zur Investitionslenkung:

Das Privateigentum der Kapitalisten wird nicht angegriffen

Am Wochenende verabschiedeten zwei Landesparteitage der SPD Beschlüsse, in denen sie die Einführung der staatlichen Investitionslenkung und -kontrolle fordern.

CDU/CSU und FDP wie auch die Kapitalistenverbände sprachen sich einmütig gegen diese Beschlüsse aus. In der SPD selbst führten sie zu heftigen Auseinandersetzungen. Worum geht es in diesem Streit?

Offensichtlich ist, daß diese Beschlüsse die Antwort des linken Flügels in der SPD auf die gegenwärtige Wirtschaftskrise darstellt. Die Dauer und Tiefe dieser Krise mit all ihren elenden Folgen für die Arbeiter, ist sie nicht ein Beweis dafür, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung völlig ungeeignet ist, die Bedürfnisse der arbeitenden Menschen zu befriedigen?

Diese Frage haben die Befürworter der Investitionslenkung freilich nicht aufgeworfen. Sie sagen, der Grund der Krise liegt darin, daß allein eine Handvoll Kapitalisten darüber entscheidet, was und wieviel investiert wird. Deshalb fordern sie, daß man den Kreis derer, die sich an den Investitionsentscheidungen beteiligen, erweitern müsse, daß nicht nur mehr eine Handvoll Kapitalisten, sondern der bürgerliche Staat darüber entscheidet, denn dieser könne umfassender planen und würde auch die Bedürfnisse der Massen berücksichtigen. Unter Investitionen versteht man den Teil des Geldes der Kapitalisten, den diese zum Kauf von Maschinen, Arbeitsmaterial und Gebäuden verwenden, um die Produktion fortzuführen und zu erweitern.

Wie und in welchem Ausmaß der bürgerliche Staat die Investitionen kontrollieren soll, darüber gibt es im linken Lager der SPD verschiedene Auffassungen. Die einen sagen, der Staat soll die Investitionen mit Subventionen fördern und steuern, die anderen sagen, er soll den Kapitalisten direkt vorschreiben, wo und wieviel sie investieren sollen.

Die Frage ist, kann der bürgerliche Staat darüber entscheiden, ob die Kapitalisten investieren, wo und wieviel sie investieren? Kann er damit die Wirtschaftskrisen verhindern? Investitionen nehmen die Kapitalisten vor, um sich damit durch die Ausbeutung der Arbeiter Profite anzueignen. Finden sie für ihr Geld keine Bereiche zur weiteren profitbringenden Ausbeutung der Arbeiter oder müssen sie damit rechnen, daß sie nicht alle produzierten Waren verkaufen können, dann stecken sie mit den Investitionen zurück, und die Ausbeuterwirtschaft befindet sich in der Krise.

Daß dies so ist, hat seinen Grund darin, daß alle Produktionsmittel in dieser Gesellschaft privates Eigentum einer Handvoll Kapitalisten sind, während die große Masse besitzlos ist und Arbeit bloß bekommt, wo sie mit dieser das Privateigentum der Kapitalisten erhält und vermehrt.

Auf der Grundlage dieser Eigentumsverhältnisse kann der bürgerliche Staat, dessen Aufgabe gerade der Schutz des Privateigentums ist, daher nicht darüber entscheiden, ob die Kapitalisten investieren, ob sie ihr Geld zum Zwecke der Profitmacherei anlegen oder nicht. Allenfalls kann er, wenn die Kapitalisten investieren, Einfluß darauf nehmen, wo und in welchem Umfang investiert wird. Ob sie aber investieren, hängt einzig davon ab, ob der Stachel des Gewinns sie dazu antreibt.

Das kann man an der gegenwärtigen Lage gut sehen. Kein Befehl des Staates könnte die Kapitalisten dazu veranlassen, zu investieren, die leerstehenden Produktionskapazitäten wieder zu nutzen, die brachliegenden Arbeitskräfte zu beschäftigen, solange die Hoffnung auf Gewinne die Kapitalisten dazu nicht antreibt. Deswegen verlegt sich die Regierung auch darauf, durch allerlei Maßnahmen Bedingungen zu schaffen, die den Kapitalisten wieder höhere Gewinne ermöglichen.

Verändern wird sich durch die staatliche Investitionslenkung so lediglich, daß der Staat ein Wort dabei mitzureden hat, in welchem Ausmaß und in welchen Branchen die Kapitalisten aus den Arbeitern Gewinne herausschlagen, vorausgesetzt, sie sind überhaupt zu Investitionen bereit. Deswegen konnte auch der SPD-Vorsitzende Brandt den Kapitalisten und Politikern, die über diese Beschlüsse der Landesparteitage empört waren, entgegenhalten, es gehe nicht um die “Systemüberwindung“, sondern gerade darum, daß der Staat bessere *“Rahmenbedingungen zur Förderung unternehmerischer Tätigkeit“* schafft (Süddeutsche Zeitung, 23. September), daß mit der staatlichen Investitionskontrolle die Gewinnmacherei reibungsloser ablaufe. Wenn aber die staatliche Investitionslenkung die Ausbeutung und Profitmacherei durch die Kapitalisten nicht in Frage stellt, sondern sie nach Meinung des SPD-Vorsitzenden gerade unterstützt, warum dann diese Empörung über die SPD-Beschlüsse im bürgerlichen Lager?

Die Antwort ist, daß die Kapitalisten und ihre Politiker wissen, daß diese Diskussion ihnen nur schaden kann, daß sie den Raum der Debatte, in der das System der Lohnsklaverei insgesamt angegriffen und in Frage gestellt wird, verbreitert.

Denn obwohl die SPD-Beschlüsse das Privateigentum der Kapitalisten nicht angreifen, lenken sie doch die Aufmerksamkeit darauf, daß die Kapitalistenwirtschaft nicht in der Lage ist, die Bedürfnisse der Massen zu befriedigen.

Die Gruppierungen und Kräfte innerhalb der SPD, die sich für die staatliche Investitionslenkung ausgesprochen haben, setzen mit ihrem Vorschlag auf den bürgerlichen Staat.

Sie sagen, wenn der Staat statt der Handvoll Kapitalisten die Investitionen lenkt, wird er dies im Interesse **der breiten Massen tun.**

Die Kapitalisten und ihre Politiker wissen aber genau, daß dies nicht der Fall ist. Sie wissen, daß der Staat die bestehende Eigentumsordnung schützt und daß in diesem Staat nicht der Wille der Massen, sondern die Profitsucht der Kapitalisten herrscht.

Folgender Widerspruch, den die auf staatliche Investitionskontrolle setzenden SPD-Gruppierungen daher zu lösen hätten: Der Staat, in dem der Wille der Kapitalisten herrscht, soll die Investitionen im Interesse der Massen lenken, ohne die Eigentumsverhältnisse anzutasten. Dieser Widerspruch ist aber nicht auflösbar und kann gelöst werden nur durch die Enteignung der Kapitalisten.

Kein Wunder daher, daß diese SPD-Beschlüsse von Brandt als kapitalistenfreundlich und von den Kapitalisten als “systemverändernd“ angegriffen werden können. Denn mit ihrer halbherzigen und widersprüchlichen Position, die, statt die Frage der Enteignung aufzuwerfen, nur von staatlicher Investitionskontrolle redet, die, statt die Frage der politischen Macht aufzuwerfen, ihr Vertrauen in den Staat der Kapitalisten setzt, werden die Befürworter der Investitionskontrolle zum beliebig deutbaren Streitobjekt im bürgerlichen Lager.

Gegenüber den Arbeitern wirkt ihr Vorschlag aber direkt verhöhnend. Denn für diese macht es wenig Unterschied, ob die Kapitalisten mit oder ohne Hilfe des Staates die Ausbeutung regeln. – (er)

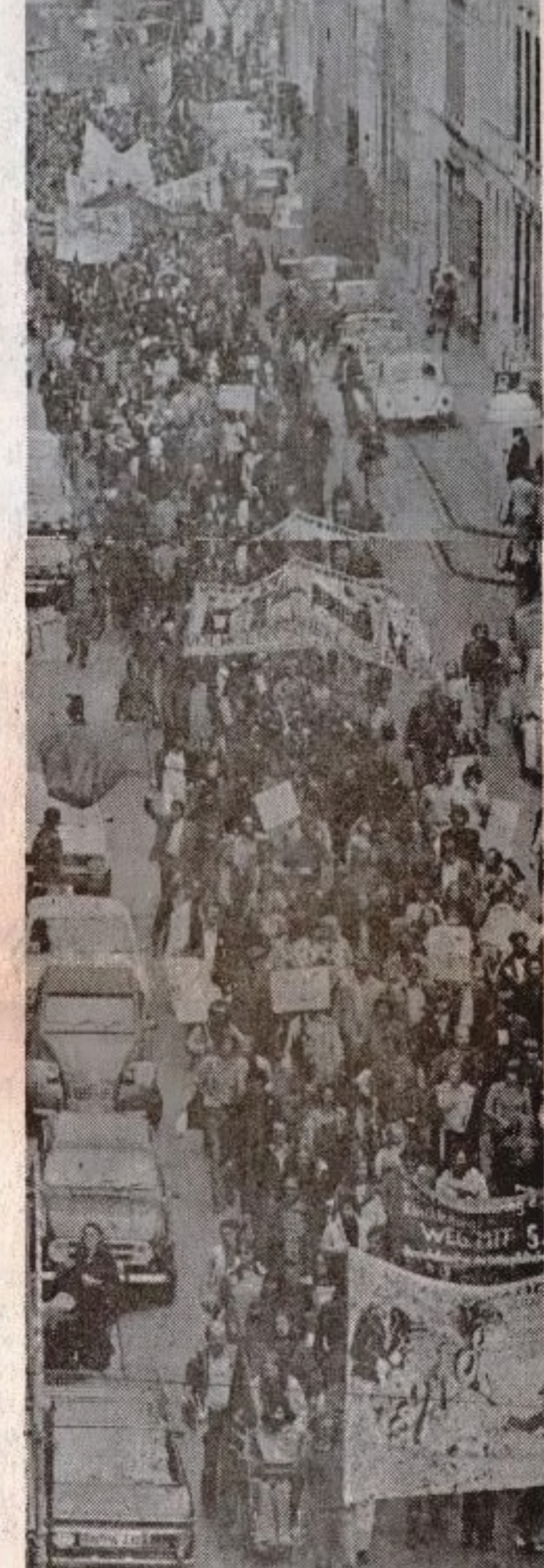


An der Spitze der Demonstration wurden die Forderungen der Komitees gegen den § 218 getragen, für die inzwischen 502.122 Unterschriften gesammelt sind. Die Komitees wissen, daß mit der Demonstration der Kampf nicht beendet ist und sind sich darüber im Klaren, daß der bürgerliche Staatsapparat durchgreifen will und in jedem einzelnen Fall zurückgeschlagen werden muß.



"Wenn die Verfassung gegen das Volk ist, ist das Volk gegen dieVerfassung" war eine häufig gerufene Parole in der ganzen Demonstration.

Mit 6 Sonderzügen, ca. 100 Bussen und mit Privatwagen waren die Teilnehmer nach Bonn gekommen.



25 000 demonstrierten in Bonn

"Weg mit dem Paragrafen 218 Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!" – Unter diesen Forderungen haben 25 000 am 21. September 1975 in Bonn demonstriert.

In ihren Forderungen war die Demonstration so einheitlich wie das bei derart großen Massendemonstrationen in den letzten Jahren nie der Fall war. Die von den Komitees gegen den § 218 beschlossenen Forderungen haben nicht nur breite Unterstützung gefunden durch inzwischen mehr als 500 000 Unterschriften. Sie waren geeignet, 25 000 aktive Kämpfer gegen den § 218 zusammenzuschließen in einer Demonstration. Das wurde erreicht, obwohl neben dem KBW keine einzige politische Organisation die Forderungen der Komitees unterstützte.

Nicht nur den einheitlichen Zusammenschluß im Kampf ermöglichten die Forderungen der Komitees. Sie eröffneten zugleich den Raum für vielfältige Initiative. Auf der Demonstration waren immer wieder Transparente zu sehen, auf die besonders große Mühe und Phantasie verwendet worden war. Liedergruppen traten auf, die sich zum Teil erst während der Kampagne gegen den § 218 gebildet hatten, und so viele verschiedene Lieder wurden vorgetragen, wie sie nur auf der Grundlage einer breiten Massenaktivität entstehen können.

Im festen Bewußtsein von der Gerechtigkeit der Sache, das in den Wochen und Monaten vorher gestärkt worden war durch die breite Zustimmung und Unterstützung für den Kampf gegen den § 218, waren die vielen Tausend Demonstranten nach Bonn gekommen. Schon am Bahnhof versuchte die Polizei, die Demonstration zu schikanieren und zu demütigen. Noch vor Aufstellung der Marschblöcke stieß sie mit Überfalltrupps und Hunden immer wieder in die Menge und beschlagnahmte einige Transparente. Der Vorwand: Die Stangen seien zu lang. Die Provokation mißlang. Ordnerketten schalteten sich ein, und die Polizei mußte von ihrem Vorhaben ablassen. Ein höherer Polizeioffizier ließ fallen: Ihr könnt euch freuen, daß ihr so viele seid.

Aber es waren nicht nur viele. Es waren viele, die auf einheitlicher politischer Grundlage organisiert auftraten. Es waren nicht nur 25 000 einzelne Menschen, sondern es war eine große Menschenmasse, die sich mit einheitlichem Willen und einheitlichem Plan bewegen konnte. Von der Anreise über die Aufstellung, den Marsch durch die Stadt, die Schlußkundgebung auf dem Münsterplatz bis zur Abreise gelang es, den einheitlichen Willen der 25 000 auch in geschlossene Aktion umzusetzen.

Die Demonstration der 25 000 in Bonn war Ausdruck einer starken demokratischen Bewegung gegen die bürgerliche Reaktion; Ausdruck des Willens, an einer gerechten Sache auch gegen den bürgerlichen Staat und das Wort seines höchsten Gerichts festzuhalten und sie selbständig zu verfechten.

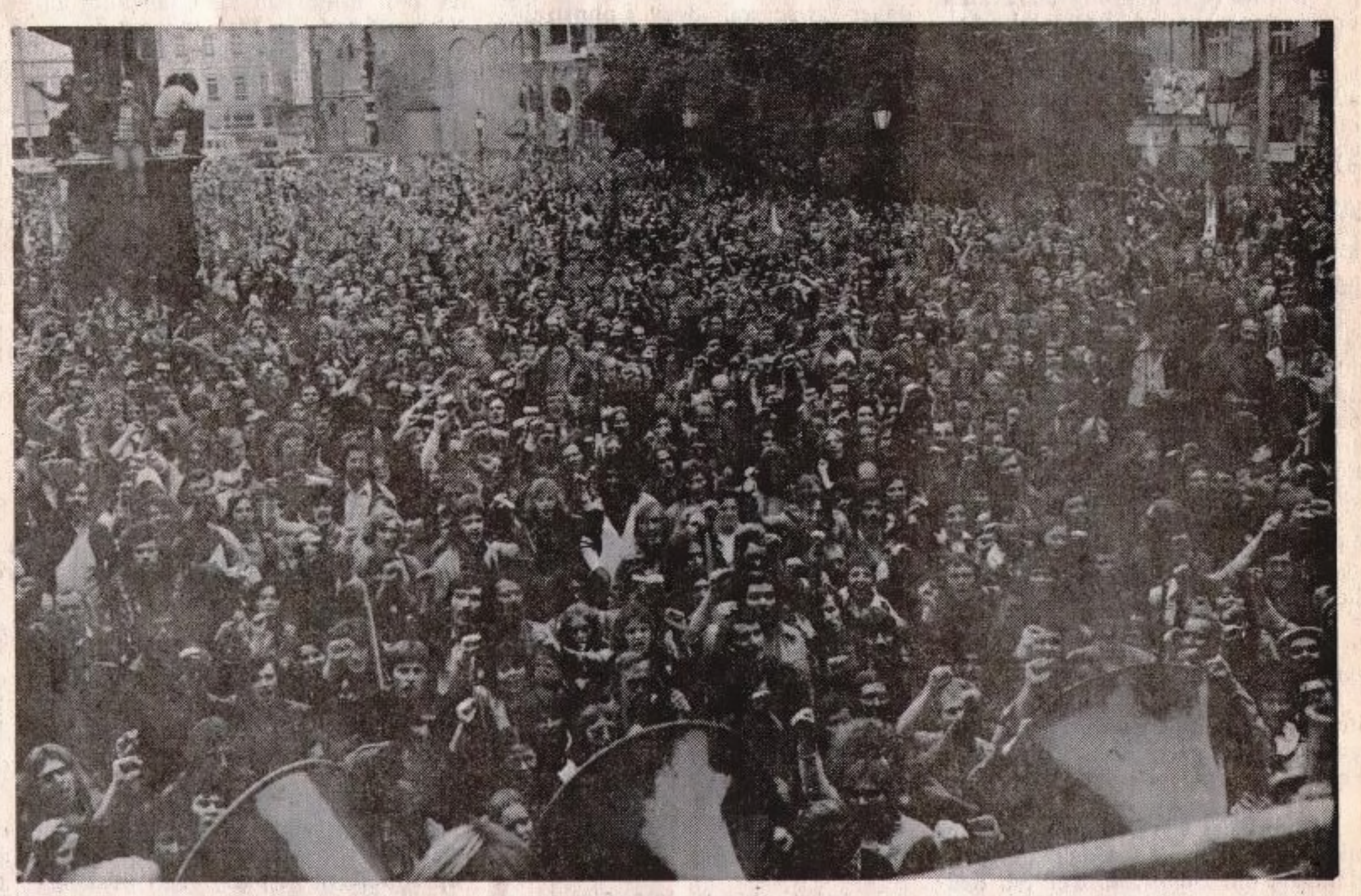
Die Demonstration war ein großer Schritt im Kampf gegen das Strafgesetz 218. Sie hat bewiesen: Die Bewegung gegen den § 218 hat heute einen starken aktiven Kern, der nicht mehr auf Versprechen der bürgerlichen Politiker baut, sondern entgegen allen Parlamentsintrigen, Politikerlügen und Presseverleumdungen an der Forderung nach völliger Beseitigung des § 218 festhält und am Recht der Massen, selber zu entscheiden. Keiner der bürgerlichen Politiker hat sich bisher öffentlich zur Demonstration und ihren Forderungen geäußert. Eines aber ist nach dieser Demonstration klar: Die bürgerlichen Politiker kriegen die Sache nicht mehr vom Tisch, wie sie es planten. Sie haben die Bewegung gegen den § 218 nicht klein bekommen. Im Gegenteil: Durch die Größe der Demonstration, vor allem aber auch durch ihre politische Geschlossenheit haben sich die Möglichkeiten erheblich verbessert, den Machenschaften des bürgerlichen Staates entgegenzutreten.



Die Polizei versuchte zu provozieren und Transparente herauszufischen. Durchweg Polizeioffiziere waren dazu eingesetzt. Wenn es den bezahlten Polizeihunden nicht gelang, Unruhe zu stiften, hat sich bewiesen, daß eine sehr große Zahl von Menschen sich gut organisieren kann, wenn sie ein einheitliches Ziel verfolgt.



Der § 218 ist ein Klassengesetz. Er trifft die Armen. Der Staatsapparat trifft bei der Durchsetzung des Strafgesetzes auf wachsenden Widerstand. Die Propaganda der Komitees zeigt das gut auf.



"Der Fortschritt der Bewegung gegen den § 218 ist ein Fortschritt der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat und auf dem Wege der Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung", für diese Feststellung in seiner Rede erhielt Martin Fochler, der in Vertretung des inhaftierten Sekretärs für das Zentrale Komitee des KBW auf der Schlußkundgebung sprach, große Zustimmung. Mit der Rede einer Vertreterin der Komitees gegen den § 218, mit Grußadressen u. a. von italienischen, spanischen und türkischen Kollegen, sowie mit einer Grußadresse der inhaftierten ZK-Mitglieder J. Schmierer, B. Braunbehrens, J. Noth und des KBW-Mitglieds D. Hildebrandt wurde die Abschlußkundgebung genutzt, um den Kampfeswillen zu bekräftigen.

Stahltarifrunde – Betriebszelle Klöckner – Hütte Bremen:

An der Forderung festhalten: 140 DM mindestens für jeden

Bremen. In der letzten Ausgabe der KVZ haben wir geschrieben: Die beschlossene Forderung für die Stahlarbeiter bietet dem Heißhunger der Kapitalisten nach Mehrarbeit keinen Einhalt. Im Gegenteil, sie stachelt ihn nur an. Nachdem die Gewerkschaftsführer sich mit der 8 Prozent-Forderung vor der Bundesregierung und der Kapitalistenklasse verneigt haben, langen die jetzt erst so richtig hin.

Die Forderung gefährdet die Arbeitsplätze in der Industrie (BDI) und den Aufschwung (Friderichs). Und das Vorstandsmitglied der Klöckner AG, Harms, hält den Bogen für weit überspannt.

Wo dieser Herr hin will, ist kürzlich im Kaltwalzwerk der Klöckner Hütte Bremen deutlich geworden.

Die Nachtschicht an der Beize, die normalerweise Samstag Morgen sechs Uhr ins Wochenende geht, sollte in der darauffolgenden Nacht auf Überstunden kommen. Bezahlt werden sollte ihnen für die Überstunden Kurzarbeitergeld plus Schichtzulage. In der geplanten Kurzarbeitsperiode im Oktober, also erst im nächsten Monat, sollte ihnen ein Tag mit vollem Lohn vergütet werden. Inzwischen ist diese Kurzarbeit wegen zwei dicken Aufträgen schon wieder gestrichen worden, so daß die Kollegen vorläufig nichts von ihrem Geld gesehen hätten. **Kurzarbeitergeld plus Schichtzulage** – das sind die Vorstellungen der Kapitalisten von einem "stabilitätsgerechten Lohn".

Die Kollegen der Nachtschicht haben diese Unverschämtheit zurückgewiesen und die Überstunden geschlossen abgelehnt. Von den Kollegen aus den anderen Anlagen wurde dies Verhalten begrüßt und unterstützt. "So ist das richtig, die können doch mit uns nicht alles machen." Nur so können wir den Kapitalisten beikom-

ben diese Unverschämtheit zurückgewiesen und die Überstunden geschlossen abgelehnt. Von den Kollegen aus den anderen Anlagen wurde dies Verhalten begrüßt und unterstützt. "So ist das richtig, die können doch mit uns nicht alles machen." Nur so können wir den Kapitalisten beikom-

men. Das gilt auch für die Lohnrunde. Jeder kann sich an fünf Fingern abzählen, daß die 8 Prozent-Forderung auf einen deftigen Lohnraub hinausläuft. "Bei einer 8-Prozent-Forderung landen sie in den Verhandlungen bei höchstens fünf Prozent", meinte ein Kollege. "Und das ist Lohnabbau, und wer streikt dann noch für drei Prozent in dieser Situation?" "Wir haben doch auf der Betriebsversammlung alle für 140 DM mindestens gestimmt, und das war schon nicht zuviel." "Wenn es berechtigt ist, bin ich bei einem Streik dabei!" "Wenn wir 140 DM für jeden fordern und sollen nur 70 DM kriegen, dann müßten wir die Klamotten hinschmeißen."

Zunehmend klarer wird die Alternative, die sich uns stellt: Entweder wir kämpfen oder es gibt einen deftigen Lohnabbau.

Auch ein Teil jener Kollegen in den hohen Lohngruppen, die vorher meinten, man müsse nur eine hohe Prozentforderung aufstellen, dann würde das Ergebnis schon für sie reichen, sehen jetzt, daß es ohne Kampf gar nichts geben wird. "Wenn wir überhaupt was haben wollen, müßten wir wieder streiken. Das ist schon richtig. Aber da kriegst du die anderen nicht hin. In dieser Situation kriegst du keine Einheit in die Belegschaft." Unter acht Prozent oder irgendeiner anderen Prozentforderung werden wir die Einheit nicht herstellen können, die wir für einen erfolgreichen Kampf brauchen. Die Einheit ist aber möglich unter der Forderung, die der Vertrauenskörper aufgestellt hat und die auf der Betriebsversammlung von der überwiegenden Mehrheit der Belegschaft unterstützt worden ist: 140 DM für jeden. Das ist das mindeste. Daran müssen wir festhalten. – (t., Betriebszelle Klöckner)

ist aber möglich unter der Forderung, die der Vertrauenskörper aufgestellt hat und die auf der Betriebsversammlung von der überwiegenden Mehrheit der Belegschaft unterstützt worden ist: 140 DM für jeden. Das ist das mindeste. Daran müssen wir festhalten. – (t., Betriebszelle Klöckner)



Im Stahlwerk Salzgitter. Die westdeutschen Stahlkapitalisten investieren 1975 2,7 Mrd. DM, 1974 waren es nur 2,1 Mrd. DM.



Im Stahlwerk Salzgitter. Die westdeutschen Stahlkapitalisten investieren 1975 2,7 Mrd. DM, 1974 waren es nur 2,1 Mrd. DM.

Arbeitsniederlegung bei Jagenberg / Düsseldorf

Düsseldorf. Seit dem 1. Juli arbeiten bei der Maschinenfabrik Jagenberg in Düsseldorf etwa 600 Kollegen kurz. Die Geschäftsleitung teilte jetzt dem Betriebsrat mit, daß sie gedenke, die Kurzarbeit zu verlängern. Angeblich zwinge die schlechte Auftragslage zu diesem Schritt, obwohl auch bei Jagenberg während der letzten Kurzarbeitsperiode ständig rationalisiert wurde.

Nachdem die Kollegen von der neuen Kurzarbeitsperiode erfahren hatten, legten sie am Montag, dem 15.9., für eineinhalb Stunden die Arbeit nieder. Sie wollten so der Forderung nach einer Ausgleichzahlung für die Kurzarbeit Nachdruck verleihen. Die Verhandlungen darüber dauern im Augenblick noch an. – (w.)

Streik im Druckhaus

Essen. 100 Kollegen des Druckhauses Essen, in dem auch die "Neue Ruhr-Zeitung" gedruckt wird, haben am Mittwochabend für etwa eine Stunde gestreikt; sie fordern Klarheit über Gerüchte, daß die Kooperation der NRZ mit der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" bevorsteht, was Rationalisierungen und Entlassungen für die Drucker heißt. Die IG Druck wird am 8. Oktober eine Vollkonferenz aller Druck-Betriebsräte Essens und am 28. Oktober eine Großveranstaltung aller Gewerkschaftsmitglieder aus den WAZ-Betrieben durchführen.

„Wir machen jetzt keine Überstunden mehr!"

Iserlohn. Seit dem 1. August sind in der Firma FHS Norm- und Gewindeteile in Iserlohn die Akkordzeiten in

„Wir machen jetzt keine Überstunden mehr!"

Iserlohn. Seit dem 1. August sind in der Firma FHS Norm- und Gewindeteile in Iserlohn die Akkordzeiten in

der Dreherei und Bohrerei neu festgesetzt worden. Da die Firma ein Zulieferbetrieb für die Autoindustrie ist, ist sie von der gegenwärtigen Krise hart betroffen. So wurden im letzten Jahr Entlassungen vorgenommen, und es wurde längere Zeit kurzgearbeitet. Da das alles noch nicht ausreichte, ließ die Firmenleitung "Rationalisierungsfachleute" kommen.

Den Vorschlag, den veralteten Maschinenpark zu erneuern, lehnte die Firma ab. Stattdessen wurden Arbeitsabläufe "umstrukturiert". Als abzusehen war, daß die neuen Zeiten eine erhebliche Verschärfung der Akkordhetze darstellten und sich Empörung unter den Kollegen breitmachte, sah sich die Geschäftsleitung genötigt, Stellung zu nehmen. "Die Firma erklärt sich bereit, eine außertarifliche Zulage zu zahlen. Dadurch ist gewährleistet, daß die Verdienste gleich bleiben, wenn man seine Leistung um 15 bis 20 Prozent steigert" – so der Chef auf einer Versammlung.

Vor kurzem nun kamen die Abrechnungen für August. Ein Kollege: "Lohneinbußen bis zu 400 DM waren nun drin! Wir waren alle empört und diskutierten über die weiteren Schritte. Die Gewerkschaft muß hier was machen. Bisher hat sie nur verlauten lassen, daß sie verhandelt, wenn wir die Arbeit nicht niederlegen. Daß hier noch niemand von den Funktionären gekommen ist, macht alle sauer.

Wir haben dann alle die weitere Überstundenarbeit abgelehnt. Hesse von der Geschäftsleitung war hier und hat allen Konsequenzen angedroht, wenn sie die Überstunden verweigern, da es eine 'abgesprochene Überstundenverweigerung' ist. Wir machen jetzt keine Überstunden mehr, obwohl er anschließend zu jedem Einzelnen gegangen ist, um ihn aufzufordern, länger zu arbeiten. Wir müssen jetzt die Forderung aufstellen, die alten Zeiten wieder einzuführen." – (P., Kommunistische Gruppe Iserlohn)

Rheinstahl – Kassel

Die Prämienkürzung wurde nicht hingenommen

Kassel. In den letzten Monaten wurde bei Rheinstahl den Kollegen, die im Prämienlohn arbeiten (Prämie II), ein Teil ihrer Prämie abgezogen. Genau gesagt waren es im Lokomotivbau im Monat Juni durchschnittlich 13 bis 15 Pfennig und im Juli 8 bis 10 Pfennig die Stunde.

Die Empörung äußert sich z.B. darin, daß viele Kollegen, wenn sie vom Meister auf Samstagsarbeit angesprochen werden, sagen: "Bei der Prämie habe ich keine Lust, da komme ich Samstag nicht." Die Vertrauensleute des Lokbaus beauftragten auf einer ihrer letzten Sitzungen den Betriebsrat, bei der Geschäftsleitung festzustellen, worauf diese Kürzungen beruhen. Die Prämie II ist festgelegt in einer Betriebsvereinbarung als Prämie für die Senkung der Allgemeinkosten. Allgemeinkosten sind in diesem Fall: Kranfahrer, Einholer, Kehrer, kurz, alles, was in der betreffenden Abteilung nicht direkt produktiv arbeitet, aber für die Aufrechterhaltung der Produktion notwendig ist.

Als im Urlaub ein Teil der Kollegen fehlte, wurde die Prämie gekürzt

Bei einer Abteilung von im Normalfall 500 Schlossern, die in der Produktion schaffen, wird unter diesen Bedingungen in einer bestimmten Zeit eine bestimmte Menge Gesamtumsatz produziert. Die Allgemeinkosten, die von diesem Gesamtumsatz gedeckt werden müssen, sind immer gleich hoch. Je mehr geschafft wird, um so niedriger sind im Verhältnis die Allgemeinkosten. Zum Beispiel: Gesamt = 100, Allgemeinkosten = 10 = 10 Prozent vom Gesamten. Gesamt = 120, Allgemeinkosten = 10 = 8 Prozent vom Gesamten.

Je niedriger nun die Allgemeinkosten im Verhältnis zum Gesamten liegen, um so besser sieht es mit der Prämie aus.

Ist nun aber wie in den letzten Monaten bei Rheinstahl Urlaubszeit, auf deutsch, ein ziemlicher Teil der Kollegen fehlt, so sinkt der Gesamtumsatz. Zum Beispiel 300 können nicht so viel schaffen wie 500. Die Allgemeinkosten aber bleiben gleich. Ergebnis ist, daß die Prämie gekürzt wird.

Vor zwei Wochen wurden die Vertrauensleute im Lokbau, die im Prämienlohn arbeiten, zusammengerufen, und es wurde ihnen die Antwort der Geschäftsleitung mitgeteilt: Die Prämie sei gesenkt worden, weil eine hohe Anzahl von Verfügungs- und Transportstunden, die bei der Produktion der Sudan-Lok angefallen waren, auf die Prämie II abgewäzt wurden. Dies wäre natürlich gegenüber den betreffenden Kollegen nicht richtig, und deshalb wurde auch unverbindlich gesagt, daß diejenigen, die unter den Abzügen zu leiden haben, ihr Geld bei der nächsten Lohnzahlung bekämen.

Diese ist inzwischen erfolgt. Die Prämie ist zwar wieder gestiegen, liegt aber immer noch 6 bis 10 Pfennig unter dem Höchstsatz. Für uns sieht es daher zwar auf dem Lohnstreifen wieder besser aus, aber das Geld der letzten Monate ist nach wie vor futsch.

Das einzige Mittel, um dem Lohnraub bei der Prämie ein Ende zu bereiten und künftige Fischzüge der Rheinstahl-Kapitalisten in dieser Hinsicht unmöglich zu machen, wird sein, daß wir uns im Betrieb einsetzen für die Änderung dieser Betriebsvereinbarung und die Absicherung der Höchstprämie als Effektivlohn. – (Betriebszelle Rheinstahl)

Mailänder – Streik

Zweierlei Unterstützung

Ludwigsburg. Für die Unterstützung der Mailänder-Kollegen, die in einem dreieinhalbtägigen Streik gegen den geplanten Lohnraub durch ihren Kapitalisten zurückgeschlagen haben (KVZ Nr.37) sind einige Zehntausend Mark notwendig. In den Betrieben in Ludwigsburg wurde die Unterstützung unter der Losung: Einen Stundenlohn für die Mailänder-Kollegen organisiert. Dabei kamen z. B. bei Hüller 1 700 und bei Burr 1 300 DM zusammen. Auch gewerkschaftliche Gremien haben gespendet, z. B. eine Vertreterversammlung in Heidelberg 300 DM.

Auch prominente SPD-Abgeordnete in Bundestag und Landtag haben als "Solidaritätskomitee Mailänder" zur finanziellen Unterstützung aufgerufen. In einem Flugblatt bezeichnen sie den Lohnraub bei Mailänder als "Angriff auf die Existenz der Familien". Offenbar ist ihre sozialdemokratische Seele gespalten. Auf der einen Seite beklagen sie den Angriff auf den Lohn der Arbeiter, sie rufen zur Unterstützung auf. Zweifeln muß man aber an der Lauterkeit dieser Klage. Denn auf der anderen Seite planen und organisieren sie mit ihren Fraktionskollegen die Ausplünderung der Volksmassen durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer, durch Erhöhung der Arbeitslosenversicherung. Auch das ist ein Angriff auf die Existenz der Familien, nur treten diese SPD-Parlamentarier nicht gegen ihn auf, sondern sie führen diesen Angriff selbst mit durch. Ein Leser der Ludwigsburger Zeitung schrieb in einem Leserbrief: "Wie können die Abgeordneten von Lohnraub sprechen, wenn ihre Regierung – mit ihrer Stimme – das Gleiche plant und macht." Es drängt sich der Verdacht auf, daß die bekundete Solidarität mit den Mailänder-Arbeitern einzig den Zweck hatte, ihren Ruf als Volksvertreter zu erhöhen, um desto sicherer die Massen schröpfen zu können.

Sammlung auf der Fahrt zur Demonstration gegen den Paragraf 218

Die Ortsgruppe Ludwigsburg des KBW hat zur Unterstützung der Mailänder-Kollegen ebenfalls Geldsammlungen durchgeführt. Auf der Zugfahrt nach Bonn zur Demonstration gegen den Paragraf 218 sind wir von Abteil zur Abteil gegangen und haben zum Kampf der Mailänder-Kollegen kurze Reden gehalten und Flugblätter verteilt. Eine Geldsammlung unter den Demonstrationsteilnehmern aus Ludwigsburg, Stuttgart, Heilbronn und Waiblingen brachte über 800 DM. – (u.)

Lohnabbau geplant

Brauereikapitalisten bieten nur 2,5% mehr Lohn

Die kleineren Gewerkschaften führen zur Zeit zahlreiche Tarifverhandlungen, in denen die Kapitalisten mit Härte Lohnabbau verlangen. So führt zum Beispiel die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) Tarifverhandlungen im hessischen Brauereiwesen. Dazu erreichte uns folgende Korrespondenz:

Letzte Woche informierte die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) über die laufenden Tarifverhandlungen bei den hessischen Brauereien. Gefordert hat die Gewerkschaft eine Lohnerhöhung von 8 %. Das letzte Angebot der Brauerei-Kapitalisten war 2,5 %. Das überraschte viele Kollegen und empörte sie gleichzeitig.

Das Angebot der Kapitalisten drückt voll und ganz ihre Absicht aus: Sie wollen eine deutliche Reallohnsenkung ("Lohnkosten sparen") und somit die Arbeiter in die Knie zwingen.

Wie in allen Bereichen der Wirtschaft wird auch in den Brauereien ständig rationalisiert. Vor allem wird an Arbeitern gespart, denn ausscheidende Kollegen werden in der Regel nicht ersetzt. So wird es jedenfalls derzeit in der Brauerei Guntrum in Bensheim gehandhabt. Die NGG schreibt dazu: *"Der Tarifabschluß 74 sei zu hoch gewesen, meinten sie (die Kapitalisten, d. Red.) und wollten trotz stichhaltiger Nachweise nicht wahrhaben, daß durch rationalisierungsbedingten Personalabbau und rapiden Rückgang der Arbeitsstunden die Gesamtlohnsumme 75 gegenüber 74 fast unverändert blieb und die Lohnerhöhung damit weitgehend aufgefangen wurde."*

Ein weiteres Argument der Brauerei-Eigentümer war der Ausstoßrückgang. Doch war in den Monaten Juni, Juli und August eine beträchtliche Ausstoßsteigerung zu verzeichnen (mit weniger Kollegen). Vergessen sollte man auch nicht die Bierpreiserhöhung.

Vorerst wird weiterverhandelt. Klar ist aber: Wenn die Kollegen nicht eine deutliche Reallohnminderung hinnehmen wollen, ist der Kampf unvermeidlich. – (p, Bensheim)

1000 Arbeitsplätze bedroht

Dinslaken. Die Niederrheinstahlwerke Dinslaken und Weidenau sind von der Hessischen Landesbank und der Tochterfirma Investitions- und Handelsbank an die Benteler-Werke Bielefeld verkauft worden. Benteler soll nur an der Weiterführung der Röhrenproduktion interessiert sein. 1 000 Arbeitsplätze der 1 750 sind durch diese Pläne bedroht.

Der Betriebsrat und die Belegschaft erfuhr durch die Presse von dem Verkauf. Die IG Metall protestierte gegen diesen Verkauf hinter dem Rücken der Belegschaft und gegen die Pläne der Benteler-Werke.

Emden: Großkundgebung der IG Metall

„Ostfriesland darf nicht das Armenhaus Deutschlands werden"

Emden. An einer Großkundgebung der IG Metall Emden auf dem Rathausplatz, zu der auch die Gewerkschaften ÖTV, IG Bau, Steine, Erden und IG Chemie aufgerufen hatten, beteiligten sich am Donnerstag, den 18. September, 14 Uhr drei- bis viertausend Kollegen.

Die Hauptforderung der Gewerkschaft war: "Ostfriesland darf nicht das Armenhaus Deutschlands werden!"

Hauptredner waren der Oberbürgermeister von Emden, Jan Klinkenborg, der Vorsitzende des DGB-Kreises Norden/Emden, Fritz Schülke, und der Bezirksleiter der IG Metall, Otto vom Steeg.

Die Situation in Ostfriesland wurde von den Kundgebungsrednern so zusammengefaßt: "Mit fast 12 000 Arbeitslosen, das sind über 8 Prozent und damit doppelt so viel wie im Bundesdurchschnitt, der ständigen Ruinierung von Halb-, Klein- und Mittelbauern und der Krise im industriellen Bereich droht Ostfriesland die Verödung: Bei Fortsetzung der augenblicklichen Entwicklungstendenzen müßten bis 1985 80 000 Menschen aus Ostfriesland auswandern".

Emden ist mit 52 000 Einwohnern und zwei Großbetrieben das industrielle Zentrum. Durch das geplante VW-Werk in den USA droht die Schließung des Emder VW-Werkes. Vorher versuchen die VW-Bosse aber noch, durch Steigerung der Arbeitshetze und durch Sonderschichten aus der Arbeit der VW-Arbeiter möglichst viel Profit herauszuholen.

Auch im zweiten Emder Großbetrieb, den Rheinstahl-Nordsee-Werken, sind die Arbeitsplätze gefährdet. Schon jetzt drohen Entlassungen in einigen Abteilungen im Angestelltenbereich (Konstruktion). Bis Mitte 1977 hat die Werft noch Aufträge, Anschlußaufträge sind nicht in Sicht.

Ebenfalls von der Schließung bedroht ist die Raffinerie Frisia, die der staatlichen VEBA gehört. 200 Arbeitsplätze im Betrieb und etwa hundert im Ölhafen sind damit in Gefahr. Der Umsatz im Emder Hafen ist durch den sinkenden VW-Export und durch sinkende Erz- und Kohleeinfuhr stark zurückgegangen. An einem Donnerstag im letzten Monat lag nicht ein einziges Schiff zum Löschen oder Laden im Emder Hafen. Beim Hafenbetriebsverein ist es zu Massenentlassungen gekommen. Bei der Emder Hafenumschlagsgesellschaft zu Kurzarbeit.

Gleichzeitig aber mußten andere Kollegen Überschichten machen, um einen 60 000-Tonnen-Erzfrachter zu entladen.

Durch die Kreisreform droht die Teilschließung des Wasser- und Schiffahrtsamtes in Aurich mit 600 Beschäftigten. Es sollen alle Kollegen, die weniger als fünf Jahre da sind, entlassen werden. Der überwiegende Teil der anderen Kollegen soll nach auswärts versetzt werden.

Hinzu kommen Entlassungen in Klein- und Mittelbetrieben.

Die Kundgebung war auf einer IG-Metall-Funktionärskonferenz beschlossen worden. Es war festgelegt worden, daß die Kundgebung während der Arbeitszeit stattfindet und daß die Kollegen in Blöcken von ihren Betrieben zum Kundgebungsplatz demonstrieren.

Auf Spruchbändern auf der Kundgebung stand: "Sonntagsreden sind wir satt – wir fordern!" "USA-Werk bedeutet Tod auf Raten für VW Emden!" "Keine Produktionsverlagerung ins Ausland! Wir brauchen zusätzliche Industriebetriebe" "Ostfriesland ist ein Schiffbauland – die Werften brauchen Aufträge!" "Wir fordern Arbeit im Emdener Hafen. Massenentlassungen und Arbeitslosigkeit dürfen nicht unser Schicksal sein!" Tausend Arbeitsplätze jährlich sind geplant – jetzt werden sie angemahnt!"

Auf der Kundgebung gab es nur selten Beifall für die Redner. Bezüglich den von allen Rednern geforderten Infrastrukturverbesserungen (Autobahnbau, Elektrifizierung der Bundesbahn und Dollarthafenbau) sind die Kollegen skeptisch geworden durch die jahrelangen Versprechungen und die kürzlich beschlossenen Sparmaßnahmen der Bundesregierung. Und an das Lieblingsprojekt der örtlichen und regionalen SPD, den Dollarthafen, wollen die Kollegen auch nicht so recht glauben. Seit Jahren wird er versprochen. Vor kurzem wurde dann bekannt, daß Wilhelmshaven zum Erzhafen ausgebaut wird.

Über 70 Prozent erhielt der SPD-Kandidat Bruns bei den letzten Landtagswahlen. Seine großartig angekündigte Anwesenheit auf der Kundgebung wurde nur von wenigen SPD-lern mit Beifall begrüßt.

Die IG Metall hatte auf Plakaten zur Kundgebung dieFrage gestellt: "Wie soll es weitergehen? Diese Frage bewegt uns alle. Die Antwort steht noch offen." Der IG-Metall-Bezirksleiter Otto vom Steeg erhielt stärkeren Beifall nur, als er sagte, daß nicht die Löhne an der Krise schuld seien und daß "die Besitzer und Beherrscher der Produktionsmittel nicht in der Lage seien, Stabilität zu gewährleisten".

Die Frage, wie konkret gegen die drohende Schließung des VW-Werkes vorgegangen werden soll, blieb seitens der IG-Metall-Bezirksleitung unbeantwortet. – p./Red.



Vor dem Rathaus Emden demonstrierten 3-4000 gegen die Vernichtung der Arbeitsplätze

IG – Metall:

Länger Arbeitslosengeld zahlen!

Das Vorstandsmitglied der IG Metall, Karl-Heinz Janzen, hat in der IG Metall-Zeitung "Metall" die Forderung erhoben: "In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit muß länger als ein Jahr Arbeitslosengeld gezahlt werden." Janzen wendet sich dagegen, daß ein Teil der Arbeitslosen nach einem Jahr ausgesteuert wird: "Haben diese Arbeitslosenhilfe-Empfänger etwa keinen Beitrag zur Arbeitslosenversicherung gezahlt?" Diese Forderung lehnte der Vizepräsident der Bundesanstalt für Arbeit, Helmut Minta, ab. Die Bundesanstalt für Arbeit rechnet zwar mit 170 000 Empfängern von Arbeitslosenhilfe im Winter. Minta erklärte: Wenn der Vorschlag der IG Metall verwirklicht würde, müßte das gesamte Beitragssystem geändert werden. Worum es ihm geht, sagte er klar: Die Arbeiter sollen gezwungen werden, Arbeit unter üblen Bedingungen anzunehmen. "Der Übergang vom Arbeitslosengeld zur Arbeitslosenhilfe hat die Bereitschaft erhöht, eine zunächst als unzumutbar empfundene Arbeit anzunehmen." (Süddeutsche Zeitung, 16.9.75) Minta ist ein Mensch, der sein Gehalt aus Geldern bezieht, die von den Arbeitern zum Schutz gegen die Not der Arbeitslosigkeit angelegt sind. Daß Minta seine arbeiterfeindliche Politik betreiben kann, ist dadurch gesichert, daß die Arbeitslosenkasse nicht in den Händen der Versicherten ist, sondern vom Staat gegen die Lohnabhängigen zur Lohndrückerei eingesetzt wird. Die Arbeitslosenkasse muß in die Hände der Versicherten, damit solche Parasiten wie Minta endlich arbeitslos werden.

Nur 80 000 kämen in Frage

Der Westberliner 'Abend' berichtet unter der Überschrift "Stelldichein der Superreichen" von der Fertigstellung des Olympic Tower in New York. "Ein Apartment mit einem Schlafzimmer kostet 230 000 DM. Die Unterhaltskosten belaufen sich auf 650 Mark monatlich. Und wem eine derartige Wohnung nicht standesgemäß erscheint, kann sich für 1,6 Millionen Mark eine Neunzimmerwohnung mit offenem Kamin, Wendeltreppe ins Obergeschoß, Aufzug und eigener Sauna kaufen." "Das Gebäude beherbergt in seinem Innern einen Park mit einem drei Stockwerke hohen Wasserfall." Natürlich gibt es "einen Raum, in dem auf Fernsehschirmen die Börsenkurse aus aller Welt abgelesen werden können ... Keine Frage, daß man auf Wunsch in seiner Wohnung auch einen Fernschreiber installiert bekommt. ... Andere Annehmlichkeiten sind eine Fahrbereitschaft, ein Hubschrauberdienst sowie die Möglichkeit, Jachten und Düsenflugzeuge zu mieten." Bauherr dieses Monsters ist der nach so schweren Leiden verblichene Onassis. Zu Beginn des Projektes ließ er feststellen, wieviele Leute als Mieter überhaupt in Frage kämen. Ergebnis: "Von den etwa 4 Milliarden Bewohnern der Erde kämen 80 000 in Frage." 80 000 Blutsauger, die dem Rest der Menschheit im Nacken sitzen, umgeben vom Lumpenpack ihrer Politiker, Advokaten und Pfaffen, ihrer Huren, Leibärzte und Künstler. – (h., Westberlin)

Schikanen des Arbeitsamtes

„Ich war gezwungen, eine Überbrückungsbeihilfe zu beantragen"

Helmstedt. Am 17.9.1975 erhielt ich vom Arbeitsamt Braunschweig die Mitteilung, daß ich bis zum 25.9.1975 die fälligen Raten in Höhe von 200 DM für die mir zugestandene Überbrückungsbeihilfe im Monat Juni zu überweisen hätte, andernfalls würde der gesamte Restbetrag durch Zwangsvollstreckung eingetrieben.

Am 26.4.1975 wurde ich arbeitslos. Nach zirka einem Monat wurde mir vom Arbeitsamt Helmstedt eine Arbeit in Wolfsburg bei Hertie zugewiesen. Zugleich mit der Zuweisung wurde ein Zettel mitgeschickt, in dem mitgeteilt wurde, daß gegebenenfalls bei Ablehnung der Stelle meine Ansprüche auf Arbeitslosengeld für vier Wochen gestrichen würden. Da man von 680 DM im Monat schlecht leben kann, war ich gezwungen, die Stelle anzunehmen.

Dieses bedeutete, daß ich tagtäglich 38 km hin und zurückfahren mußte, was wöchentlich 40 DM Benzingeld verschlang. Bei Hertie selbst bekam ich nur einen Aushilfsvertrag von drei Monaten. Gleichzeitig wurde mir mitgeteilt, daß ich den ersten Lohn erst in zwei Monaten bekäme. Nicht gesagt wurde mir, von was ich in der Zeit meine Miete, Lebensmittel, Benzin für den Wagen bezahlen sollte. Diese Dinge waren aber notwendig, damit ich tagein, tagaus den Hertie-Kapitalisten meine Arbeitskraft zur Verfügung stellen konnte.

Man stelle sich vor, man würde etwas bei Hertie kaufen und sagen, in zwei Monaten würde man dieses bezahlen, oder bei einer Bank, wo man sich Geld leiht, ohne Zinsen zu bezahlen. Würde man dies machen, würden diese Herren ein großes Geschrei erheben, daß sie Konkurs gehen würden, wenn das jeder machen würde. Im Produktionsprozeß vollziehen dieses aber die Kapitalisten tagtäglich. Was für den Arbeiter gilt, gilt nicht für den Kapitalisten. Der Kapitalist läßt erst einmal den Arbeiter für sich arbeiten, bevor er den Lohn, den Preis für die Ware Arbeitskraft, zahlt.

So war ich gezwungen, beim Arbeitsamt Helmstedt Überbrückungsbeihilfe zu beantragen. Diese diente dazu, die Aufwendungen bis zum ersten Lohn und sonstige Ausgaben für die Arbeitsaufnahme zu bestreiten. Man muß diese normalerweise dann nach einem vereinbarten Termin monatlich in Raten zurückzahlen.

Ich beantragte 520 DM. Nachdem ich groß und breit belehrt wurde, nicht zuviel zu beantragen, ich hätte ja vor kurzem Arbeitslosengeld erhalten und im übrigen müßte ich sonst zuviel zurückzahlen, was mich bloß unnötig belasten würde. Nach langem Hin und Her bekam ich dann die 520 DM bewilligt. Die trotz all den Sparratschlägen nicht langten, so daß ich mir noch etwas bei meinen Eltern borgen mußte.

Im Gegensatz hierzu ist das Arbeitsamt bei den Zuschüssen für die Kapitalisten nicht so kleinlich, sie kriegen das Geld in Hülle und Fülle. Wen wundert's dann, wenn für Arbeitslose nichts mehr da ist?

Am 16.7.1975 war ich wieder arbeitslos, meine Aushilfstätigkeit bei Hertie war beendet.

Bei meiner Arbeitslosenmeldung auf dem Arbeitsamt Helmstedt erklärte man mir, im Gegensatz zu früheren Aussagen, daß die Beihilfe vollständig von meinem ersten Arbeitslosengeld abgezogen würde.

"Das ist eben Ihr Problem"

Überhaupt hätte ich gar keinen Anspruch gehabt, wenn ich gesagt hätte, daß ich bloß als Aushilfe beschäftigt würde. Als ich einwarf, daß bei meiner Ablehnung der Stelle mir doch gegebenenfalls der Anspruch auf Arbeitslosengeld gestrichen worden wäre, bekam ich zur Antwort, das wäre eben halt mein Problem gewesen.

Dann verreiste ich für ein paar Tage zu Bekannten. Nebenbei bemerkt bekommt man in dieser Zeit kein Arbeitslosengeld und ist auch nicht versichert, was ganz im Gegensat zu dem steht, was die bürgerlichen Schmierfinken in ihren Schlagzeilen verbreiten. Am 27.8. erhielt ich den ersten Bewilligungsbescheid für die Zeit vor der Fahrt, nach drei Wochen kam dann der zweite Bewilligungsbescheid für die Zeit nach meiner Fahrt bis heute. Ich hätte Anspruch auf Leistungen in wöchentlicher Höhe von 168,80 DM.

Bis jetzt habe ich die mir im ersten Bewilligungsbescheid zugestandenen Leistungen noch nicht erhalten.

Bis zum 16.9. bin ich davon ausgegangen, daß dieses Geld benutzt wurde, um die Beihilfe von 520 DM zu tilgen, wie man's mir zuletzt auf dem Arbeitsamt erzählt hatte.

Nun erhielt ich am 17.9. von der Kasse des Arbeitsamtes in Braunschweig ein Schreiben mit der Aufforderung, die ausstehenden monatlichen Raten – es war vereinbart, daß monatlich 100 DM bezahlt würden – bis zum 25.9. zu zahlen.

Nicht genug, daß man die Arbeitslosenversicherung erhöht, versucht man anscheinend noch an den Arbeitslosen zu verdienen, weil man diesen Betrag offensichtlich zweimal fordert bzw. er einbehalten wurde (siehe ersten Bewilligungsbescheid) und jetzt noch einmal gefordert wird.

Anscheinend will man mit solchen Mitteln die Geldknappheit der Arbeitslosenversicherung überwinden. Die doch dadurch entstanden ist, daß man die Kapitalisten wie ein Schoßhündchen gefüttert hat und dieses in verstärktem Maße tut auf Kosten der Besitzlosen.

Das wurde von mir auch in einem Schreiben an das Arbeitsamt dargelegt, sowie daß ich mich nötigenfalls an meine Gewerkschaft wenden werde, um zu meinem Recht zu kommen. Als ich mit diesem Schreiben beim Arbeitsamt Helmstedt vorstellig wurde, erzählte man mir, daß es gar nicht ginge, daß mir der Betrag auf einmal abgezogen würde.

Der zuständige Herr bekundete mir, daß ihn dieser Fall persönlich auch sehr interessieren würde, da sowas nicht alle Tage passiere.

Nun bin ich aber kein Versuchskaninchen, an dem man herumexperimentieren kann, sondern ein Arbeiter, der sein Arbeitslosengeld bekommen möchte. Schließlich habe ich ja auch acht Jahre lang meine Beiträge nicht bezahlt, um als seltenes Exemplar begutachtet zu werden, sondern um wenigstens einigermaßen die von diesem Lohnsystem erzeugte Arbeitslosigkeit zu überstehen. Was zum Sterben zu viel ist, ist zum Leben zu wenig.

Hieran kann man ersehen, mit welchen Mitteln die Arbeitslosen schikaniert werden, um ein bereitwilliges Heer von Arbeitskräften zu schaffen. Das als Druckmittel funktionieren soll, mit dem man den Arbeitern und Angestellten, die noch Arbeit haben, droht, um den Lohn zu senken, die Arbeitsleistung zu erhöhen, betriebliche Leistungen zu streichen. Insbesondere in der diesjährigen Tarifrunde gehen die Kapitalisten und ihre Ideologen damit hausieren, daß bei hohen Lohnforderungen die Arbeitslosigkeit weiter steigen wird. Diese jedoch ist keine Folge der Löhne, sondern dieses Lohnsystems und der Jagd der Besitzenden nach immer größeren Profiten. Wir Arbeiter brauchen heute mehr Geld, um unsere Arbeitskraft wieder herzustellen, da alles teurer geworden ist.

Ich möchte alle Kollegen in den anstehenden Tarifrunden auffordern, nicht nur an eine klare Lohnerhöhung zu denken, sondern auch nicht aus den Augen zu verlieren die 1,1 Millionen Arbeitslosen und die Lohnforderungen mit Forderungen zur Arbeitslosigkeit zu verbinden nach einem ausreichenden Arbeitslosengeld, nach der Selbstverwaltung der Versicherten. Um mit diesem zu verhindern, daß die Arbeitslosen als Spaltungsmittel der Arbeiterklasse den Kapitalisten dienen. – (k., Ortsgruppe Helmstedt)

„Da muss ein Drahtzieher hinterstecken"

Mit einem Zeitvertrag als Aushilfskraft beim Arbeitsamt / Ein Kollege berichtet

Frankfurt/M. Wie so viele andere nicht eingestellte Lehrer habe ich mich im Frühjahr nach Beendigung des Studiums auf Arbeitssuche begeben müssen.

Nach langem Suchen ohne einen Pfennig Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe ("Sie haben ja eine Frau und auch noch Verwandtschaft") bin ich schließlich als Aushilfsangestellter auf dem Arbeitsamt selbst gelandet.

Das Arbeitsamt hält seinen Betrieb gegenwärtig mit einem Heer solcher Aushilfsangestellter aufrecht. Von den zirka 800 Beamten und Angestellten in Frankfurt sind 180 solche Aushilfen. Die Aushilfen haben zeitlich befristete Verträge zwischen drei und sechs Monaten, was für die Amtsleitung natürlich ein ausgezeichnetes Mittel ist, mit der Angst vor Nichtverlängerung des Vertrages die Aushilfen zu drücken. Manche Aushilfen machen das aufreibende Spiel, ob der Vertrag nun verlängert wird oder nicht, schon drei Jahre mit, ohne bisher fest eingestellt zu werden.

Ich kam in die Schlechtwettergeld- und Kurzarbeitergeld-Abteilung. Schlechtwettergeld und Kurzarbeitergeld werden meist als große soziale Errungenschaft für die betroffenen Arbeiter herausgestellt. In Wirklichkeit bedeutet das nichts anderes, als daß das Arbeitsamt die Arbeitslosenversicherungsbeiträge – das Geld der Arbeiter und Angestellten – benutzt, um den Kapitalisten einen Teil der Löhne zu bezahlen.

Die Kapitalisten unternehmen daher auch einiges, um ihren Antrag auf Kurzarbeitergeld bewilligt zu bekommen. Gerade zu der Zeit, als ich anfing, kam so von einer Firma ein großes Paket mit Porzellan für eine höhere Sachbearbeiterin an, die dem Absender zuvor den Antrag auf Kurzarbeitergeld bewilligt hatte.

Im Arbeitsamt herrscht ein kompliziertes und vielfach abgestuftes System von Lohngruppen und Privilegien selbst innerhalb der Leute, die ein und dieselbe Tätigkeit ausüben. Einer darf einen Stempel unter die Akte drücken und erhält dafür eine Zulage, der andere, der sonst genau dasselbe tut, nicht. Dieser darf Gleitzeit arbeiten, jener nicht. Einer ist fest angestellt, der andere nicht, usw. usw. Die Spaltungsversuche gehen so weit, daß in unregelmäßigen Abständen immer wieder die Zimmerbelegschaften verändert werden, um zu verhindern, daß sich durch zu engen Kontakt die Solidarität der kleinen Angestellten verstärkt.

Am stärksten ausgebildet ist dies alles bei den Aushilfsangestellten und hier hat es die Amtsleitung auch am nötigsten, denn die Aushilfen haben meist einschlägige Erfahrungen mit eigener Arbeitslosigkeit und der Willkür in den kapitalistischen Betrieben.

Die Herren Verwaltungsräte und Verwaltungsoberräte sind es auch, die die größten Antreiber bei der Arbeit spielen, während man sie selbst meistens spazierengehen oder in der Kantine sieht, oder gar nicht, wenn sie "außer Haus" zu Besuch in den Chefetagen der Kapitalisten sind.

Bekanntlich hat das Arbeitsamt im Moment so viel zu tun wie noch nie und die Arbeit wird immer noch mehr. Bewältigt werden soll diese Arbeitsflut möglichst mit gleichbleibender Zahl von Angestellten, und die Herren Oberräte sind sogar noch so dreist, an das "soziale Gewissen" der Arbeitsamt-Angestellten gegenüber den vielen Arbeitslosen zu appellieren, wenn sie mehr Arbeitsleistung auspressen wollen. Für die lange Bearbeitungsdauer der Arbeitslosengeld- und Kindergeldanträge soll den Arbeitsamt-Angestellten die Schuld in die Schuhe geschoben werden, dabei könnte man allein für das Gehalt eines solchen Oberrats drei neue Sachbearbeiter einstellen.

Zugespitzt haben sich die Versuche, mehr Arbeit aus uns zu pressen, vor einiger Zeit. Nachdem die Amtsleitung die Anschaffung von Stechuhren beschlossen hatte und beim Kindergeld Arbeitsplatzbewertungen durchgeführt wurden, wurde eines Freitags morgens bekannt, daß Überstunden gearbeitet werden sollten. Die Empörung in unserer Unterabteilung war groß, alle waren wütend.

Ich habe den Vorschlag gemacht, eine Unterschriftensammlung dagegen für den Personalrat durchzuführen und gleich einen Text aufgesetzt. Wir haben dann den Text diskutiert und beschlossen, uns nochmal über die manteltariflichen Bestimmungen zu informieren, um das gegebenenfalls in die Resolution mit aufzunehmen.

Bevor am Montag etwas weiter geschah – inzwischen war bekannt geworden, daß die Überstunden vorerst noch freiwillig sein sollten –, wurde ich zum Chef gerufen. Irgend jemand – möglicherweise sogar ein Mitglied des Personalrats, mit dem wir gesprochen hatten – hatte ihm die Sache zugetragen. Eine halbe Stunde lang hat mich der Kerl angeblafft und dann mit reichlich Drohungen versehen wieder entlassen.

Erreicht hatte er, daß die Kollegen ziemlich eingeschüchtert waren und aus der Unterschriftensammlung nichts mehr geworden ist. Der Personalratsvorsitzende hat zu allem nur teilnahmsvoll die Schultern gezuckt und der Herr Oberrat hat danach den Verdacht geäußert, ich sei ein "Extremist" und hat mich bespitzeln lassen.

Einen Monat später gab es eine heftige Auseinandersetzung zwischen einer Kollegin aus unserem Zimmer, die vorzeitig aus ihrem Arbeitsvertrag wollte, weil sie eine Anstellung in ihrem alten Beruf gefunden hatte, und der Amtsleitung. Der Herr Oberrat hat viel gebrüllt, aber die Kollegin hat ihm auch ganz ordentlich die Meinung gesagt. Natürlich ist dem Bürokratenhirn nichts Besseres eingefallen, als daß da ein Drahtzieher hinterstecken muß. Fünf Minuten, nachdem die Sache ausgestanden war (das Arbeitsamt hatte plötzlich seinerseits keine Verwendung für die Kollegin mehr), hat er mich zu sich zitiert, um mir zu eröffnen, daß mein Vertrag nicht verlängert wird, was ein Rausschmiß ist, denn Vertragsverlängerung ist die Regel.

Begründet hat er das lächerlicherweise ausgerechnet mit "Arbeitsmangel"; als ich hartnäckig blieb, ist er aber doch mit der Sprache rausgerückt: Ich sei ein "Unruheherd" und "Unruhestifter".

Sehen kann man an diesem Beispiel gut, wie die kleinen Angestellten auch auf dem Arbeitsamt dem gleichen Druck unterliegen wie die Arbeiter und kleinen Angestellten in der "freien Wirtschaft".

Man sieht, wie sie der erhöhten Schweißauspressung und politischen Rechtlosigkeit im Betrieb ebenso ausgesetzt sind und wie sehr die Hetze von Kapitalisten und Regierung gegen den öffentlichen Dienst nur die Werktätigen gegeneinander aufbringen und vom Eintreten für ihre gemeinsamen Interessen abhalten soll.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß ein "Arbeitgeber" – ob öffentlich oder privat – vorgeht gegen "Unruhestifter", die diese Einheit der Lohnabhängigen herzustellen versuchen. In der Natur der Sache liegt es allerdings, daß sie damit meist das Gegenteil erreichen. Ich fliege raus, aber die Unzufriedenheit der Kollegen mit ihrem Knechtsdasein ist gewachsen und eine Kollegin will in den KBW eintreten. – (h.)

sender zuvor den Antrag auf Kurzarbeitergeld bewilligt hatte.

Im Arbeitsamt herrscht ein kompliziertes und vielfach abgestuftes System von Lohngruppen und Privilegien selbst innerhalb der Leute, die ein und dieselbe Tätigkeit ausüben. Einer darf einen Stempel unter die Akte drücken und erhält dafür eine Zulage, der andere, der sonst genau dasselbe tut, nicht. Dieser darf Gleitzeit arbeiten, jener nicht. Einer ist fest angestellt, der andere nicht, usw. usw. Die Spaltungsversuche gehen so weit, daß in unregelmäßigen Abständen immer wieder die Zimmerbelegschaften verändert werden, um zu verhindern, daß sich durch zu engen Kontakt die Solidarität der kleinen

Ich habe den Vorschlag gemacht, eine Unterschriftensammlung dagegen für den Personalrat durchzuführen und gleich einen Text aufgesetzt. Wir haben dann den Text diskutiert und beschlossen, uns nochmal über die manteltariflichen Bestimmungen zu informieren, um das gegebenenfalls in die Resolution mit aufzunehmen.

Bevor am Montag etwas weiter geschah – inzwischen war bekannt geworden, daß die Überstunden vorerst noch freiwillig sein sollten –, wurde ich zum Chef gerufen. Irgend jemand – möglicherweise sogar ein Mitglied des Personalrats, mit dem wir gesprochen hatten – hatte ihm die Sache zugetragen. Eine halbe Stunde

Rechtlosigkeit im Betrieb ebenso ausgesetzt sind und wie sehr die Hetze von Kapitalisten und Regierung gegen den öffentlichen Dienst nur die Werktätigen gegeneinander aufbringen und vom Eintreten für ihre gemeinsamen Interessen abhalten soll.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß ein "Arbeitgeber" – ob öffentlich oder privat – vorgeht gegen "Unruhestifter", die diese Einheit der Lohnabhängigen herzustellen versuchen. In der Natur der Sache liegt es allerdings, daß sie damit meist das Gegenteil erreichen. Ich fliege raus, aber die Unzufriedenheit der Kollegen mit ihrem Knechtsdasein ist gewachsen und eine Kollegin will in den KBW eintreten. – (h.)

Bezirksfrauenkonferenz der ÖTV-Hessen:

Verweigerung aller Überstunden

Die **Bezirksfrauenkonferenz der ÖTV-Hessen** wendet sich entschieden gegen die Sparmaßnahmen der Landesregierung im öffentlichen Dienst ...

Wir Gewerkschafter stellen fest: In der Zeit der Krise wird die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes und des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses der Arbeiter und Angestellten zur Verbesserung ihrer Lage immer größer.

Das Sparprogramm der Regierung und besonders die Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst zielen darauf ab, die Folgen der Krise auf die Rücken der Arbeiter und Angestellten und der kleinen Beamten abzuwälzen.

Dies darf von den Beschäftigten im öffentlichen Dienst und von der Gewerkschaft nicht hingenommen werden. Gegen die Stellenbesetzungssperre in Hessen muß der Kampf aufgenommen werden. Dazu hat der Bezirksvorsitzende Heinz Wolf in seiner Erklärung vom 3.7.1975 zum Beschluß der hessischen Landesregierung, betreffs Stellenbesetzungssperre, das richtige Mittel vorgeschlagen: die Verweigerung aller Überstunden und jeglicher Mehrarbeit von den Kollegen im öffentlichen Dienst.

Freier Nachmittag gestrichen

ÖTV-Mitgliederversammlung der Fachgruppe Gemeinde/ Angestellte und Beamte, München

München. Die gut besuchte Mitgliederversammlung, 800 Teilnehmer am 17.9., stand ganz im Zeichen der von der Bundesregierung vorgeschlagenen Sparmaßnahmen, die in München schon ganz konkreten Niederschlag gefunden hatten. Äußeres Anzeichen dafür war die am Tag vor der Mitgliederversammlung verordnete Streichung des Wies'n-Nachmittags, die auf erregte Empörung unter den Kollegen stieß, denn bis jetzt war immer ein Nachmittag während des Oktoberfestes frei. Verabschiedet wurde eine Resolution, in der jegliche Lohnpause abgelehnt wurde.

Gegen Ende, als die Anträge für die Kreisdelegiertenkonferenz diskutiert wurden, waren noch ungefähr 300 von vorher 800 anwesend. Beschlossen wurde unter anderem folgender Antrag zur Frage des § 218:

"Wir fordern die ersatzlose Streichung des § 218. Die Entscheidung über den § 218 darf nicht einigen hochbezahlten Richtern überlassen werden. Vielmehr muß das Volk selbst entscheiden. Deshalb treten wir ein für die Erkämpfung des Volksentscheids gegen den § 218."

Der Antrag soll an die Landesbezirkskonferenz und an den Gewerkschaftstag weitergeleitet werden. Er wurde nach kurzer Diskussion mit klarer Mehrheit gegen etwa 20 Gegenstimmen angenommen. Der Vorstand selber setzte sich für die Annahme ein, wobei er die besondere "Pleite des Urteils von Karlsruhe" und die große Bedeutung der Frage des § 218 betonte. – (s, München)





ÖTV-Kollegen aus Freiburg demonstrierten am 21. September in Bonn für Volksentscheid gegen den Paragrafen 218

Erste Schritte gegen die Sparpolitik der Stadt Kiel

Kiel. Auf der Mitgliederversammlung Abteilung Sozialarbeit in der ÖTV haben 35 Kollegen damit begonnen, Kampfschritte gegen die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst zu diskutieren und zu beschließen.

In den Alters- und Pflegeheimen zum Beispiel hat der Einstellungsstopp dazu geführt, daß in einigen Heimen die Pflege und Versorgung der alten Bürger nur noch dadurch aufrechterhalten wird, daß den dort Beschäftigten bis zum Winter kein Urlaub gewährt wird, obwohl hier die Überstundenschinderei ein unerträgliches Ausmaß angenommen hat. So mußten im Altenheim "Tannenberg" drei voll und ein halbtags Beschäftigter 104 Bewohner versorgen. Der Leiter des Heimes hat daraufhin die Verantwortung für das Heim abgelegt. Die alten Menschen werden hier buchstäblich von der Stadt betrogen, daß sie einen gleichbleibenden sogenannten kostendeckenden Satz zahlen müssen, der sich auf Vollbeschäftigung in den Pflegeheimen ausrichtet, was in keinem Heim der Fall ist. Während der Schwangerschaftsschonzeit werden keine Vertretungen eingestellt und Kollegen, die aufgrund der Arbeitshetze häufig krank sind, wird mit Kündigung gedroht.

Im Sozialamt mußten am Zahltag zirka 500 Klienten betreut werden. Anträge können aufgrund des Personalmangels nicht sofort bearbeitet werden. Die Rückstände reichen bis 1974 zurück, so daß es vorkommt, daß Antragsteller inzwischen verstorben sind. Aufgrund dieser Lage beschlossen die Kollegen, daß die bereits geforderte Mitgliederversammlung der ÖTV Kiel unverzüglich vorbereitet und in der ersten Oktoberwoche einberufen wird. Dazu soll ein Flugblatt herausgegeben werden.

Die Mitgliederversammlung soll die Situation diskutieren und Kampfmaßnahmen der ÖTV gegen die Sparpolitik des öffentlichen Arbeitgebers beschließen. Eine Personalversammlung aller Beschäftigten der Stadt Kiel und verstärkte Öffentlichkeitsarbeit sollen dort vorgeschlagen werden.

Jeder Kollege wurde aufgefordert, schon jetzt verstärkt in seiner Dienststelle und Abteilung gegen den Einstellungsstopp zu agitieren und auch die betreffenden Bürger wie Eltern und Klienten über die Lage zu informieren. – (aus: Ortsbeilage Kiel der KVZ Nr. 35/75)

GEW-Beschlüsse nicht übernommen

Hamburg. Auf der ersten Landesvertreterversammlung der GEW in Hamburg erhielt der Antrag, die Kölner und Mainzer Satzungsbeschlüsse anzunehmen nicht die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit und wurde damit abgelehnt. Zur Durchsetzung dieses Antrages war eigens der erste GEW-Vorsitzende Frister angereist. Diese Beschlüsse hätten dem Hauptausschuß die Ausschlußvollmacht gegenüber Mitgliedern erteilt. Der GEW-Vorsitzende erklärte daraufhin gegenüber der Presse, der Hamburger Landesverband würde aus der GEW und dem DGB ausgeschlossen, falls die Beschlüsse nicht bis zum Ende des Jahres übernommen würden. Ebenfalls abgelehnt wurde der Antrag des Vorstandes, der Landesschiedskommission 5 000 DM zur Verfügung zu stellen. Aufgabe dieser Kommission ist es, Ausschlüsse von Mitgliedern des Landesverband vorzunehmen.

Die vom Vorstand angesetzte Wahl zur Landesschiedskommission wurde ebenfalls von den Delegierten abgelehnt.

Medizinische Hochschule Hannover:

Bessere Pausenregelung

Hannover. Über ein halbes Jahr hatte sich das Pflegepersonal an der Klinik der Medizinischen Hochschule Hannover gegen eine neue Arbeitszeitregelung gewehrt: Mit einer unbezahlten Pause während des Dienstes sollten die zwei Stunden pro Woche abgegolten werden, die das Personal seit der 40-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst kürzer arbeitet. Wie sich bei einer Fragebogen-Untersuchung ergab, war es für die große Mehrheit unmöglich, diese Pause zu nehmen. Auf einer Personalversammlung war gefordert worden, die Pausenregelung abzuschaffen. Die Dienststelle hat jetzt Änderungen zugestanden: Die Pause auf Station kann nun entweder zu Beginn oder am Ende der Dienstzeit genommen werden. Die Pausen, die nicht genommen werden können, werden in Freizeit vergütet – bis zu zwei zusätzlichen Tagen im Monat. Für den Operationstrakt wurde die neu eingeführte Pause am Nachmittag wieder rückgängig gemacht.

ÖTV Frankfurt: Delegiertenkonferenz Hauptabteilung Gemeinde

Anträge in der ÖTV

Frankfurt. Am 16. September fand die ÖTV-Delegiertenkonferenz der Hauptabteilung Gemeinde in der Kreisverwaltung Frankfurt statt. Anwesend waren etwa 90 Kollegen – davon 70 stimmberechtigte Delegierte.

Die versammelten Kollegen stimmten mehrheitlich für die Teilnahme an der öffentlichen Protestversammlung von ÖTV, Eisenbahn- und Postgewerkschaft gegen die Krisenmaßnahmen der Regierung, die am selben Nachmittag durchgeführt wurde.

Die Konferenz geriet unter Zeitdruck, da eine Vertagung vom zuständigen Gewerkschaftssekretär Guenon abgelehnt wurde. Bis zur Kreisdelegiertenkonferenz sei angeblich "kein Raum" und "kein Termin" mehr frei, und außerdem muß ein Mitglied des Kreisvorstandes anwesend sein. So wurden nur sechs von dreizehn Anträgen behandelt; die übrigen sieben sollen als Initiativanträge zur Kreisdelegiertenkonferenz eingebracht werden.

Es wurden jeweils mehrheitlich verabschiedet:

– Sofortige Kündigung des Schlichtungsabkommens zwischen ÖTV und öffentlichen Arbeitgebern vom 12. Dezember 1974, weil durch diese Vereinbarung "die Durchführung eines Streiks und damit die Erzielung und Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen" erheblich erschwert wird (aus der Begründung).

– Kündigungsschutz für Vertrauensleute sowie Dienstbefreiung für gewerkschaftliche Mitgliederversammlungen, Vertrauensleutesitzungen und Schulungen.

– Konkretisierung der "Leitsätze für die Vertrauensleute-Arbeit". Materielle und organisatorische Unterstützung der Arbeit der Vertrauensleute durch die Kreisverwaltung bei der Durchführung von Versammlungen auf Betriebs- und Kreisebene sowie der Veröffentlichung beschlossener Informationsblätter.

– Satzungsänderung zur Verkürzung der regulären Wahlperiode der Kreis- und Bezirksdelegierten auf zwei Jahre sowie Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit durch den jeweiligen Wahlkörper.

– Satzungsänderung zur Durchführung einer Urabstimmung vor Vertragsabschluß insbesondere bei Lohntarifverhandlungen.

– Forderung nach Aufhebung des sogenannten Radikalenerlasses im öffentlichen Dienst und offensives Eintreten für das Recht auf freie gewerkschaftliche und politische Betätigung. – (a., Frankfurt)

Eine Demonstration wird angestrebt

Schülervertretung verabschiedet eine Resolution gegen die miserablen Schulverhältnisse

Hannover. Am 17.9. fand eine Schülerratssitzung der Berufsschule V, die über 3 000 Berufsschüler vertritt, statt.

Sie wurde eröffnet mit einem Bericht der Schülervertretung zur geplanten Arbeiterjugendlichendemonstration und zur Vorbereitung des Kampfes gegen den § 218. Zu diesen Punkten sollen Umläufe durch die Klassen gehen, die aber von der Schulleitung verboten wurden. Diese Einmischung und Behinderung der Arbeit der Schülervertretung durch die Schulleitung wurde vom Schülerrat aufs schärfste zurückgewiesen. Der Schülerrat beschloß, daß die Schülervertretung das Recht durchsetzen muß, im Rahmen ihrer Arbeit Umläufe einzusetzen zur breiten Information und Debatte.

Zum § 218 wurde eine Resolution verabschiedet, die die Schüler aufrief, an der Demonstration in Bonn unter den Forderungen der Komitees teilzunehmen.

Ein weiterer brennender Punkt war die Diskussion mit dem Hausmeister über die Kantinenpreise. Der Hausmeister wurde gefragt, wie die Kantinenpreise zustandekommen. Er wollte darüber keine Auskunft geben, daraufhin wurde die Forderung an den Hausmeister beschlossen auf Offenlegung der Preiskalkulation. Zur Durchsetzung der Forderung wurden Sprechchöre in der Pausenhalle vorgeschlagen, um ihn durch den Druck der Schüler dazu zu zwingen. Dies fand breite Unterstützung unter den Schülern.

Ein wichtiger Schritt zum Kampf gegen das schlechte Volksbildungswesen war die Verabschiedung der Resolution einer Mechanikerklasse (siehe Kasten). Anlaß war die Auflösung der 12.7, einer Klasse an der Fachoberschule, und ihre Aufteilung auf drei Klassen, die dadurch 30 und mehr Schüler haben. Die verabschiedete Resolution ist gut geeignet, die zersplitterten Kräfte im Kampf gegen die Misere im Volksbildungswesen in einer einheitlichen Demonstration zusammenzufassen. Die Resolution wurde jetzt dem Stadtschülerrat zur Abstimmung vorgelegt. – (w., Hannover)

Auszug aus der Resolution der Mechanikerklasse der Berufsschule V, Hannover

"Unser Interesse ist es, die Widersprüche zu überwinden und den gerechten Widerstand gegen die staatliche Schul- und Ausbildungspolitik aus der Zersplitterung herauszubringen. Gerade die "Sparpolitik" des Staates ist das äußerliche zugespitzte Kennzeichen für eine Bildungspolitik, die die Schüler und Auszubildenden von einer allseitigen und umfassenden Ausbildung fernhält. Diese "Sparpolitik" aber ist tatsächlich nichts weiter als eine ungeheure Verschwendung von Fertigkeiten, Bedürfnissen und Fähigkeiten, die in den Menschen, den Auszubildenden und Schüler entwickelt und gefördert werden wollen.

Richtig ist es, jetzt Schritte zu machen, um aus der Zersplitterung herauszukommen. Die Resolution der Vollversammlung der FOS an der BS V ist ein gutes Mittel, jetzt die Einheit aller Schulen, der besitzlosen Eltern und Schüler in einer großen Demonstration herzustellen. Für die Demonstration schlagen wir folgende Forderungen vor:

- Einstellung von Lehrern wie die Eltern es fordern!
- Einrichtung und Ausbau von Lehrwerkstätten an den Berufsschulen!
- Berufsschulausbildung an zwei arbeitsfreien Wochentagen!
- Völlige Lehrmittelfreiheit!
- Recht für jugendliche Arbeitslose und ungelernte Jungarbeiter auf Teilnahme an einer Facharbeiterklasse ihrer Wahl!
- Schulmilch kostenlos für alle Schüler! Kantinen nach Großhandelspreisen!
- Recht auf so viel Unterricht, daß sie in der Lage sind, die Facharbeiterprüfung abzulegen!
- Unentgeltliche und obligatorische, allgemeine, theoretisch und praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelnde Bildung für alle Kinder beiderlei Geschlechts bis zum 18. Lebensjahr; Einheitsschule!

Die Schülervertretung der Berufsschule V wird aufgefordert, die Stellungnahme der ME 01 zur Grundlage für die Verhandlungen zur Demonstration mit den anderen Schulen in Hannover zu machen. Die Schülervertretung wird aufgefordert, ebenfalls die GEW wie auch die Jugendausschüsse des DGB und seiner Einzelgewerkschaften einzuladen."

Durch Gericht von der Jugendvertretung ausgeschlossen

Wetzlar. Am 18. September gab das Arbeitsgericht Wetzlar der Klage der Philips-Kapitalisten statt auf Ausschluß des Vorsitzenden der Jugendvertretung aus der Jugendvertretung.

Der Vorsitzende der Jugendvertretung, Thomas Hataj, habe, so das Arbeitsgericht, wiederholt gegen das Betriebsverfassungsgesetz und die Pflicht zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung verstoßen.

Was war im einzelnen vorgefallen? Lehrlinge hatten sich bei Thomas Hataj über ihre Arbeit beschwert, da diese ihrer Ausbildung nicht dienen würde. Der Vorsitzende der Jugendvertretung erklärte ihnen, sie könnten diese Arbeit ablehnen, weil sie nicht Ausbildungszwecken diene, und versprach, sich in der Jugendvertretung darum zu kümmern. Für das Arbeitsgericht war dies ein schwerer Verstoß gegen das Betriebsverfassungsgesetz, Aufforderung zur Störung des Betriebsfriedens.

Vorgeworfen wurde ihm von den Philips-Kapitalisten weiterhin, daß auf einer Jugendversammlung Diskussionen über die Jugendarbeitslosigkeit und den § 218 geführt worden seien.

Zu beidem hatte die Jugendversammlung Resolutionen verabschiedet, in denen unter anderem gefordert wird: "Anerkennung aller arbeitslosen Schulabgänger als Arbeitslose, Zahlung eines Arbeitslosengeldes!" Zum § 218 war gefordert worden "Ersatzlose Streichung des § 218! Volksentscheid gegen den § 218!" Dazu meinte das Arbeitsgericht, dies sei ein grober Verstoß gegen den § 45 des Betriebsverfassungsgesetzes, der festlegt, daß auf Betriebsversammlungen nur solche Themen behandelt werden dürften, *"die den Betrieb und seine Arbeitnehmer unmittelbar betreffen"* (§ 45 Betriebsverfassungsgesetz). Nach Auffassung dieses Gerichtes betrifft die Jugendarbeitslosigkeit und der § 218 die Kollegen nicht, wieso die Klage der Philips-Kapitalisten berechtigt sei.

Dieses Urteil des Arbeitsgerichtes werden die Kapitalisten mit Freude zur Kenntnis nehmen. Bietet es ihnen doch hervorragende rechtliche Möglichkeiten, den Jugendvertretungen einen Maulkorb umzuhängen und Jugendvertreter auszuschalten.

Man braucht aber auch kein Prophet zu sein, um sagen zu können, daß dieses Urteil auf Widerstand stoßen wird. Alle Kollegen, die bei dem Prozeß anwesend waren – so waren in dem überfüllten Gerichtssaal auch Jugendvertreter aus anderen Betrieben – waren sich nach dem Prozeß einig: Gegen dieses Urteil wird man vorgehen müssen. Dabei wird man nicht auf das Landesarbeitsgericht vertrauen, bei dem der Vorsitzende der Jugendvertretung Revision einlegen wird. – (y, Wetzlar / Red.)

Aushöhlung der Berufsschulpflicht

Der Angriff auf die Arbeitslosenversicherung

Die "entscheidende Schlacht" finde "an der Lohnfront statt", soll Bundeskanzler Schmidt nach Verabschiedung der Regierungsmaßnahmen im Kabinett gesagt haben. (Die Welt, 12.9.) Die wichtigste Waffe der Kapitalisten und der Regierung an der Lohnfront ist die Arbeitslosigkeit.

Gerade um zu verhindern, daß aus der industriellen Reservearmee ein Heer von Lohndrückern am Gängelband der Kapitalisten wird, haben die Arbeiter ihre Gewerkschaften gegründet, in denen durch die gemeinsame Organisation die Spaltung zwischen Arbeitslosen und Arbeitern, die Arbeit haben, verhindert werden soll. Um zu verhindern, daß die Arbeitslosen zu einem Spielball der Kapitalisten werden, haben die Gewerkschaften für Arbeitslosenversicherungen gekämpft. Kein Wunder, daß die Kapitalisten und der bürgerliche Staat stets sich bemühen, die Gewerkschaften zu entwaffnen und die Arbeitslosenversicherung zu zerstören.

Die Kapitalisten haben die Herrschaft in der Arbeitslosenversicherung

Bereits beim Wiederaufbau der Arbeitslosenversicherung nach dem II. Weltkrieg ist es den Kapitalisten gelungen, in die Arbeitslosenversicherung einzudringen und gemeinsam mit den Vertretern des bürgerlichen Staates dort die Herrschaft an sich zu reißen. Das ist der erste Keim der Zerstörung in der Arbeitslosenversicherung.

Statt den Versicherungsbeitrag als Teil des Lohnes den Kapitalisten direkt abzuverlangen, ist er in einen "Arbeitgeberanteil" und einen Anteil der Lohnabhängigen gesplittet worden. Damit ist ein weiterer Keim der Zerstörung in die Arbeitslosenversicherung gepflanzt worden. Jede Erhöhung des Versicherungsbeitrages richtet sich nun nicht einzig gegen die Kapitalisten, sondern scheinbar auch gegen die Arbeiter, obwohl der Versicherungsbeitrag nur Teil des Lohnes ist. Damit sind dem Kampf der Arbeiter für die Verbesserung der Versicherungsleistungen und Erhöhung der Beiträge Zügel angelegt. All dies reichte der Kapitalistenklasse nicht aus, um die Arbeitslosenversicherung als Waffe der Arbeiterklasse zu entschärfen.

Sie eignen sich deren Gelder an

Mit dem Gesetz zur Arbeitsförderung und der Umbenennung des Amtes für Arbeitslosenversicherung in Amt für Arbeit gingen sie 1969 mit Hilfe des bürgerlichen Staates direkt zur Zerstörung der Arbeitslosenversicherung über. Dieses Gesetz ist von seiten der Kapitalistenklasse die Konsequenz aus den Erfahrungen der Krise von 1966/67. Jetzt können sich die Kapitalisten zwei Drittel der Versicherungsgelder legal aneignen, während diese Versicherungsgelder in jeder Krise bei der Auszahlung der Arbeitslosen fehlen. Zunächst springt dann zwar der Staat als Geldgeber ein. Aber gerade damit ist nur ein weiterer Hebel geschaffen, um die Arbeitslosenversicherung zu zerstören. Der Staat zieht daraus die Begründung, direkt gegen die Leistungen der Arbeitslosenversicherung vorzugehen. Dies geschieht nicht, um Geld zu sparen und die Versicherung zu "retten", sondern um sie zu zerstören. Denn solange es der Arbeiterklasse einigermaßen gelingt, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung zu verteidigen, sind die Arbeitslosen nicht vollständig der Willkür der Kapitalisten ausgesetzt und kann die Arbeitslosigkeit nicht in dem von den Kapitalisten gewünschten Umfang gegen die Arbeiter im Lohnkampf eingesetzt werden.

"Zumutbarkeit" der Arbeit

Mit ihren jüngsten Maßnahmen hat die Regierung im Auftrag der Kapitalistenklasse einen weiteren Schritt bei der Zerstörung der Arbeitslosenversicherung getan, indem sie "strengere Maßstäbe für den Bezug des Arbeitslosengeldes" festlegte. Im Klartext bedeutet das, daß sie die Versicherungsleistungen, ohne die Versicherten auch nur zu fragen, verschlechtert hat, um die Arbeitslosen noch mehr der Willkür der Kapitalistenklasse auszuliefern. Gleichzeitig hat sie die Beiträge erhöht, wobei sich die Erhöhung des Beitrags der Lohnabhängigen direkt als Lohnkürzung auswirkt, während die Erhöhung des "Arbeitgeberanteils" als Argument gegen Lohnforderungen gebraucht werden soll.

Worin besteht jedoch der Hauptangriff auf die Arbeitslosenversicherung? Er besteht in der Ausweitung der "Zumutbarkeit" der Arbeit, die ein Arbeitsloser annehmen muß unter Androhung der Streichung des Arbeitslosengeldes. "Angebotene Arbeitsplätze können nur dann noch abgelehnt werden, wenn dadurch die weitere berufliche Entwicklung schwer beeinträchtigt würde oder wenn ge wichtige familiäre oder gesundheitliche Gründe geltend gemacht werden." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.9.) Es ist klar, daß diese uferlose Ausweitung der "Zumutbarkeit" der Willkür der Kapitalisten und der in ihrem Dienst funktionierenden Arbeitsämter noch mehr als bisher Tor und Tür öffnet. Die Kapitalistenklasse stört, daß durch die Existenz der Arbeitslosenversicherung und einige die Arbeitslosen schützende Bestimmungen das Heer von Arbeitslosen für sie nicht vollständig frei verfügbar ist, um die Löhne zu drücken. Weil die Kapitalisten das stört, zerstören sie Schritt für Schritt die Arbeitslosenversicherung.

Der jetzige Schritt ist durch eine wilde Hetze in der Presse vorbereitet worden. Die Gewerkschaftsführung hat ihn anscheinend bereits akzeptiert.

Um den Kampf an der Lohnfront von vornherein für sich zu entscheiden, verschlechtern die Kapitalisten und der bürgerliche Staat die Bedingungen, unter denen der Lohnkampf stattfindet. Gegen die systematische Zerstörung der Arbeitslosenversicherung muß sich die Arbeiterklasse unter den Forderungen nach Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung, nach Beseitigung aller sachfremden Ausgaben in die Taschen der Kapitalistenklasse, nach Bezahlung der Beiträge durch die Kapitalisten, nach Verbesserung der Versicherungsleistungen und Zahlung eines Arbeitslosengeldes von 80 % für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit erheben. Diese Verteidigung und Verbesserung der Arbeitslosenversicherung liegt unbedingt im Interesse der ganzen Arbeiterklasse und aller Lohnabhängigen. Die systematische Zerstörung der Arbeitslosenversicherung ist durch die Kapitalistenklasse dagegen schon lange eingeleitet.

Mit entsprechenden Maßnahmen in der Weimarer Republik haben die Kapitalisten den gleichen Weg schon einmal eingeschlagen, der für die Arbeiterklasse mit der Einführung der Zwangsarbeit und einer rabiaten Senkung des Reallohns durch die Faschisten geendet hat. – (js)

Zur wirtschaftlichen Lage

Sich der Haut wehren und die soziale Revolution vorbereiten!

In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung hat die Arbeiterklasse keinen Einfluß auf die Entwicklung der Wirtschaft. Das Kapital verwertet, vermehrt sich durch den Verzehr der Arbeitskraft der Arbeiter. Die Arbeiterklasse produziert das Kapital, das Kapital aber herrscht über die Arbeiterklasse. Die wirtschaftliche Entwicklung wird durch das Kapital diktiert. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln bewirkt die Abhängigkeit der Arbeiterklasse von den Produktionsmitteln, die sie als Kapital beherrschen. Jeder kann es sehen: Die Arbeiter haben in jahrzehntelanger Arbeit eine Fabrik aufgebaut, sie haben sie aber als fremdes Eigentum aufgebaut. Deshalb sind sie abhängig von der Fabrik und haben keinen Einfluß auf ihre Entwicklung. Ob die Fabrik ausgebaut wird und ihre Fabrikation erweitert oder ob sie ihre Produktion einstellt und geschlossen wird, das ist vom Willen der Arbeiter unabhängig. Obwohl die Arbeiter alles produzieren und ihre Arbeitskraft die Grundlage der Produktion ist und der wirtschaftlichen Entwicklung, so erleiden doch die Arbeiter diese Entwicklung und werden durch sie beherrscht, statt sie zu beherrschen. Das kann sich nur ändern, wenn die Arbeiterklasse die Produktionsmittel, die sie als fremdes Eigentum produziert hat, in die eigene Hand nimmt und zu diesem Zweck die politische Macht erobert.

Für diese Tatsache liefert auch die gegenwärtige Krise den Beweis.

Überproduktion von Kapital

Der Zweck der kapitalistischen Produktion ist die Vermehrung von Kapital. Dieser Zweck kann nicht mehr erfüllt werden, wenn er unter gegebenen Bedingungen bereits zu einer Überproduktion des Kapitals geführt hat. Diese Überproduktion von Kapital tritt, wie die historische Erfahrung zeigt, periodisch ein. In Westdeutschland das letzte Mal 1966/67 und heute erneut. Die Überproduktion des Kapitals zeigt sich in der Überfüllung der Märkte, im Rückgang der Produktion, in der Nichtauslastung der vorhandenen Produktionskapazitäten und im Sinken der Investitionen. Für die Arbeiterklasse bedeutet die Überproduktion von Kapital: Sinken der Löhne und steigende Arbeitslosigkeit.

Überfüllung der Märkte

Die Überfüllung der Märkte bedeutet nicht, daß absolut zu viel produziert worden ist. Davon kann keine Rede sein. Sie bedeutet nur, daß zahlungsfähige Nachfrage hinter der Produktion zurückbleibt, sei es, weil die Masse der Konsumenten, die Lohnabhängigen, kein Geld haben, um ausreichend zu konsumieren, sei es, weil die Kapitalisten auf einem Teil ihrer Waren sitzen bleiben und deshalb in ihrer Nachfrage an Produktionsmitteln eingeschränkt werden, sei es, weil die Kapitalisten zwar Geld haben, es jedoch nicht in weiteren Produktionsmitteln und Rohstoffen anlegen, es also nicht in funktionierendes Kapital zurückverwandeln. Die Überfüllung der Märkte schlägt sich nieder in einem Rückgang des Handels. Die Überfüllung des Weltmarktes zeigt sich heute in beträchtlichen Rückgängen des Welthandels. "Die realen **Weltexporte** *(mengenmäßig), die 1973 um 11 % angewachsen waren, stiegen 1974 noch um 6 %, jedoch bereits mit sinkendem Trend im Laufe des Jahres. Seit dem 4. Quartal 1974 gehen die Weltexporte volumenmäßig progressiv zurück." (Jahresbericht des GATT, zitiert nach "Neue Zürcher Zeitung", 3.9.1975) Die Schätzungen für das laufende Jahr schwanken zwischen 5 und 9 %. (FAZ, 1.9.)

Der westdeutsche Export , der in den letzten Jahren von der Ausdehnung des Weltmarkts besonders profitiert hatte, ist von der Überfüllung des Weltmarktes schwer getroffen. In den ersten sechs Monaten sank der westdeutsche Export um nominal 4 %, real um 13 % (Die Zeit, 29.8.). Für das ganze Jahr 1975 wird ein Rückgang von 10 % geschätzt (Institut der Deutschen Wirtschaft, Die Welt, 11.9.). Die Auftragseingänge aus dem Ausland bei der westdeutschen Industrie waren bis zum dritten Quartal 1974 noch auf 148,5 Punkte gestiegen (1970 = 100), um dann bis zum ersten Quartal 1975 bis auf 116,2 zu fallen. Im zweiten Quartal haben sie sich auf 118,6 Punkte wieder leicht gesteigert. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.9.)

Der Überfüllung des Weltmarktes waren Rückgänge auf dem inländischen Markt bereits vorausgegangen. Daß sich der Exportrückgang nicht noch stärker auf die Produktion ausgewirkt hat, liegt daran, daß sich die Inlandsnachfrage inzwischen wieder stabilisiert hat.

Rückgang der Produktion

Laut Bericht des GATT hat sich die Industrieproduktion in den westlichen kapitalistischen Ländern "seit 1973 kontinuierlich verlangsamt bzw. vermindert: erstes Halbjahr 1973 + 12 %, zweites Halbjahr 1973 + 6 %, erstes Halbjahr 1974 + 1 1/2 %, zweites Halbjahr 1974 – 5 %, erstes Quartal 1975 – 8 %." (Neue Zürcher Zeitung, 3.9.) In der BRD ist die Industrieproduktion bereits 1974 um 1,1 % zurückgegangen. Im ersten Halbjahr des Jahres 1975 ist sie um 8 % zurückgegangen. Die entsprechenden Zahlen (1974, erstes Quartal 1975) lauten für die USA – 0,6 % / – 12 %, Japan – 2,4 % / – 15 %, Frankreich – 2,1 % / – 9 %, Großbritannien – 1,8 % / – 2,5 %, Italien – 4,5 % / – 14 %.

Nichtauslastung der vorhandenen Produktionskapazitäten

Der Überfüllung der Märkte und dem Rückgang der Produktion entspricht die Nichtauslastung der vorhandenen Produktionskapazitäten, die ungenutzt bleiben und teilweise verrotten. "Der Rückgang der Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen in der Bundesrepublik, der Anfang 1973 einsetzte und sich im Herbst 1974 auf Grund eines starken Abfalls der ausländischen Nachfrage noch verstärkte, hat dazu geführt, daß die Industrie ihre Produktionskapazität immer weniger auslasten konnte. In seinem jüngsten Wochenbericht stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) fest, daß im 2. Quartal 1975 der Auslastungsgrad der verarbeitenden Industrie mit 78 % so niedrig wie im gleichen Quartal des Rezessionsjahrs 1967 gewesen ist. Gegenüber dem 4. Quartal 1973 sei das Produktionspotential der verarbeitenden Industrie um 14 % weniger ausgelastet. Kennzeichnend für die gegenwärtige Rezession ist nach Ansicht des DIW, daß erstmals in der Nachkriegszeit die chemische Industrie ihre Produktion über eine längere Zeit hinweg drastisch drosseln mußte. Sie war im ersten Halbjahr 1975 um 18 % niedriger als zur gleichen Zeit 1974." (Süddeutsche Zeitung, 11.9.) Kann das Institut dem Kapitalismus ein vernichtenderes Urteil aussprechen als durch den Nachweis, daß die Privateigentümer an den Produktionsmitteln nicht in der Lage sind, die Produktionsmittel zu nutzen?

Dabei darf nicht vergessen werden, daß in diesen Zahlen die Fabrikschließungen und Pleiten nicht enthalten sind, die in diesen Wochen neue Rekorde erreicht haben (+ 30 % gegenüber Vorjahr). Diese vernichteten Produktionskapazitäten fallen aus der Rechnung von vorneherein heraus. Die "Frankfurter Rundschau" gibt im übrigen an, daß die Produktionskapazität lediglich zu 75 % ausgelastet ist. Für Frankreich nennt sie 66 %, für Belgien 70 %, für Holland 70 %, für Italien 60 % und für die USA 66,5 %. In den anderen kapitalistischen Ländern sieht die Sache also noch trüber aus, was die Tiefe der Krise und die Schwierigkeit ihrer Überwindung zeigt. (Frankfurter Rundschau, 9.8.75)

Sinken der Investitionen

Seit 1969/70, Jahre, die ein reales Wirtschaftswachstum von 8,2 bzw. 5,8 % aufwiesen, sind die Investitionen in Westdeutschland ständig langsamer gestiegen und begannen schließlich zu sinken. 1971 sind die Investitionen noch um 4,5 %, 1973 um 0,6 % gestiegen, 1974 wurde um 8,1 % weniger als im Vorjahr investiert und für 1975 wird ein weiterer Investitionsrückgang von 6 % geschätzt. (Gutachten des Sachverständigenrates, Die Zeit, 29.8.) "Durch die starke Verringerung der Investitionen ist das Potentialwachstum der verarbeitenden Industrie so gedrosselt, meint das DIW, daß die Zuwachsrate 1975 unter 2 % fallen werde. Dies wären die niedrigsten Wachstumsraten des Produktionspotentials seit der Währungsreform. Das Investitionsvolumen werde 1975 um reichlich ein Viertel niedriger als 1970 ausfallen." (SZ, 11.9.)

Arbeitslosigkeit und Sinken der Löhne

Die Überproduktion von Kapital, das heißt die Produktion von Kapital, das durch die Kapitalisten nicht erneut in die kapitalistische Produktion gesteckt wird, sondern entweder vernichtet wird, als Geld aufgeschatzt oder exportiert wird, macht einen Teil der Arbeiterbevölkerung für das Kapital überflüssig. Er wird auf die Straße geworfen und vergrößert die industrielle Reservearmee. Seit Beginn dieses Jahres ist die offiziell ausgewiesene Zahl der Arbeitslosen stets höher als eine Million gewesen. Die Arbeitslosenquote ist unverändert bei 4,5 % geblieben. Die industrielle Reservearmee, die durch die Überproduktion von Kapital aufgefüllt wird, indem dieses Kapital nicht zur Erweiterung der Produktion genutzt wird, während die Ersetzung von Arbeitskraft durch Maschinerie und die Auspressung der in Arbeit befindlichen Arbeiter sich weiter steigert, ermöglicht den Kapitalisten einen ungeheuren Druck auf die Arbeiterklasse und auf ihren Lohn. Dabei geht es den Kapitalisten darum, den Anteil des Lohnes am Gesamtprodukt entscheidend zu schmälern und den Anteil des Mehrwerts in der Hand der Kapitalisten entscheidend zu heben, um so die Profite zu steigern.

Vernichtung von Kapital und Zentralisierung von Kapital

Die Überproduktion von Kapital und die Überfüllung des Marktes führt zwangsweise zu einer Verschärfung der Konkurrenz unter den vorhandenen Einzelkapitalien, mit dem Ziel, fremdes Kapital zu vernichten oder sich einzuverleiben, um die eigene Position zu verbessern. Die Konkurrenz tobt sowohl zwischen dem Monopolkapital und dem nichtmonopolistischen Kapital als auch unter den Monopolen selber und den internationalen Monopolgruppen. Die zahlreichen Pleiten gehen bisher sämtlich zu Lasten des Klein- oder Mittelkapitals, während das industrielle Monopolkapital, das sich längst mit dem Bankkapital zum großen Finanzkapital verschmolzen hat, bisher die Krise vor allem zu einer weiteren Zentralisierung des Kapitals nutzen konnte. So hinderte die gegenwärtige Krise die BASF keineswegs daran, die Knoll AG, einen mittleren Arzneimittelkonzern, aufzukaufen, um so einen größeren Einfluß auf diesen Markt zu gewinnen. Insgesamt hat bereits das letzte Jahr mit seinen Rekordzahlen an Pleiten einen großen Zentralisierungsschub gebracht. Für das Jahr 1975 läßt sich schon heute ein neuer Rekord an Pleiten wie auch ein weiterer Schub der Zentralisierung des Kapitals voraussagen. Vernichtung von Kapital und Zentralisierung des Kapitals in weniger Händen ist eines der Mittel zur Überwindung der Krise. Dies bedeutet Vernichtung von Produkten menschlicher Arbeit und Verstärkung der Herrschaft einiger weniger Kapitalgruppen über die menschliche Arbeit.

Die Überwindung der Krise läuft stets auf Stärkung des Monopolkapitals und die Verstärkung des Drucks auf die Arbeiterklasse hinaus

Vernichtung eines Teils des Kapitals und Verwertung des anderen zu günstigeren Bedingungen, nur so kann das Kapital seine periodischen Krisen überwinden. Die Vernichtung von Kapital setzt einen Teil der Arbeiterklasse außer Brot und durch den Druck der Arbeitslosigkeit werden die Verwertungsbedingungen des übrigen Kapitals verbessert. Allemal geht die Überwindung der Krise auf Kosten der Arbeiterklasse. Wenn heute gefragt wird, geht es bald wieder aufwärts? , dann läuft diese Frage auf nichts anderes hinaus als darauf: Sind bereits genug Produkte menschlicher Arbeit vernichtet und die Bedingungen menschlicher Arbeit schon ausreichend verschlechtert? Man sieht gleich, daß sich die Arbeiterklasse diese Fragestellung, sobald sie von ihren eigenen Interessen ausgeht, nicht zu eigen machen kann. Sie muß sich ihrer Haut wehren und die soziale Revolution vorbereiten. Aber stellen wir mal die Frage: Was erwartet die Arbeiterklasse, wenn es wieder aufwärts geht? Gar kein Grund besteht, auf eine rasche Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu hoffen. Die Kapitalisten werden die Produktion erhöhen können, indem sie die vorhandenen Produktionskapazitäten ausnutzen und sie werden sie nicht durch Neueinstellungen ausnutzen, sondern durch Überstunden und Sonderschichten. Einen Vorgeschmack gibt bereits die Autoindustrie. Auf diese Weise profitieren die Kapitalisten von der Arbeitslosigkeit und tragen zu ihrer Aufrechterhaltung bei. Und solange die Arbeitslosigkeit bestehen bleibt, sind die Bedingungen für die Kapitalisten großartig, um die Löhne weiter zu drücken. Wenn es also mit der kapitalistischen Produktion wieder aufwärts gehen sollte, dann heißt das noch lange nicht, daß es mit der Lage der Arbeiterklasse aufwärts ginge.

All diese Versprechen, ob sie direkt von den Kapitalisten kommen oder vom Chef der Bundesregierung, dienen nur dazu: die Arbeiterklasse heute zu drücken, um sie morgen noch mehr zu drücken. Demgegenüber muß sich die Arbeiterklasse auf das alte Ziel der Arbeiterbewegung besinnen: Sturz der Herrschaft der Kapitalistenklasse und Aufbau des Sozialismus. Daß dieses Ziel wieder bewußt ins Auge gefaßt wird, dafür schafft die Entwicklung des Kapitalismus selber die Voraussetzungen. – (is)

Der Ruin der Kleinbauern wird beschleunigt

Die Bonner Sparbeschlüsse werden für viele Kleinbauern die Vernichtung ihrer Existenz zur Folge haben

Durch die Bonner Sparbeschlüsse ergeben sich für die Bauern bis 1979 Mindereinnahmen im Werte von 4 Milliarden DM. Allein durch den Abbau des Aufwertungsausgleichs werden die Bauern 1976 300 Millionen und von 1979 an jährlich 1,2 Milliarden Einkommenseinbußen erleiden.

Die Bonner Sparbeschlüsse sehen einen ganzen Katalog von Maßnahmen vor. Neben dem Abbau des Aufwertungsausgleichs sind verschiedene Einsparungen im Agraretat vorgesehen. Was vom Aufwertungsausgleich abgebaut wird, den die Bauern über einen Teil der Mehrwertsteuer erhielten, fließt dagegen in die Taschen des Staates.

Der Aufwertungsausgleich war den Bauern 1969 bei der Aufwertung der D-Mark zugestanden worden, weil durch die Aufwertung den Bauern Preissenkungen infolge der Bindung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse an die europäische Rechnungseinheit (Grüner Dollar) ins Haus standen. Die Aufwertung der D-Mark hat die Position der westdeutschen Bauern gegenüber den Bauern aus den anderen EG-Ländern erheblich verschlechtert. Funktion des Aufwertungsausgleichs ist es, die infolge der Aufwertung entstandene Preissenkung zu verhindern.

69,45 % der 967 809 landwirtschaftlichen Betriebe waren 1973 kleiner als 15 Hektar, weitere 21,38 % waren noch kleiner als 30 Hektar. Diese 90 % aller Betriebe verfügen schon heute über so geringe Einkommen, daß sich die Vielzahl von ihnen kaum über Wasser halten kann.

Durchschnittseinkommen/FAK 1971/72 in DM

Betriebsgröße	Hackfruchtbau	Getreidebau	Futterbau
unter 20 ha	13 260	12 298	12 916
20–50 ha	20 536	15 984	15 782
50 ha u.m.	49 568	32 945	21 865

Die Statistik zeigt, wie niedrig das Einkommen bei den kleinen Betrieben in allen Produktionszweigen ist. Zusätzlich zeigt sie, daß die Einkommenssituation auch bei vielen Betrieben zwischen 20 und 50 Hektar zumindest im Produktionszweig Futterbau und Getreidebau kritisch ist.

Ist es schon fast unmöglich, von 12 000 DM im Jahr zu leben, ist es sicherlich unmöglich, davon noch Neuinvestitionen zu finanzieren. Diese Statistik zeigt deutlich, daß eine weitere Betriebsentwicklung für die meisten Betriebe unmöglich ist. Umgekehrt verzeichnen 38 % aller landwirtschaftlichen Betriebe eine negative Eigenkapitalbildung. Diese Bauern nehmen keine Kredite auf, um zu investieren, sondern um ihr Leben zu fristen. Ihre Perspektive ist der Ruin, die Aufgabe ihrer Höfe.

Wie wirken in einer solchen Situation die Sparbeschlüsse?

Sie haben erhebliche Auswirkungen auf die Einkommen der Landwirte und beschleunigen dementsprechend den Ruinierungsprozeß. Verschärft wird die Situation außerdem dadurch, daß die westdeutsche Industrie ihr Exportvolumen auf Kosten der westdeutschen Bauern ausdehnen will. Unterstützt wird dies durch eine weitere Erhöhung der Agraretats in den europäischen "Agrarländern". Während der französische Agraretat um 10 % wächst, wird der westdeutsche Agraretat um 1,7 % gesenkt.

Betroffen sind von den Sparmaßnahmen zunächst einmal alle Bauern. Nur treffen die Maßnahmen die Kleinbauern besonders stark. Absolut sind die Verluste bei großen Bauern größer, sie fallen aber im Verhältnis zum Einkommen nicht so stark ins Gewicht, da die Mehrwertsteuer ja nicht am Einkommen, sondern am Umsatz ansetzt. Die kleinen Betriebe können wegen der höheren Produktionskosten pro erzeugter Einheit nur einen kleineren Gewinn erzielen als die größeren. Durch den Abbau des Aufwertungsausgleichs wird pro Wareneinheit der gleiche Betrag abgezogen. Dieser Abzug schmälert einen kleinen Gewinn verhältnismäßig natürlich weit mehr als einen großen Gewinn.

Daß die Sparmaßnahmen hauptsächlich die Kleinbauern treffen sollen, zeigt sich auch daran, daß das Landwirtschaftsministerium keine Einsparungen in ihrem einzelbetrieblichen Förderungsprogramm vorgesehen hat. Die einzelbetriebliche Investitionsförderung erhalten nur die Betriebe, die im Zieljahr 1978 über 23 400 DM Arbeitseinkommen pro Arbeitskraft erwirtschaften.

Die 23 400 DM erreicht sicher nur ein Bruchteil der Betriebe. Diese Betriebe werden bei Neuinvestitonen zum Teil erheblich gefördert. So gibt es z. B. bei Teilaussiedlungen Erschließungsbeihilfe bis 50 000 DM, Zuschuß bis 42 000 DM, öffentliches Darlehen in Grünland- und Futterbaubetrieben bis 120 000 DM . . . (nach top agrar 6/75) Diese Investitionen führen zur Senkung der Produktionskosten und zur Ausweitung der Produktion. Durch die relative Überproduktion und die Produktionskostensenkung werden die Erzeugerpreise empfindlich gesenkt. Dies schmälert die Einkommen der Kleinbauern erheblich.

Hinter diese Politik, die den Großbauern und Grundbesitzern nutzt, hat sich auch die Bauernverbandsführung gestellt. Heereman in einem Interview gegenüber der "Deutschen Zeitung": "Ich werde eine konstruktive Politik, von der ich glaube, daß sie die richtige und beste Interessenvertretung ist, trotz aller Enttäuschungen versuchen weiterzuführen." Diese konstruktive Politik bedeutet für die Mehrzahl der Bauern die Vernichtung ihrer Existenz. – (c + j, Kiel)

Ausländische Jugendliche ohne Ausbildung

Beispiele aus Frankfurt

Kinderausbeutung

"Kinderarbeit, das gibt es heute nicht mehr" – das meinen viele und glauben, daß Kinderarbeit längst der Geschichte angehört. Daß das nicht stimmt, zeigt folgendes:

Ein kleiner türkischer Junge, elf Jahre alt, der in unserer Nachbarschaft wohnte, besuchte uns letzte Woche. Er erzählte stolz, daß er jetzt selbst Geld verdient. Ein Tankwart hat ihm versprochen, daß er bei ihm richtige Arbeit bekommen würde, wenn er groß ist. So lange könne er nachmittags bei ihm Autos waschen und Handlangerdienste verrichten. Bei zirka 20 Stunden Arbeit in der Woche bekommt der Junge einen Lohn von 25 DM.

"Ja, aber die Kinderarbeit ist doch verboten, und außerdem gibt es doch die allgemeine Schulpflicht" – wird sich mancher fragen. Der bürgerliche Staat hat sich bisher weder um das Arbeiten des Jungen noch um die Schulpflicht gekümmert.

Der Junge wurde, ein Jahr zu spät, in die türkische Klasse im Nordend eingeschult, die jedoch wegen Lehrermangel geschlossen wurde. Nachdem er eine ganze Weile überhaupt nicht die Schule besuchte, wurde er in die 4. Klasse einer deutschen Schule gesteckt, wo er nichts mehr verstand. Einzige Erziehung, die er dort erfuhr, war, daß er die Ohren langgezogen bekam, wenn er die Schule schwänzte oder nicht parieren lernte. Das hat dazu geführt, daß er einen großen Bo-
dazu geführt, daß er einen großen Bo-
gen um die Schule machte und lieber spielen ging. Heute geht er in die 2. Volksschulklasse, wo man ihn als allererstes für vier Wochen nach Hause schickte wegen Läusen, die er sich in seinem neuen Zuhause eingefangen hatte. Lange bleiben wird er in dieser Klasse wahrscheinlich auch nicht, weil er "die Harmonie der Klasse mit sieben- bis achtjährigen Kindern stört", wie das Pädagogen nennen. Er wird sich also weiter durchmogeln und von einer Klasse in die andere geschoben werden. Er wird Analphabet bleiben und somit, nicht nur heute mit seinen elf Jahren, gutes Objekt der Ausbeutung für die Kapitalisten sein. Sein Leben lang soll er dazu verdammt sein, jeden miesen Job anzunehmen und Dankbarkeit dafür zeigen zu müssen, was ihm heute schon auf der Tankstelle ausgezeichnet beigebracht wird. – **(bar)**

"Keine Chance für einen Ausbildungsplatz"

Zu dieser bündigen Feststellung kam schon vor den Sommerferien der stellvertretende Leiter der Berufsberatung im Frankfurter Arbeitsamt. Von ihm werden die meisten Ausländer "sofort wieder nach Hause geschickt", wegen ihrer mangelnden Deutschkenntnisse. Denn diese werden in den Hauptschulen so wenig gefördert, daß die "Analphabeten in zwei Sprachen" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.7.75) bei jedem beruflichen Eignungstext des Arbeitsamtes herausfallen. "Geh erst mal heim und lerne anständig deutsch, vorher kann ich dich nicht verkaufen", ist dann der zynische Rat von Vertretern eines Ausbildungssystems, das sich um die ausländischen Jugendlichen noch weniger kümmert als um die deutschen.

Das Ergebnis sieht beispielsweise so aus: Von den knapp 50 italienischen Schulabgängern der Sophienschule in Bockenheim hat ein einziges Mädchen eine Lehrstelle als Friseuse (für 100 DM pro Monat im ersten Jahr) gefunden, ein Mädchen hat als Putzfrau Arbeit gefunden und zwei Jungen durch Beziehungen einen Job in Pizza-Bäckereien. Sechs oder sieben sind resigniert in ihre Heimat zurückgekehrt; einige andere wurden trotz mangelnder Sprachvoraussetzungen in eine deutsche 9. Klasse gesteckt (während gleichzeitig zwei italienische Lehrer von der Schule abgezogen wurden); alle übrigen sind arbeitslos.

Viele Türken, Jugoslawen, Spanier oder andere, deren Heimatländer nicht der EG angehören, haben darüberhinaus nicht einmal einen Anspruch auf Vermittlung eines Arbeitsgeschweige denn Ausbildungsplatzes, wenn ihre Eltern weniger als fünf Jahre in der BRD lebten.

Auch die von ein paar Hundert Schulabgängern genutzte Möglichkeit, ihre Berufsausbildung in einer Berufsfachschule zu beginnen, ist ihnen verbaut: Von den Abgängern der Frankfurter Karmeliterschule hat kein einziger Ausländer die Aufnahmeprüfung geschafft; gescheitert sind sie allemal an sprachlichen und landeskundlichen Testfragen. – **(e)**



Eine Woche vor den Bürgerschaftswahlen in Bremen gab es an den Agitationsständen erneut lebhafte Auseinandersetzungen. Die FDP versuchte mit kostenlosem Weinausschank die Leute zur Wahl besoffen zu machen. Die Sache ging daneben. Sie mußte Stellung nehmen zur Äußerung ihres Wirtschaftsministers Friederichs, 8 % Lohnerhöhung seien viel zu hoch. – Eine Veranstaltung der Ortsgruppe des KBW "Gegen den Raubzug der bürgerlichen Klasse und ihrer Parteien! Für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Für den Sieg des Sozialismus!" wurde von 1 000 Menschen besucht.

Strafbefehl zwischen 400 und 4 000 DM aufgrund von Paragraf 218

Augsburg. Wie der § 218 von den staatlichen Behörden gehandhabt und durchgesetzt wird, läßt sich gut an einem Fall in Augsburg sehen. Dort haben die Mitarbeiter der "Pro Familia" (Beratungsstelle für Ehe- und Sexualfragen) sowie eine ihrer Klientinnen und zwei ihrer Bekannten Strafbefehle zwischen 4 000 und 400 DM aufgrund des § 218 erhalten. Die "Pro Familia" wurde angeklagt, eine Abtreibungsadresse genannt zu haben (die stand ohnehin im 'Spiegel'), worauf eine Abtreibung vorgenommen worden sei. In Gang gesetzt wurde das Ganze durch die Schnüffelei des Katholikenrats der Diözese Augsburg, der in Augsburg in solchen Fällen "Staatsanwalt" spielt. Über das Bayrische Sozialministerium wird jetzt versucht, die Leiterin der "Pro Familia" zu entlassen; ein weiterer Mitarbeiter kündigte bereits freiwillig. Nun soll es in Kürze zu einer Hauptverhandlung kommen, da Widerspruch gegen die Strafbefehle eingelegt wurde.

Die DKP und der Paragraf 218

An staatlicher Bevormundung und Schikane hält die DKP eisern fest

Wenige Tage vor dem 21.9., an dem 25 000 in Bonn gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, gegen den § 218 und für einen Volksentscheid gegen den § 218 demonstriert haben, während die DKP in Düsseldorf mit billigen Würstchen ihr Pressefest über die Bühne gebracht hat, erschien in der "UZ" ein Artikel unter der Überschrift "Keine Spaltung der Bewegung gegen den § 218 zulassen". Darin sind Auszüge aus einer Rede des Präsidiumsmitglieds der DKP Willi Gerns wiedergegeben, die er auf einer Veranstaltung in Bremen gehalten hat. (UZ vom 16.9.1975) Den Vorwurf der Spaltung erhebt Gerns gegenüber den Komitees gegen den § 218 und gegenüber dem KBW, weil sie an der Forderung nach der ersatzlosen Streichung des § 218 festhalten.

Um diesen Vorwurf zu begründen, behauptet Gerns, die DKP sei "seit ihrer Konstituierung" "konsequent" für die "alte Forderung der Arbeiterbewegung", "die Forderung nach Streichung des Paragrafen 218" eingetreten.

Abänderung ist nicht Streichung des § 218

Nun tritt die DKP seit ihrer Gründung aber für die Fristenlösung ein und Gerns tut das in seiner Polemik gegen die Forderung nach ersatzloser Streichung ebenfalls. Für jeden, der sich nicht ein X für ein U vormachen läßt, besteht aber kein Zweifel, daß die Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch des bürgerlichen Staates offensichtlich etwas anderes ist als die Aufrechterhaltung dieses Paragrafen in einer anderen Fassung. Nie hat die revolutionäre Arbeiterbewegung denn auch unter der Forderung nach der Streichung des § 218 etwas anderes verstanden als eben die ersatzlose Streichung.

Als nach 1969 sich erneut eine heftige Bewegung für die Streichung des Strafgesetzbuchparagrafen 218 entwickelt hat, hat die DKP denn auch keineswegs "konsequent" die "alte Forderung der Arbeiterbewegung" in ihr vertreten, die DKP hat sich ganz im Gegenteil konsequent auf die Seite der bürgerlichen Reformer aus der sozialdemokratischen Parteiführung und aus der Gewerkschaftsführung geschlagen und hat eifrig daran mitgemacht, durch Propaganda für die Fristenlösung in der Bewegung gegen den § 218 das Vertrauen auf den bürgerlichen Staat als Berater, Gutachter und milden Richter wachzuhalten und so die Bewegung unter den Einfluß der bürgerlichen Reformer zu bringen und sie zu spalten.

Das hat viel dazu beigetragen, daß das Bundesverfassungsgericht sein Urteil überhaupt riskieren konnte, denn soweit die Bewegung gegen den § 218 auf die Fristenlösung eingeschwenkt ist, hatte sie viel von ihrer Kraft verloren. Die prinzipielle Frage, dem bürgerlichen Staat jedes Recht abzusprechen, sich einzumischen in die Frage, ob eine Schwangerschaft ausgetragen werden soll oder nicht, diese prinzipielle Frage wurde verwischt. Das Abtreibungsverbot des § 218 sollte mit der Fristenlösung weiterhin ein Bestandteil des Strafgesetzbuches bleiben.

Die Befürworter der Fristenlösung haben sich nach dem BVG-Urteil verdrückt

Gerns behauptet, für die Fristenlösung sei eine breite Bewegung möglich, "die in dieser Breite ohne Zweifel für eine ersatzlose Streichung des § 218 nicht zustande kommen kann". Ohne Zweifel ist es aber gegenwärtig so, daß sich die Befürworter der Fristenlösung nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ziemlich sang- und klanglos verdrückt haben. Die SPD-Führung und größtenteils auch die Gewerkschaftsführung haben sich gleich verabschiedet und öffentliche Kniefälle vor dem Bundesverfassungsgericht exerziert. Das war nicht anders zu erwarten. Denn wie sollten sie gegenüber dem Machtwort des Staatsapparates anders reagieren, nachdem sie vorher schon mitempfohlen hatten, sich mit dem Gedanken anzufreunden, dem Staat das Recht der Bevormundung und Schikanierung des Volkes zu belassen.

Vorankommen konnte die Bewegung gegen den § 218 nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes überhaupt nur, wenn sie sich der Frömmigkeit und Gutgläubigkeit gegenüber dem bürgerlichen Staat und seiner Verfassung entledigte. Dahingehend haben die Komitees und der KBW gearbeitet und dieser Weg hat sich als richtig herausgestellt.

Der Verrat am Kampf gegen den § 218 läßt sich nicht vertuschen

Die "nackte" Forderung nach der ersatzlosen Streichung des § 218 sei völlig unzureichend, sagte Gerns. Das ist ohne jeden Zweifel richtig. Mit der Abschaffung der Bestrafung der Abtreibung durch die bürgerliche Justiz sind die Verhältnisse nicht abgeschafft, die immer wieder Hunderttausenden keinen anderen Ausweg lassen, als abzutreiben. Erst im Sozialismus können Verhältnisse geschaffen werden, unter denen niemand mehr sich zur Abtreibung gezwungen sieht und wo das dem bürgerlichen Staat abgetrotzte Individualrecht auf Abtreibung gegenstandslos wird, weil die Arbeiterklasse und die Volksmassen herrschen.

Zu Recht verweist Gerns darauf, daß unter der Herrschaft der kapitalistischen Lohnsklaverei die Arbeiterklasse nicht darauf verzichten kann, dem bürgerlichen Staat Schutzrechte abzutrotzen, die es ihr ermöglichen, den eigenen Nachwuchs ohne schwerste Schäden für die Frauen und Kinder zur Welt zu bringen und aufzuziehen.

Solche Forderungen hat der KBW in seinem Programm erhoben, zum Beispiel die Forderungen **Freistellung der Frau von der Arbeit für die Dauer von 12 Wochen vor und nach der Niederkunft; Fortzahlung des vollen Lohns. Unentgeltliche ärztliche Hilfe und Versorgung mit Arzneimitteln. Der Arbeitsplatz muß wieder zur Verfügung gestellt werden. Einrichtung von unentgeltlichen Krippen und Kindergärten unter der Kontrolle des Betriebsrates an allen Arbeitsstätten. Möglichkeit zur ausreichenden Betreuung der Kinder während der Arbeitszeit durch den dort arbeitenden Elternteil bei Verkürzung seines Arbeitstages auf sechs Stunden. Zusätzlicher bezahlter Urlaub für einen Elternteil für die gesamte Dauer der Krankheit ihrer Kinder.**

Der KBW ist allerdings niemals, wie Gerns es tut, darauf verfallen, solche Schutzforderungen zu erheben, um damit die Forderung nach der ersatzlosen Streichung des § 218 zu bekämpfen und den eigenen Verrat am Kampf gegen den § 218 als besonders entschlossene Verfechtung der proletarischen Interessen herauszuputzen.

Schließlich begnügt sich Gerns nicht einmal damit, die Fristenlösung zu verteidigen, weil angeblich so viele dahinter ständen und gegenwärtig für die Forderung nach der ersatzlosen Streichung keine breite Bewegung herstellbar wäre. So sind an einigen Orten DKP-Vertreter gegenüber den Komitees ja aufgetreten: "Im Grunde ist eure Forderung nach der ersatzlosen Streichung ja richtig, aber damit kommen wir jetzt nicht durch." Gerns macht sich vielmehr zum positiven Befürworter der Fristenlösung und damit der staatlichen Kontrolle und Schikane. "Wenn wir für die Dreimonatsfrist eintreten, so gehen wir davon aus, daß einerseits dieser Zeitraum völlig ausreichend ist, da bis dahin jede Frau weiß, ob sie schwanger ist und ob sie das Kind haben will oder nicht." In einem späteren Stadium der Schwangerschaft, wo "ernste Probleme für das Leben der Frau auftreten können ..., kann", so Gerns, "eine Schwangerschaftsunterbrechung dem Arzt nicht verpflichtend vorgeschrieben werden".

Positive Befürwortung der Fristenlösung

Tatsache ist, daß die Fristenlösung nach dem dritten Monat die Bestrafung für Abtreibung vorsah und nicht ein Beratungsgeplauder. Und unbestreitbar ist weiter, daß für lohnabhängige Frauen, die nicht über ihre Zeit verfügen können, die Rennerei vom Arzt zur Beratungsstelle und zurück oft genug bedeutet, daß die Frist um ist.

Die Fristenregelung ist geradezu darauf angelegt worden, daß die Frist überschritten wird. Sie ist erklärtermaßen zu dem Zweck erfunden worden, die Zahl der Abtreibungen zu senken. "Straffreiheit für einen bestimmten Zeitraum, um für Frauen in Notsituationen den Weg zum Berater so gangbar wie möglich zu machen", und zwar zu einem Berater, der den gesetzlichen Auftrag hat, der Frau die Abtreibung mit all seiner Kunst auszureden! So hat Herbert Wehner das Ziel der Fristenlösung bestimmt.

Gerns behandelt diesen Eingriff des bürgerlichen Staates als ein medizinisches Problem: Nach drei Monaten müsse ein Arzt als Fachmann entscheiden. Den bürgerlichen Staat als Familienberater, als Instanz, die verbieten, drohen, strafen muß – alles natürlich im Interesse der Gesundheit –, daran hält Gerns eisern fest. Von dieser reaktionären Vorstellung hat sich freilich die Bewegung gegen den § 218 immer mehr getrennt. Die DKP empfindet das als Spaltung, weil sie sich diesem Staat verpflichtet weiß. – **(hv)**

Gegen den Paragraf 218

Düsseldorf. Beim UZ-Pressefest der DKP haben Mitglieder des Düsseldorfer Komitees gegen den § 218 am Samstag 1 700 Unterschriften für die Forderungen der Komitees gegen den § 218 gesammelt, 500 Komitee-Zeitungen und 250 Plaketten verkauft.

Ein Erlaß der im Dunkeln bleiben sollte

Oberschulrat Eisenhauer: Bespitzelung soll Pflicht werden

Bremen. Bildungssenator Thape sah sich vor einiger Zeit genötigt, in die Auseinandersetzung um ein Rundschreiben seiner Behörde, für das der Oberschulrat Eisenhauer verantwortlich zeichnet, einzugreifen.

Ein Wunder ist das nicht, sieht dieser Erlaß, der die Entlassung von Beamten auf Probe regeln soll, doch eine ungeheure Einschränkung der Rechte der Lehrer vor und legt gleichzeitig fest, daß die Schulleitung die dazu notwendigen Maßnahmen einzuleiten habe.

Dieses Rundschreiben, mit dem die Schulbehörde hofft, die Lage im Schulwesen wieder besser in den Griff zu bekommen, wurde in Bremen nur an Schulleiter verschickt, den Lehrern aber vorenthalten.

So heißt es in diesem Rundschreiben: Ein Beamter kann entlassen werden, "*wenn der Dienstherr aufgrund des in der Probezeit gezeigten Verhaltens des Beamten erkennt, daß dieser künftig den berechtigten Anforderungen des Dienstherrn nicht gerecht werden wird. Dabei ist es unerheblich, ob den Beamten ein Verschulden trifft oder nicht.*" Es soll also nach dem Willen des Oberschulrats Eisenhauer als Vertreter der Schulbehörde ein Beamter auf Probe entlassen werden können, wann immer es den Dienstherrn danach gelüstet, "*ob den Beamten ein Verschulden trifft oder nicht*".

Einen Strich durch die Rechnung der Bildungsbehörde machte aber der Referendarrat am Studienseminar, der dieses Dokument veröffentlichte und damit allen Lehrern zugänglich machte. Daß bekannt wurde, wie der Staat in Gestalt von Bildungssenator, Oberschulrat und Schulleitern mit Lehrern umspringen will, die vor ihrem Dienstherrn nicht mit gebeugtem Rücken zum Rapport antreten, rief den Thape auf den Plan.

Was macht ein Bildungssenator, wenn Erlässe seiner Behörde an die Öffentlichkeit kommen, obzwar er eben dies nicht will? Er holt sich Beamtenrecht und Justiz zu Hilfe. So will Thape jetzt gegen die Herausgeber, die den Erlaß veröffentlicht haben, disziplinarrechtlich vorgehen, denn diese Veröffentlichung sei in "*rufschädigender Absicht*" gegenüber dem Oberschulrat Eisenhauer vorgenommen worden.

Die "*rufschädigende Absicht*" besteht für Thape wohl darin, daß er befürchtet, die Veröffentlichung des Erlasses mache allzu deutlich, daß Oberschulräte und Schuldirektoren die Büttel sind, mit denen der Staat direkt den Lehrern gegenübertritt, wenn er ihnen ihre Rechte beschneidet.

Betrachten wir dazu, wie die Behörde zum Zwecke der Reinerhaltung ihres beamteten Körpers vorgehen will.

Oberschulrat Eisenhauer schreibt in seinem Erlaß: "*Zur Beurteilung (der Bewährung eines Beamten) ist der Schulleiter neben eigenen Beobachtungen – in Konferenzen, bei Unterrichtsbesuchen, bei schulischen und außerschulischen öffentlichen Veranstaltungen – auch auf Mitteilungen von Kollegen, Schülern und Eltern angewiesen.*" Deutlicher kann man's nimmer sagen. Der Schulleiter soll alle Hebel in Bewegung setzen, um das schulische und "*außerschulische*" Leben des Beamten auszuspitzeln. Dazu schreibt der Oberschulrat Eisenhauer, "*daß die dargelegte Rechtslage zur Gesinnungsschnüffelei führe, und zwar von der Wiege bis zur Bahre des Beamtenbewerbers, kann nicht anerkannt werden*", eben weil das Bundesverwaltungsgericht erklärt habe, solches sei keine "Schnüffelei".

Daß die Kollegen, die von diesem Erlaß betroffen sind, da anderer Ansicht sind, mußte die Bildungsbehörde aber schnell erfahren. An zahlreichen Schulen ist das Rundschreiben der Behörde Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen. Beschlüsse sind in zahlreichen GEW-Betriebsgruppen und auf Konferenzen gefaßt worden, die eindeutig diese Praxis der Bespitzelung und Gesinnungsschnüffelei zurückgewiesen haben. Die Delegiertenversammlung im GEW-Bezirk Bremen-Ost zum Beispiel beschloß, eine Mitgliederversammlung durchzuführen, auf der der Oberschulrat Eisenhauer zu den laufenden Disziplinierungen acht Bremer Lehrer und zu seinem Rundschreiben Rede und Antwort stehen soll.

Die Delegiertenversammlung des GEW-Bezirks Mitte-West verabschiedete bei wenigen Gegenstimmen eine Resolution gegen dieses Rundschreiben und fordert: "*Einstellung aller Überprüfungen, Bespitzelungen, Disziplinar- und Entlassungsverfahren im öffentlichen Dienst aus politischen Gründen; keine Einschränkung der Meinungs- und Informationsfreiheit für Lehrer und Schüler; freie politische und gewerkschaftliche Betätigung im öffentlichen Dienst. Die Delegiertenversammlung fordert den Landesvorstand auf, sich für die sofortige Zurücknahme der im Eisenhauerrundschreiben enthaltenen Anweisungen einzusetzen. Die Delegiertenversammlung fordert alle Schulleiter auf, sich unserm Protest anzuschließen; die Delegiertenversammlung bittet alle Kollegen, in ihren Kollegien auf Beschlüsse hinzuwirken, die die Aufhebung der Anweisung zum Ziele haben.*"



Frankfurt 19.8.: GEW Demonstration gegen die Folgen der Lehrerarbeitslosigkeit

Verhindern wollte die Verabschiedung dieser Resolution der Oberschulrat Michaelis. Denn dieser Oberschulrat ist Vorsitzender dieses GEW-Bezirks, und so kam er denn im Gewand des Gewerkschafters seiner Aufgabe als Oberschulrat nach. Daß die Kollegen nicht auf ihn hörten und ihm mit der Abstimmung eine Abfuhr erteilten, das ist erfreulich. Haben die Kollegen so doch zum Ausdruck gebracht, daß ein Oberschulrat nicht dazu geeignet ist, als Gewerkschaftsvorsitzender die Interessen der Kollegen gegenüber ihrem Dienstherrn zu vertreten.

Daß dies zweifellos so ist, bestätigte der Oberschulrat Michaelis ein weiteres Mal mit einem internen Schreiben, das er im Namen des Landesvorstandes der GEW Bremen dem Leiter des Studienseminars zukommen ließ. Darin schrieb er: "*Die Aktivität des Referendarrats ist kein Einzelunternehmen, sie ist Teil einer Gesamtaktivität mit gleichbleibender Sprachregelung, die nachweislich vom Kommunistischen Bund Westdeutschland gesteuert wird; dabei gelinge es Vertretern von KBW-Zielen augenscheinlich, Kollegen zu Solidarisierungsaktionen zu verleiten, die von der GEW nicht gebilligt und nicht mitgetragen werden können.*" Bezüglich des Eisenhauerrundschreibens vermerkte er in diesem Brief: "*Wer Kollegen dazu auffordert, das Rundschreiben zurückzuweisen, fordert zum Bruch von Rechtsnormen auf.*" Ein solcher Satz macht deutlich, um was es hier geht. Die Beschnüffelung und Entrechtung der Kollegen soll zum geltenden Recht, zur Rechtsnorm werden.

Als Oberschulräte hecken solche Leute Erlasse zur Knebelung und Entrechtung der Kollegen aus und nachher treten eben sie als Gewerkschaftsfunktionär auf und sagen, wer gegen den Erlaß rebelliert, verstößt gegen geltendes Recht.

So wenig aber die Lehrer bislang sich den Wünschen der Schulbehörde gefügt haben und beginnen, gegen das Eisenhauerrundschreiben eine Front zu bilden, so wenig hat sich auch der Referendarrat von den Drohungen des Senators Thape einschüchtern lassen. Zu dessen "Vorermittlungen" im Zusammenhang der Veröffentlichung des Eisenhauerrundschreibens erklärte der Referendarrat: "*Das Vorgehen der Seminarleitung, nach Namen zu fahnden, um einzelne Kollegen zur Rechenschaft zu ziehen und insgesamt ein Klima der Einschüchterung zu erzeugen sowie die Ankündigung des Senators, Disziplinarmaßnahmen zu veranlassen, hat uns in der letzten Woche dazu veranlaßt, keine Namen mehr zu nennen. Der Referendarrat ist allerdings als Organ jederzeit bereit, sich mit der Behörde offen und öffentlich auseinanderzusetzen.*" – (e., Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe, Bremen/Red.)

Die "*rufschädigende Absicht*" besteht für Thape wohl darin, daß er befürchtet, die Veröffentlichung des Erlasses mache allzu deutlich, daß Oberschulräte und Schuldirektoren die Büttel sind, mit denen der Staat
Landesvorstand auf, sich für die sofortige Zurücknahme der im Eisenhauerrundschreiben enthaltenen Anweisungen einzusetzen. Die Delegiertenversammlung fordert alle Schulleiter auf, sich unserm Protest anzu-
tretern von KBW-Zielen augenscheinlich, Kollegen zu Solidarisierungsaktionen zu verleiten, die von der GEW nicht gebilligt und nicht mitgetragen werden können." Bezüglich des Eisenhauerrundschreibens vermerkte er
mehr zu nennen. Der Referendarrat ist allerdings als Organ jederzeit bereit, sich mit der Behörde offen und öffentlich auseinanderzusetzen." – (e., Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe, Bremen/Red.)

Mehr arbeitslose Lehrer

Rheinland-Pfalz. Zum 1. August wurden in Rheinland-Pfalz alle Lehramtsanwärter mit der Examensnote vier nicht eingestellt. Für die Zukunft hat Kultusminister Vogel angekündigt, daß überhaupt keine Lehramtsanwärter für Grund- und Hauptschulen mehr eingestellt werden sollen. Von den Lehramtsanwärtern für die Gymnasien wurde zum 1. August nur knapp die Hälfte (221 von 454) in den Schuldienst übernommen. Während so immer mehr ausgebildete Lehrer arbeitslos sind, wächst die Arbeitsbelastung der eingestellten Lehrer in den übervollen Klassen. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz saßen im Schuljahr 1974/75 rund 10 000 Grundschüler und rund 10 000 Hauptschüler in Klassen mit 41 und mehr Schülern. 63 000 Grundschüler (25 Prozent aller Grundschüler) bzw. 57 000 Hauptschüler (38 Prozent aller Hauptschüler) saßen in Klassen mit 36 und mehr Schülern. Nach Angaben der GEW wären in Rheinland-Pfalz an den Grund- und Hauptschulen allein 791 Lehrer notwendig, um selbst bei überfüllten Klassen den bestehenden Unterrichtsausfall zu beheben.

Demonstration am 26.9.

Aachen. Wie schon in der KVZ Nr. 36 berichtet wurde, sollen laut Erlaß des Kultusministers von Nordrhein-Westfalen zum 1.2.1976 keine

Demonstration am 26.9.

Aachen. Wie schon in der KVZ Nr. 36 berichtet wurde, sollen laut Erlaß des Kultusministers von Nordrhein-Westfalen zum 1.2.1976 keine Lehrer an Grund- und Hauptschulen hauptamtlich in den Schuldienst eingestellt werden. Zur "Vermeidung sozialer Härtefälle" wird den Lehramtsanwärtern, die zum 1.2.1976 ihr 2. Staatsexamen für das Lehramt an den Grund- und Hauptschulen ablegen, ein auf 6 Monate befristetes Angestelltenverhältnis mit 14 Stunden pro Woche angeboten. War im Erlaß noch davon die Rede, daß die Einstellung zum 1.9.1976 unabhängig davon erfolgt, ob der Bewerber diese 14 Stunden Tätigkeit als Angestellter gemacht hat, so zeigt sich jetzt, daß nur die Bewerber, die die 14 Stunden-Stelle angenommen haben, damit rechnen können, eingestellt zu werden. Aber nicht einmal alle 4300 Lehramtsanwärter, die zum 1.2. ihr 2. Staatsexamen ablegen, können damit rechnen, eine 14-Stunden-Stelle zu erhalten. Zur Verfügung stehen nur 1 900 Planstellen, die überhaupt erst durch Kündigung aller nebenamtlichen Lehrkräfte bzw. durch Kündigung der Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis frei werden. Die Landessprechervereinigung der Lehramtsanwärter hat bereits zum 26.9. in Düsseldorf zu einer Demonstration aufgerufen, wo die Hauptforderung nach Zurücknahme des Erlasses und Einstellung aller Lehrer erhoben wird. Bereits über 10 000 Menschen haben die Forderung der Lehramtsanwärter durch ihre Unterschrift unterstützt.

Schulboykott in Niedersachsen

Niedersachsen. Am 17. September hat der Verband der Elternräte der Gymnasien in Niedersachsen zu einem Schulboykott an den Gymnasien am 24. September aufgerufen, um gegen den massenhaften Unterrichtsausfall aufzutreten. Die Elternräte von etwa 60 Gymnasien wollen dem Boykottaufruf folgen. Die GEW und der Philologenverband unterstützen den Boykott.

RAF - Prozeß: Gutachter bestätigen Isolationshaft

Niederlage für das Gericht in Stammheim/Gutachter bestätigen weitgehende Verhandlungsunfähigkeit der Angeklagten

Im Stammheimer RAF-Prozeß hat der Justizapparat dieser Tage eine schwere Niederlage hinnehmen müssen.

Vergangene Woche hatten die 4 zur Begutachtung der Verhandlungsfähigkeit der RAF-Mitglieder bestellten Professoren – 2 Psychiater und zwei Internisten – ihre Gutachten vorgelegt.

In ihrem Gutachten kommen sie im wesentlichen übereinstimmend zu dem Schluß, daß die vor Gericht stehenden Baader, Ensslin, Meinhof und Raspe wenn überhaupt, dann nur äußerst eingeschränkt verhandlungsfähig sind. Professor Rasch, einer der Gutachter, nimmt unter den gegebenen Haft- und Verhandlungsbedingungen Verhandlungsunfähigkeit an.

Mit eben dieser Behauptung hatte die Verteidigung in vielen Anträgen die Verbesserung der Haft- und Verhandlungsbedingungen gefordert, und stets hatten Gericht und Bundesanwaltschaft auf der Verhandlungsfähigkeit der RAF-Mitglieder bestanden.

Gericht und Bundesanwaltschaft bekamen damit gutachterlich bescheinigt, daß sie monatelang den schlechten Gesundheitszustand der RAF-Mitglieder ausnutzten, um die Gerichtsverhandlung möglichst reibungslos durchziehen zu können.

Umso schwerer wiegt diese Niederlage für Gericht und Bundesanwaltschaft, als es sich bei den Gutachtern nicht um von den Angeklagten ausgewählte Ärzte handelt. Vielmehr haben diese einen der Gutachter, Professor Mende, sogar abgelehnt.

Weiterhin: Gericht und Bundesanwaltschaft hatten den sichtlich schlechten Gesundheitszustand der Angeklagten bislang stets als eine Folge des Hungerstreiks, mit dem die Angeklagten ihrer Forderung nach Aufhebung der Isolationshaft Druck verschafft haben, bezeichnet.

Isolationshaft ist am schlechten Gesundheitszustand schuld

Für das Gericht eröffnete diese Behauptung weiterhin den Weg, die Verhandlung notfalls auch unter Abwesenheit der Angeklagten fortzuführen, wurde doch Anfang des Jahres eigens ein Paragraf in die Strafprozeßordnung eingefügt, der dies ermöglichen soll.

Mit dieser Behauptung trat der Justizapparat auch allen Enthüllungen über die Isolationshaft entgegen und behauptete stets, die Haftbedingungen der Angeklagten seien besser als die der Masse der Gefangenen.

Diese freche Lüge ist jetzt geplatzt. Das Gutachten hat zutage gefördert, daß die Angeklagten in Isolationshaft gehalten werden mit dem Zweck der Zerstörung der geistigen und körperlichen Kräfte.

Das Gutachten stellt dazu fest, daß der Hungerstreik nicht die wesentliche Ursache für den schlechten Gesundheitszustand der Angeklagten sei. Hingewiesen wird vielmehr darauf, daß er eine Folge der seit über drei Jahren dauernden Untersuchungshaft sei, daß die "soziale Isolation", der die Angeklagten dabei ausgesetzt sind, die festgestellten Gesundheitsschäden hervorruft.

Mit dieser Feststellung des Gutachtens wird offenkundig, daß die Forderung der RAF-Mitglieder nach ihrer Gleichstellung mit den anderen Gefangenen gerecht ist, während sich alle Behauptungen der Justiz in dieser Frage als pure Lüge und Heuchelei erweisen.

Die Gutachter haben weiterhin festgestellt, daß alle Angeklagten behandlungsbedürftig seien, daß eine Behandlung unter den gegebenen Haft- und Verhandlungsbedingungen jedoch nicht durchgeführt werden kann. Damit gestehen sie zu, daß die bisherige Verhandlungsdauer stets auf Kosten des Gesundheitszustandes der Angeklagten ging. Ein Tatbestand, der für sich ausreicht, um den sofortigen Abbruch dieses Prozeßes zu fordern.

Schützenhilfe vom Generalbundesanwalt

Das Gericht hat bisher noch nicht von sich gegeben, wie es auf diese Niederlage zu reagieren gedenkt. In einer 3-minütigen Verhandlung Dienstag dieser Woche teilte es mit, daß geprüft wird, ob das Verfahren abgebrochen wird, um später wieder aufgenommen zu werden, ob die Verhandlungs- und Haftbedingungen erleichtert oder ob ohne die Angeklagten weiterverhandelt werden soll. Dieses hält das Gericht für möglich, behauptet es doch weiterhin, möglicherweise hätten die Angeklagten ihre Situation selbst verschuldet.

Gericht und Bundesanwaltschaft werden, wenn es ihnen irgend möglich erscheint, den dritten Weg wählen wollen. In diesem Fall wird in Stammheim ein Geisterprozeß stattfinden, der verfahrensmäßig selbst noch die spanischen Militärgerichte in den Schatten stellt.

Schützenhilfe hat dem Gericht mittlerweile die Bundesanwaltschaft durch ihren Generalbundesanwalt Buback gegeben.

Er forderte auf einer Pressekonferenz in Karlsruhe dieser Woche ein Gesetz zu schaffen, mit dessen Hilfe man Anwälte von der Verteidigung ausschließen kann, die – wie er es nennt – "Prozeß-Sabotage" betreiben. Dazu stellte er fest: "*Es genüge, daß man dem Richter eine freizügigere Behandlung dieses Komplexes ermögliche.*" (Süddeutsche Zeitung, 22. September) Worauf diese Forderung hinausläuft, kann nach dem Gutachten im Stammheimer Prozeß nicht zweifelhaft sein. Es soll dem Gericht die Möglichkeit verschafft werden, jeden Verteidiger auszuschließen, der konsequent auf den Rechten der Angeklagten besteht, sei es bezüglich der Haft-, sei es bezüglich der Verhandlungsbedingungen. Zur Rechtsnorm soll damit werden, daß die Verteidigung ein Recht des Angeklagten nicht zweimal geltend machen darf, wenn es vom Richter beim ersten Mal bereits abschlägig beschieden wurde. Zur Rechtsnorm soll werden, daß sich die Verteidigung dem Justizapparat unterwirft. Das ist die Lehre, die die Justiz gegenwärtig aus dem Stammheimer Prozeß zieht, in welchem ihr neben der Verteidigung und den Angeklagten nun auch ihre eigenen Gutachter ihre Schandtaten bescheinigen mußten. – (e.r.)

Resolution

Sofortige Ausweisung des chilenischen Oberstleutnants von 40 Soldaten gefordert

Hamburg. Der chilenische Offizier Kurt Kraushaar wird in der Bundeswehr ausgebildet. Wie ein Lauffeuer ist dies durch die Presse gegangen und hat bis in die Reihen verschiedener Gremien der SPD und selbst der SPD-Bundestagsfraktion große Empörung hervorgerufen (Süddeutsche Zeitung vom 17. September). In Hildesheim hat bereits eine Demonstration für die sofortige Ausweisung von K. Kraushaar stattgefunden. In einer Hildesheimer Kaserne war es auch, wo zufällig bekannt wurde, daß Kraushaar in einer Bundeswehruniform versteckt auf einen Stabslehrgang an der Führungsakademie in Hamburg-Blankenese vorbereitet wird. Er soll den Lehrgang am 1. Oktober antreten. Zieht man Bilanz, wenige Tage nach dem zweiten Jahrestag des Putsches in Chile, so stellt man fest: Die faschistische Militärjunta ist verantwortlich dafür, daß das chilenische Volk in bitterer Armut und Not lebt, daß zwei Drittel aller Arbeiterfamilien unter dem Existenzminimum leben, daß dem Volk jegliche Rechte genommen sind, daß Gewerkschaften und Parteien verboten sind. Die Militärjunta hat das ganze Land mit einem Netz von Konzentrationslagern überzogen. Nach zwei Jahren Herrschaft der Junta liegt die Wirtschaft total am Boden. Mehr als 40 Soldaten, die in Bonn am 21. September in Uniform für die Abschaffung des § 218 demonstrierten (im norddeutschen Block), haben dort folgende Resolution verabschiedet:

"Wir, die unterzeichnenden Soldaten, treten hiermit öffentlich und beispielhaft auf gegen die Unterstützung der chilenischen Militärs durch die Bundesregierung. Wir fordern sofortige Ausweisung von Oberstleutnant Kurt Kraushaar."

Wir fordern alle Soldaten der Bundeswehr auf, diese Resolution zu unterschreiben und selber in ihren Kompanien Unterschriften zu sammeln. – (i.A. Soldaten und Reservistenkomitee Hamburg)



200 Soldaten demonstrierten in Uniform gegen den § 218

Rund 200 Soldaten nahmen in Uniform an der Demonstration gegen den § 218 am 21. September in Bonn teil. Das zeigt die erfolgreiche Arbeit der Komitees gegen den § 218 zusammen mit den Soldaten- und Reservistenkomitees unter den Soldaten, die trotz Verfolgungsmaßnahmen der Feldjäger zu der Demonstration fuhren. In Koblenz zum Beispiel versuchten zwei Feldjäger am Morgen vor der Abfahrt des Sonderzuges die acht Soldaten auf dem Bahnhof festzunehmen. Das gelang ihnen aber nicht. Alle Teilnehmer der Fahrt nach Bonn bildeten gleich bei ihrem Erscheinen einen festen Ring um die Soldaten. In Bonn wurden die Soldaten überall durch großen Beifall begrüßt. Passanten blieben vielfach stehen und klatschten anerkennend.



Soldatenkundgebung

Braunschweig. Am 20.September organisierte das Soldaten- und Reservistenkomitee (SRK) Braunschweig in der Innenstadt eine Kundgebung. Es wurde über Megafon die Bedeutung der Forderungen, die schon von vielen Soldaten erhoben werden, nach Lohnfortzahlung während der
nach Lohnfortzahlung während der
Wehrdienstzeit und dem Kündigungsrecht für Zeitsoldaten hervorgehoben. Anlaß für diese Aktion war eine Disziplinarmaßnahme gegen einen Kameraden aus einer Braunschweiger Kaserne.

Er hatte für die Teilnahme in Uniform an der DGB-Demonstration gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Hannover vierzehn Tage Arrest bekommen. Dagegen wurden während der Kundgebung (zwei Stunden) über zwanzig Unterschriften gesammelt, die an den Kommandeur der Einheit dieses Soldaten geschickt werden.

Die Forderung nach freier politischer Betätigung für Soldaten wurde ganz konkret dadurch erhoben, daß vier uniformierte Soldaten mit den Menschen auf dem Kohlmarkt diskutierten. Schon sammelten sich 80 bis 100 Menschen, und es wurde heftig über die Forderungen der Komitees und die Bedeutung der Bundeswehr gestritten.

Den meisten war klar, 165 DM sind zu wenig. Aber viele meinten, daß die Bundeswehr sowieso schon auf dem Rücken der Steuerzahler (des Volkes) lasten würde und mehr Geld für die Soldaten sie zusätzlich belasten würde. Hier sagten wir, daß u.a. aus diesem Grund der Kapitalist den Lohn weiterzuzahlen hat und derjenige, der noch nicht gearbeitet hat, bekommt das Geld in Höhe eines dienstgradgleichen Zeitsoldaten vom Staat. Wenn die Arbeiter in der Bundeswehr schon die Fabriken der Kapitalisten schützen sollen, dann sollen sie von diesen Leuten auch bezahlt werden.

Offiziere und Feldjäger müssen abziehen

Es wurde auch über die rechtlose Lage der Soldaten beim Bund geredet, insbesondere über das Verbot der freien und ungehinderten politischen Betätigung beim Bund. Diejenigen, die die rechtlose Lage beim Bund nicht sahen oder nicht sehen wollten, bekamen ein anschauliches Bild von den Verfolgungsmaßnahmen der Militärbehörden. So wollte ein Oberleutnant vom Verteidigungskreiskommando einem uniformierten Soldaten die Personalien abverlangen. Öffentlich auf diese freche Anmaßung angesprochen, bekam er ganz zittrige Finger und verschwand kleinlaut mit den Worten: "Wir haben doch auch nur unsere Dienstvorschriften". "Die können Sie sich sonstwohin stecken!" rief ihm ein empörter Passant nach. Auch die zivilen Feldjäger, die sich fortgrafierend in die Menge mischten, hatten wenig Glück. Zur Rede gestellt, gab sich einer zunächst als Fotograf einer Schülerzeitung aus, wobei er vergaß, daß sein Truppenausweis in der Hemdtasche zu erkennen war. Schnell zogen die ertappten Spitzel sich in ihr Auto zurück und konnten sich vor der empörten Menge von zehn bis zwanzig Menschen nur durch einen Blitzstart retten. Beinahe hätte ihnen jemand den Film noch aus der Kamera gerissen. Ein empörter Bürger rief sogar die Polizei, zum Schutz für die Soldaten. Diese ließ sich allerdings sehr viel Zeit, was sonst gar nicht ihre Art ist, und kam am Ende der Aktion langsam dahergeschlendert. (G., Braunschweig)

„Große Rochade"

Die NATO probt den imperialistischen Krieg

Das Bundeswehrmanöver "Große Rochade" ist am Freitag, dem 19.9., beendet worden. Es wurde durchgeführt im Gebiet zwischen der Grenze zur Tschechoslowakei und den Städten Regensburg, München, Passau. Mit 68 000 Soldaten, 13 000 Rad-, 3 000 Kettenfahrzeugen und 230 Hubschraubern war dieses Manöver das größte, das von den Bundeswehr- und NATO-Stäben jemals in der BRD durchgeführt wurde. Die Kosten der fünftägigen Übung sollen sich auf rund 17 Millionen DM belaufen. Allein 5 Millionen DM hat der Transport der Panzer auf 170 Eisenbahnzügen gekostet. Die entstandenen Flurschäden sollen mit höchstens 5,5 Millionen DM abgegolten werden. Das Bundesverteidigungsministerium hofft jedoch, hier "sparen" zu können, die Bauern sollen sich mit weniger zufrieden geben. Der von den Verbänden verbrauchte Treibstoff wird mit 3 Millionen DM veranschlagt. Die Zahl der toten Soldaten soll sich auf 5 belaufen. Man hat gehört, daß 2 deutsche Soldaten beim Anmarsch in einem Verkehrsunfall getötet wurden; 3 amerikanische Soldaten kamen beim Überqueren der Donau um, weil die Sicherheitsvorkehrungen nicht ausreichend waren. Bei dem Manöver, dessen Ziel der verbundene Einsatz von Heer und Luftwaffe, ein "Angriff, Verteidigung und Verzögerung" war, habe es"weder Sieger noch Besiegte" gegeben, erklärte die Bundeswehrführung im Anschluß an die Übung. Die folgende Korrespondenz untersucht, welche Aufgabe das Manöver hatte:

Seit Montag, dem 15.9., 11 Uhr ist "Krieg". Das Kampfgebiet ist Niederbayern mit dem Zentrum um Straubing. 68 000 Soldaten des II. Korps der Bundeswehr sowie kanadische, französische, amerikanische und englische Einheiten sind am NATO-Manöver "Große Rochade" beteiligt.

Die "Lage" vom 11.9.: Die Heeresgruppe Süd verteidigt sich mit ihrem vorderen Rand auf der allgemeinen Linie Frankfurt–Würzburg–Weiden gegen einen Feind, der die eigenen Kräfte erheblich bedrängt. Entlang der Staatsgrenze greift er weiter heftig an und hat die Front bereits mehrfach durchbrochen.

Hinter der Front ist mit den Aktivitäten von "Sabotagetrupps" und "Störmanövern" zu rechnen. Das Heimatschutzkommando 18 wird eingesetzt, um die "Freizügigkeit" der Truppen im Hinterland zu gewährleisten.

Ziel des Manövers ist es, den Angriff der "Roten" zurückzuschlagen, in die Offensive zu kommen, um schließlich die "Vorneverteidigung" aufzunehmen. Brigadegeneral Liebeskind drückt das so aus: " . . . die Soldaten werden ihre Heimat so weit vorne wie nur möglich unter Einsatz ihres Lebens verteidigen." (Damit meint er natürlich den "Ernstfall". Aber der wird ja gerade geprobt.)

Schwerpunkte der Ausbildung während des Manövers sind die Flugabwehr und die ABC-Abwehr (atomare, biologische, chemische Kampfstoffe). Es wird davon ausgegangen, daß auf beiden Seiten "taktische atomare Waffen" eingesetzt werden.

So weit die allgemeine Lage, die für den Kriegsfall von der NATO und den westlichen imperialistischen Staaten angenommen wird.

Mit diesem Kriegsfall rechnen die Imperialisten nicht nur, sondern sie bereiten ihn durch Aufrüstung und Übungen militärisch systematisch vor. In dem Schlußdokument der KSZE nehmen die imperialistischen Staaten sich ausdrücklich das Recht heraus für solche Kriegsübungen. Dort heißt es: "Die Teilnehmerstaaten erkennen an, daß sie nach eigenem Ermessen ihre größeren militärischen Manöver (Bewegungen) ankündigen können". Das Recht, den Krieg zu proben, haben sie sich dabei schon immer herausgenommen. Neu ist lediglich, daß sie das dem Rivalen um die Weltherrschaft "ankündigen können". Es ist deshalb vollkommen klar, daß die Militaristen diese bisher größte NATO-Übung unter ausdrücklichem Hinweis auf die KSZE durchführen können.

Die von den Militärs angenommene "Kriegslage" macht folgendes deutlich: Erstens: Man rechnet damit, daß die Sowjetunion im militärischen Kampf um die Herrschaft in Europa zuerst in die Offensive gehen könnte und sich die NATO im Anfangsstadium in der Defensive zur Verteidigung ihrer Einflußsphäre befindet. Zweitens: Den westlichen Imperialisten ist insgesamt nicht daran gelegen, ihren "Besitzstand" zu verteidigen, sondern im Kampf gegen die Sozialimperialisten neue Einflußbereiche hinzuzugewinnen.

Deshalb müssen sie sich aus der Defensive heraus in die Offensive entwickeln, um zur "Vorneverteidigung" zu gelangen. Was sich hinter dieser "Militaristenvokabel" verbirgt, ist nicht schwer zu erkennen. Auch die Imperialisten des Dritten Reiches haben die Länder Osteuropas unter anderem unter dem Argument überfallen, das "Vaterland" möglichst weit von dessen Grenzen entfernt zu verteidigen. Drittens: Die Bourgeoisie rechnet damit, daß der Krieg die Widersprüche im eigenen Land verschärft, daß die Bewegungsfreiheit ihrer Kriegsmaschinerie im eigenen Land vom Volk bedroht wird und daß der Krieg durch eine revolutionäre Entwicklung beendet werden könnte. Die militärische Konsequenz für das Manöver "Große Rochade" ist die, daß "Heimatschutzkommandos" den Krieg gegen das eigene Volk proben. Im Militärjargon heißt das: Mit Partisanenkämpfen ist zu rechnen.

Wenn es das Ziel der Imperialisten in den USA, Westeuropa und der Sowjetunion ist, sich gegenseitig Einflußgebiete abzujagen, so haben die Arbeiter dieser Länder keinerlei Interesse daran, für diese Leute in den Krieg zu ziehen. Im "Ernstfall" sollen sie das Schlachtvieh für deren Machtgerangel abgeben. Und Opfer zwingt der Imperialismus dem Volke auch schon in seinen "friedlichen Manövern" auf. Die Militaristen machten für die Übung "Große Rochade" eine klare Kalkulation auf: Mit 50 Manöver-Toten wird offiziell gerechnet. Bereits am zweiten Manövertag waren 5 Soldaten tot. Außerdem gab es bisher 3 Schwerverletzte. Es ist nun nicht so, daß es sich bei diesen Unfällen um Unfälle handelt, die halt passieren und für die niemand verantwortlich zu machen ist. Im Gegenteil: Fast immer geschehen Unfälle deshalb, weil den Herren Offizieren ihr militärischer Auftrag mehr gilt als die Sicherheit der Truppe.

Dazu ein Beispiel aus der Nachschubkompanie 290: Am Tage des Manöverbeginns war wie gewohnt um 6 Uhr Wecken. Es wurde den ganzen Tag über gearbeitet mit den normalen Pausen. Abends wurden bis um 19.30 Uhr Überstunden gemacht. Anschließend hatten die LKW-Fahrer Gelegenheit, ihre persönlichen Sachen zusammenzupacken und um 22.30 Uhr war Abfahrt. Bereits völlig übermüdet mußte man sich ans Steuer des LKW setzen, wobei man wußte, daß man dahinter jetzt 14 Stunden zubringen wird. Die Kompanieführung wußte natürlich auch, daß so eine Tortur unausweichlich zum "Einschlafen am Steuer" führt. Deshalb wurde befohlen, die Fenster herauszumontieren, so daß den Fahrern und Beifahrern der kalte Fahrtwind um die Ohren bläst. – Unter solchen Bedingungen kann man dann auch nicht mehr einschlafen. Zu bemerken ist noch, daß als Fahrer oft "Reservisten" herangezogen wurden, die seit Jahren kein solch schweres Fahrzeug mehr zu Gesicht bekommen hatten. – Als wir dennoch das Ziel ohne Unfall erreichten, war allen klar: Es war purer Zufall, daß nichts passiert ist. In den Diskussionen, die sich unter uns Mannschaften bei solchen Anlässen ergeben, taucht oft die Meinung auf: "Beim Bund wird man ganz besonders ausgenutzt und geschunden. Aber im Prinzip ist es draußen in der Industrie genauso und gerade auch dort wird die Schinderei immer schlimmer." – (mb, Gefreiter der Reserve, z. Z., Stetten a.k.M., Nachschubkompanie 290)

"Hauptmann tritt Soldaten mit Stiefel ins Kreuz"

Nürnberg. Seit etwa einem halben Jahr hat die 5./Transportbataillon 270 in Nürnberg einen neuen Kompaniechef, Hauptmann Mack. Durch zahlreiche Maßnahmen wurde der Kompaniechef den Soldaten verhaßt. Falls ein Soldat morgens länger im Bett liegen bleibt, bekommt er sofort Ausgangssperre. Er selber läßt sich aber häufig bei den Saufereien des Offiziersgesindels, an denen auch häufig Staatsanwälte teilnehmen, morgens erst nach Dienstbeginn gegen 7.30 Uhr abholen.

Bei der Abnahme des Soldatensportwettkampfs erließ er einen Befehl, daß diejenigen Soldaten, die diese Disziplinen nicht schaffen, morgens um 5 und abends nach Dienst und am Wochenende diese Disziplinen so lange üben sollten, bis sie es schaffen. So ließ er einige Soldaten die 5000 Meter mehrmals rennen.

Den Höhepunkt seiner Tätigkeit als Knechter der Mannschaften leistete er sich auf der Übung "Große Rochade". Er schlich sich nämlich von hinten an einen Alarmierungsposten heran und trat ihm, da dieser ihn nicht bemerkte, mit dem Stiefel ins Kreuz.

Der Soldat mußte dann wegen starker Rückenschmerzen zum Arzt gehen. Er will nun Strafanzeige gegen Hauptmann Mack erstatten wegen Körperverletzung. Diese Anzeige wird bei den Soldaten auf Zustimmung stoßen, und sie erwarten mit Freuden eine Bestrafung dieses Schinders. – (Soldat xy)

Neue 10/5 schon wieder geändert

Die Vorschrift 10/5 (Innendienst) ist kurz nach ihrer Neufassung schon wieder geändert worden. Mannschaftsdienstgrade dürfen nun wieder UvD-Dienst schieben. Vorher hatte die Vorschrift vorgesehen, daß dieser zusätzliche Dienst nur von Gefreiten u. A. mit bestimmtem Lehrgang an aufwärts gemacht werden dürfte. So mußten die Unteroffiziere am Wochenende plötzlich viel Dienst schieben. Um sie bei Laune zu halten, hat man nun wieder zugelassen, daß Mannschaftsdienstgrade UvD schieben können (natürlich werden sie im wesentlichen am Wochenende eingesetzt).

Brief aus dem Baskenland (Euzkadi)

Wie sich der Widerstand entwickelt

Zur Illustration des Ausmaßes des Terrors, dem das Volk von Euzkadi während des Ausnahmezustandes unterliegt, aber auch, wie das Volk Euzkadis kämpft trotz dieses Terrors mit seinen Ausmaßen, die selbst für das Baskenland eine nie gekannte Eskalation seit dem Ende des Bürgerkriegs darstellen, will ich jetzt einen Brief aus dem Baskenland zitieren, der erschienen ist in "Spanien Aktuell", der Broschüre der CAPPSE von Juli/August.

"Liebe Freunde!

In der letzten Zeit hat sich hier die Unterdrückung dermaßen verschärft, daß man meint, die Polizei hätte Weisung, das baskische Volk auszurotten. Dieses Mal haben sie ihre Repressalien bis hinter die Grenze geführt. Vor wenigen Tagen hatten die Polizisten keine Scheu, zwei Terrorakte in Frankreich auszuführen, natürlich getarnt. Einer davon in Biarritz gegen ETA-Mitglieder, der übrigens nicht so verlief, wie sie wollten, und der andere gegen die CISE (Internationales Spanisches Solidaritätskomitee) in Paris. Ich will mich aber nicht über diese beiden Attentate auslassen, denn zweifellos seid Ihr hierüber besser informiert als wir. Aber auf jeden Fall möchte ich darauf hinweisen, denn ich halte es für bezeichnend, daß sie sich in ihrer Unfähigkeit, ein Volk durch Terror zu beugen, gezwungen sehen, ihre terroristischen Methoden in ein anderes Land zu tragen.

Auf jeden Fall war eine beträchtliche Eskalation der Unterdrückung in den beiden Provinzen Vizcaya und Guipuzcoa zu verzeichnen. Sehr verstärkt hat sich der Vandalismus durch Kommandos, die das Regime sehen lassen will. Das ist allerdings unnütz, denn keiner glaubt, daß diese Leute unkontrolliert sind, die solche vandalistischen Akte ausführen. Zweifellos haben sie diesen Weg der Unterdrükkung gewählt, damit sie imposanter, wirksamer und schreckenerregender wirkt; die Repression wird auf der Straße, sogar in Häusern praktiziert, damit das Volk sie sieht. Sie tragen die Repression in das alltägliche Leben, damit man merkt, daß sie immer da ist. Sie verüben die Verbrechen in derselben Straße, damit das Volk sieht, daß sie es können. (. . .)

Die Völker von Vizcaya und Guipuzcoa haben viele Jahre hingenommen, und auch heute nehmen sie noch, aber sie geben auch. (. . .) Das ist der Unterschied: Früher haben sie nur genommen, heute geben sie. Und das bringt die Kräfte der 'öffentlichen Ordnung' aus dem Gleichgewicht, denn ihnen gefällt zu töten und nicht, getötet zu werden; zu treten, und niemand darf 'au' sagen. (. . .)

In dieser Situation von Straflosigkeit und Terrorismus (wirklichem Terrorismus) war ich Zeuge eines Protestes, den ein ganzes Dorf gegen die Guardia durchgeführt hat, und ich habe auch die Solidarität mit dem jungen Luis Arriola und seiner Familie gesehen.

Am 23. Mai wurde dieser Junge in Ondarroa ermordet, und am Sonntag, dem 26. Mai, um sechs Uhr war die Überführung und danach die Beerdigung. Ganz Ondarroa war da (die Leute aus Ondarroa sagen, daß sogar die Regime-Leute anwesend waren). Der Protest war genauso einmütig wie die Solidarität. Mehrere Tausend, zum Schluß ganz Ondarroa!

Und einzelne Auswärtige, die die strengen Kontrollen passieren konnten. Alle begleiteten wir diesen Jungen, dem vor zwei Tagen das Leben genommen wurde. Auf dem Friedhof schließlich ließen alle Leute ihren Gefühlen freien Lauf. Mit den Nerven schon völlig fertig, riefen sie mit lauter Stimme, was sie dachten. Eine Frau an meiner Seite schrie immer wieder: 'Aplastar, aplastar, nooo!' ('Endlich Schluß mit der Unterdrückung!'), eine andere weiter weg: 'Nicht noch mehr tote Söhne!' Und auch weiter entfernt konnte man hören: 'Mörder, Verbrecher!' Viele weinten, vor allem Frauen. Viele fassungslose Gesichter. Tausende entrüstete Menschen vor dem Leichnam von Luis Arriola. (. . .)

Am 23. hatten Luis und seine Freunde in der Schule die Kurse abgeschlossen, und abends wollten einige von ihnen in den Festsaal gehen, tanzen und sich vergnügen. Luis ging mit zwei Freunden, und sie sangen baskische Lieder. Als sie an der Kaserne der Guardia Civil in der Nähe von Luis' Haus vorbeikamen, rief sie einer der Polizisten an, die Jungen hören auf und nähern sich dem Polizisten. Dieser sagt ihnen, die sollten nicht solche Lieder singen. Die Jungen antworteten: 'Warum sollen wir keine baskischen Lieder singen?' Die Guardias befehlen ihnen, in die Kaserne zu kommen. Als sie eintreten wollen, sagt einer der Polizisten: 'Ihr zwei nicht!', zeigt auf Luis mit den Worten: 'Du schon!' Wenige Sekunden später hört man einen Schuß.

Luis, der schon tot war, fuhren sie noch in der Nacht auf einem Müllwagen zum Friedhof. Später brachten sie seinen Leichnam zum Hause seiner Eltern. (. . .)

Am 25. fuhr ich nach Ondarroa, um an der Beerdigung teilzunehmen. Aber es war nicht leicht, in die Stadt zu kommen. Die Straßen waren völlig abgeriegelt. Junge Leute durften nicht passieren, für ältere war es auch schwierig. Wir hatten zwei kleine Kinder dabei und konnten so nach Ondarroa gelangen. Und im Dorf selber war ein wirklich erschreckender Aufmarsch von Guardia Civil. Trotzdem wurden in der Nacht viele Plakate geklebt, die die Guardia Civil und das Regime anklagten. (. . .)

In Ondarroa hat es viele Protestaktionen gegeben. Die Fischer und die Industriearbeiter haben gestreikt, Bars und Läden waren geschlossen, das Gymnasium wurde bestreikt. Auch in Eibar waren alle Schulen geschlossen.

Bei den Kontrollen sind schon viele Autos beschossen worden. Eins davon war das einer deutschen Staatsbürgerin mit dem Kennzeichen HEF – C 776. Durch die Schüsse wurde Felicitas Maria Alexandra Leckelt schwer verletzt. Wenige Tage erlag sie ihren Verletzungen . . ."

Aktionen gegen die Todesurteile

In der ganzen Welt nehmen die Protestaktionen gegen die 11 Todesurteile zu, die vom Franco-Regime in Burgos, Barcelona und Madrid gegen spanische Revolutionäre verhängt wurden. Ein Verzicht auf die Vollstreckung der Urteile bedeutet eine schwere Niederlage für das Regime. Werden die Urteile vollstreckt, wird das spanische Volk erst recht den Kampf verstärken.

Essen. Am 23. September fand eine Protestkundgebung in der Fußgängerzone gegen die vom Franco-Regime gefällten Todesurteile statt. Auf dem Gehweg standen in großen Buchstaben Parolen gegen die Todesurteileund das Franco-Regime. Zeitweise beteiligten sich über 100 Menschen an der Diskussion über die Verhältnisse in Spanien.

Hagen. Am 12.9. kam es in Hagen zu einer spontanen Kundgebung gegen die Todesurteile des Franco-Regimes gegen spanische Freiheitskämpfer. Etwa 150 Menschen stimmten in einer Abstimmung einem Protesttelegramm an die spanische Botschaft zu.

Gießen. Am Samstag, 20.9., führte die Sympathisantengruppe des KBW an zwei verschiedenen Punkten der Stadt Kundgebungen gegen die Todesurteile in Spanien durch. Zahlreiche Menschen beteiligten sich.



Heidelberg. Am Freitag, dem 19.9.1975, demonstrierten in Heidelberg 600 Menschen gegen die Todesurteile

Frankfurt/M. Am 20.9. demonstrierten 1 200 Personen gegen die Todesurteile. Der Demonstrationszug führte zum spanischen Konsulat, das unter Polizeibewachung steht.

Nürnberg. Am Samstag, 20.9., fand im DGB-Haus eine Solidaritätsveranstaltung des DGB und der IG Metall statt. Auf ihr waren zirka 200 deutsche und spanische Arbeiter anwesend.

Wiesbaden. Gegen die Todesurteile in Spanien führte die Ortsgruppe des KBW am Samstag eine Kundgebung durch.

Interview mit einem Mitglied der Arbeiterkommission der Zeitung "Republica" in Lissabon am 18. September

Imperialisten machen Druck gegen eine Zeitung der Arbeiter

Genosse, Eure Zeitung ist wohl in ganz Europa bekannt, denn die bürgerlichen Zeitungen und die bürgerlichen Parteien haben das Beispiel Eures Kampfes zitiert, um zu zeigen, daß hier in Portugal keine Freiheit mehr bestünde, keine Ordnung.

Eines können diese Bürger, eines können die Sozialdemokraten nicht verstehen: daß es Klassenkampf gibt. Sie sehen unser Land nicht unter diesem Gesichtspunkt. Aber es gibt keinen Zweifel, daß der Klassenkampf hier in Portugal eine unübersehbare Realität ist. In Portugal hat der Klassenkampf die Arbeiter dazu gebracht, daß sie eine Reihe von Errungenschaften erobert haben. Diese Errungenschaften sind auf allen Gebieten gemacht worden, auf dem Land, in den Fabriken, in den Stadtteilen usw. Auch im Informationswesen und den Zeitungen mußte sich das äußern. Die "Republica" war die erste Zeitung, in der der Klassenkampf losbrach.

Diese Zeitung ist das einzige Organ in Portugal gewesen, das vor dem 25. April im Informationswesen eine antifaschistische Rolle gespielt hat. Es ist eine sehr alte Zeitung, sie zählt schon sechzig bis siebzig Jahre. Zur Zeit des 25. April hatten wir hier eine große Einheit; Redaktion, Arbeiter, alle zusammen waren einig und gegen den Faschismus. Aber nach dem 25. April wurde der unterschiedliche Klassenstandpunkt deutlich. Jetzt waren die Arbeiter Arbeiter und die Redakteure waren eben Redakteure. Das ist in der Tat ein Unterschied.

Die Arbeiter hier in der Zeitung kämpften dagegen. Es waren bewußte Arbeiter, die jahrelang in der ersten Reihe des antifaschistischen Kampfes gestanden hatten im Zeitungssektor; sie revoltierten gegen eine Parteiclique, in diesem Fall von der Sozialistischen Partei (PS), einer bürgerlichen Partei, die in unverschämter Weise aus der Zeitung ihr Propagandainstrument machen wollte. Die Arbeiter waren alle solidarisch.

Wenn man eine Revolution machen will, dann muß man eine öffentliche Meinung schaffen. So sind auch für die Bourgeoisie ihre Organe der Kommunikation äußerst wichtig.

Alle Leute sagen, die Frage der Zeitungen hier in Portugal sei sehr komplex und sehr schwierig, aber diese Leute vermeiden auch, an die zentrale Frage heranzugehen. Die zentrale Frage der Zeitungen hier in Portugal ist, daß sie von der Bourgeoisie beherrscht werden. Sie sind von der Bourgeoisie ökonomisch beherrscht worden, und sie werden von der Bourgeoisie politisch beherrscht. Vor dem 25. April waren die Zeitungen alle in den Händen der Banken, der großen Kapitalisten. Klar, daß das Problem des Zeitungswesens nicht sofort mit dem 25. April auftauchte. Es tauchte auf, als am 11. März die Banken nationalisiert wurden und logischerweise damit auch die Zeitungen. Und damit fing natürlich das zweite Problem, von dem ich eben sprach – die politische Beherrschung –, sofort an, sich bemerkbar zu machen in Form der Streitigkeit aller bürgerlichen Parteien, die die Kontrolle innehaben wollten. Die PS klagt die PC an, sie beherrsche eine Reihe von Zeitungen – was der Fall ist –, und es ist die PC, die der PS vorwirft, Zeitungen beherrschen zu wollen.

Wichtig scheint uns zu sein, daß in den anderen Zeitungen die Arbeiter das machen, was die Arbeiter in der "Republica" gemacht haben. Die Zeitungen werden beherrscht von Politikern, die ihre Parteipolitik machen, Politiker, die irgendeine imperialistische Macht verteidigen, imperialistische Mächte, die hier in Portugal von jeder der beiden Parteien PS und PC vertreten werden. Daran gibt es keinen Zweifel. Die Arbeiter müssen sich von diesen Parteicliquen befreien und ihre Arbeit in den Dienst der Arbeiterklasse und der arbeitenden Massen stellen.

Sie dürfen nicht zulassen, daß die Zeitschriften und Zeitungen sich lediglich widmen der bürgerlichen Politik, den Regierungspalästen oder dem, was auf den Korridoren der Ministerien geredet wird. Sie müssen beginnen, auf der ersten Seite und auf den zentralen Seiten Platz für die Kämpfe der Arbeiter zu schaffen. Das ist die Hauptsache, daß die Arbeiter sich aus den Parteieinflüssen befreien und gegen die Beherrschung der Information durch die verschiedenen Parteien kämpfen.

Die PS hat gefordert, daß "Republica" dem alten Eigentümer zurückgegeben wird. Was erwartet Ihr von der neuen Regierung?

Wir erwarten vieles. Eigentlich das schlechteste, was kommen kann. Es kann keinen Zweifel geben, daß die PS – die wohl das Ministeramt für Information fordert – den Boden zurückerobern will, um der PC die beherrschende Rolle im Zeitungswesen streitig zu machen. Die wollen die PC aus dem "Seculo", aus "Diario de noticias", den Hauptzeitungen, in denen die PC ist, raushaben, und im Fall der "Republica" – sie wollen sie wiederhaben.

Zweifellos wird es der PS nicht sehr leicht fallen, das Terrain zurückzuerobern. Die Sache wird sehr hart sein. Sie werden vor allem auf ökonomischer Ebene angreifen. Die Lage der Zeitungen in Portugal ist ökonomisch sehr schlecht. Nicht daß die Lage so schlecht sein müßte – es sind nur keine Maßnahmen getroffen worden, um diese Situation zu vermeiden: Hier in Portugal gibt es fünf Fabriken, die die Papierrohmasse herstellen, aber es gibt keine einzige Fabrik, die daraus Papier herstellt. Schon lange fordern wir von der Regierung, daß eine Papierfabrik in Portugal erstellt wird. Wenn wir fünf Fabriken haben, die das Rohmaterial herstellen, dann brauchen wir eine, die daraus Papier macht.

Geht das Rohmaterial also ins Ausland? Und das liefert dann das Papier hierher? Sind die Preise dafür in letzter Zeit angestiegen?

Ja, die Rohmasse wird an Schweden, vor allem an Schweden verkauft, das daraus Papier macht, das wir dann wieder kaufen. Das ist überhaupt auf vielen Ebenen der Industrieproduktion die Lage dieses Landes hier. Ja, die Preise sind unglaublich angestiegen. Und dann muß man noch berichten: Bevor man das Papier kauft, muß man ein Konto einrichten und bevor das Papier auf die Schiffe in Richtung Portugal kommt, muß man das Geld dafür hinterlegen.

Das ist also die Unterstützung von Olof Palme an Mario Soares.

Ja, natürlich.

Welche Forderungen stellt Ihr auf, Ihr von Radio Renascenca und "Republica"?

Die erste Forderung ist, daß wir hier bleiben, sowohl Radio Renascenca als auch wir. Aber das ist keine Forderung, das ist das Recht der Arbeiter. Es ist ihr Recht, etwas zu kontrollieren. Es ist keine Forderung in dem Sinne.

Was wir hier von der "Republica" aus fordern, ist, daß die Anleihe, die uns zusteht, uns auch gegeben wird. Wir fordern das, weil wir meinen, daß das richtig ist. Die Arbeiter, wenn sie in solche wirtschaftlichen Schwierigkeiten kommen wir wir, müssen den Staat angehen, müssen gegenüber dem Staat Forderungen aufstellen. Das ist völlig korrekt. Der Staat muß das Geld rausrücken.

Wie ist Eure finanzielle Lage?

Unsere Lage ist sehr schlecht. Ursprünglich hatte die Zeitung unter sozialdemokratischer Leitung alle Möglichkeiten, vor allem von den Typen da aus in Schweden. Aber sie haben eine Papierrechnung uns hinterlassen von mehr als 6 000 Kontos (600 000 DM). Seit dem Boykott bekommen wir kein Papier mehr und die Schulden werden auch nicht bezahlt. Mit anderen inzwischen dazugekommenen Schulden kommen wir auf eine Summe von 9 000 Kontos (900 000 DM), die die Regierung schnellstens bezahlen müßte. Wir haben jetzt nur noch Papier für weitere zwei Monate. Und wenn wir am Ende dieser zwei Monate kein Geld herkriegen können – denn man muß vorher zahlen – dann kann im Prinzip diese Zeitung nicht mehr erscheinen.

Jetzt kannst Du mir kurz Eure politische Linie erklären.

Die "Republica" hat ein Statut, daß vollständig die Information in den Dienst des arbeitenden Volkes, der Soldaten und Matrosen gestellt werden soll. Ein Statut, das vollständig zum Ziel hat die Unterstützung des Vorwärtskommens der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen in Portugal. Das ist ein wichtiger Punkt. Wir sind also gegen jede politische Linie oder jede bürgerliche Partei, die die Interessen der Bourgeoisie vertritt. In dem Statut ist auch klar, daß die "Republica" eine Zeitung ist, die jeden Imperialismus, insbesondere den russischen und den amerikanischen, bekämpft. Folglich kämpft die Zeitung für die nationale Unabhängigkeit, d.h. daß der Weg dieses Landes der Weg der nationalen Unabhängigkeit sein muß, gegen die imperialistischen Mächte.

Wir sind keine kommunistische Zeitung, denn hier gibt es bürgerliche Elemente in dieser Zeitung, in der Redaktion, in der Verwaltung gibt es bürgerliche Elemente. Wir sind auch keine marxistisch-leninistische Zeitung, wir sind also keine kommunistische Zeitung, kein Organ einer kommunistischen Partei. Erstens weil es noch keine kommunistische Partei gibt in Portugal, zweitens weil es nicht Aufgabe der "Republica" ist, eine Zeitung der Arbeiterklasse zu sein. Es ist eine Zeitung, die den Kampf der Arbeiterklasse unterstützt. Ich bestimme unsere Zeitung als eine Zeitung einer Front, einer Einheitsfront, in der sich viele politische Richtungen gruppieren links von der PC.

Bauernversammlung in Portugal

Die Landarbeiter warten nicht auf eine Agrarreform von oben

Die Landarbeiter und die kleinen und mittleren Bauern haben von der neuen Regierung nichts Gutes zu erwarten. Minister für Landwirtschaft ist Lopes Cardoso, ein Sozialdemokrat. Die jetzige Regierung wird die Politik der letzten Regierung fortsetzen, nur wird sie es härter tun. Die Revolution auf dem Land soll gebrochen werden. Worin besteht diese Revolution auf dem Land bisher? Im Süden Portugals haben die Landarbeiter die Ländereien der Großagrarier besetzt. Die Arbeiter mißachten die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, sie warten nicht auf eine Agrarreform von oben, sondern nehmen sich ihr Recht. Kooperativen wurden gebildet, deren Geschäfte von gewählten Kommissionen der Arbeiter geführt werden. Aber die Großgrundbesitzer sind noch da, sie haben noch das bürgerliche Gesetz auf ihrer Seite.


Abstimmung der Landarbeiter

Die Kooperativen stoßen zunehmend auf Schwierigkeiten. Woher die Mittel nehmen, die Produktion zu entwickeln? Die Maschinen, den Dünger, das Saatgut, die Finanzierung? Alle diese Fragen laufen auf eines hinaus: Wer hat die Macht im Staat? Tatsache ist: Die Macht im Staat haben die Kapitalisten und die Großgrundbesitzer. Alle Errungenschaften und alle unmittelbaren Forderungen werden der Landbevölkerung nur nützen, wenn sie die Kräfte zusammenschließen zum Sturz der Ausbeuterordnung.

Das ist aber nicht der Fall. Die Landarbeiter im Alentejo südlich des Tejo sind organisiert – daran fehlt es nicht. Die Gewerkschaften und die Bauernverbände sind stark und sie haben Zulauf. Wer aber führt diese Verbände an?

Es sind die Revisionisten, die jetzt, wo die Regierung nicht mehr in der Hauptsache von ihnen bestimmt ist, die Arbeitermassen wieder zu mobilisieren beginnen. Aber die Arbeiter sollen von der Hauptfrage des Kampfes ferngehalten werden, und das gelingt den Revisionisten noch in den meisten Fällen.


Ein portugiesischer Bauer

Generalstreik im Alentejo

Am Mittwoch voriger Woche wurde im gesamten Alentejo gestreikt. Aufgerufen hatten die Landarbeitergewerkschaft und Bauernverbände. Der Streik war gut organisiert. Die Arbeiter der Fabriken schlossen sich sofort an. Läden, die nicht schließen wollten, wurden dazu gezwungen. Am Nachmittag wurden in mehreren Zentren der Region Großkundgebungen durchgeführt. In Beja kamen etwa 70 000 Menschen zusammen, in Evora über 40 000.

In Evora auf dem Marktplatz drängten sich um 16 Uhr 40 000 Menschen. Von allen Himmelsrichtungen waren sie gekommen, Landarbeiter und Kleinbauern mit ihren von der Sonne verbrannten und zerknitterten Gesichtern, Soldaten, Arbeiter aus den Fabriken, Studenten. Die kleine Stadt Evora, deren Geschichte bis in die Römerzeit zurückgeht, platzte aus allen Nähten. Auf dem Marktplatz war auf der einen Seite das Podium für die Gewerkschaftskundgebung aufgebaut. Auf der anderen Seite des Platzes steht die "Bank von Portugal", ein prächtiges Gebäude aus Marmor. Hierauf konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der Menge, während der Gewerkschaftsführer versuchte, die Kundgebung zu eröffnen.

Die Bank war verrammelt, alle Läden geschlossen, auf den Stufen zum Eingang standen Soldaten mit Kampfgewehren. Die Menge drängte sich wütend gegen die Bank, und man konnte Schreie hören: "Komm raus, Faschist!" Ich frage einen Bauern, was los ist. Er sagt: "Das ist der einzige Betrieb, wo heute nicht gestreikt wurde. Sie sitzen da drin und haben Angst. Der Direktor ist Faschist; er ist einer von Spinola, er ist verantwortlich für den Kredit, der uns verweigert wird." Während die Menge aufgebracht gegen die Bank andrängt und die Soldaten Mühe haben sie abzuwehren, frage ich: "Was versteht ihr eigentlich unter Agrarreform?"

"Agrarreform? Das ist erstens die Enteignung. Alle Großgrundbesitzer müssen enteignet werden. Wir verdienen 4 000 Escudos (400 DM) im Monat und haben den Herren ihre Villa hier, ihre Villa dort, ihre Banken und ihr Land erarbeitet. Sie haben bis zu 4 000 Hektar Land hier in der Gegend. Aber wir brauchen das Land. Portugal braucht es. Zweitens der Kredit. Womit sollen wir den Samen kaufen, die Arbeitsgeräte? Und dann muß diese Bank hier von uns kontrolliert werden und nicht von Freunden der Großgrundbesitzer."

In der Bank gibt es ein Hin und Her. Endlich nach einer Stunde, während der die Gewerkschaftsführer immer wieder vergebliche Appelle an die Menge auf der einen Seite des Platzes richten, sich doch an der Kundgebung zu beteiligen, kommen die ersten Angestellten aus der Bank. Die Menge jubelt – aber der Direktor fehlt nocht. Zu den Soldaten stößt ein weiterer Zehnertrupp in Kampfanzug und mit Kampfgewehr. Die Menge ist wütend, sie ist drauf und dran, das Gebäude zu stürmen. Am Portal sieht man eine gesprungene Fensterscheibe und Spuren von Steinwürfen.

In der nationalisierten Bank die alten Herren

Schließlich geht ein Raunen durch die Menge: Der Direktor will raus, haben die Soldaten gesagt. Letztere machen neben der Bank eine Gasse, die sie mit den Gewehren absichern. Die Menge pfeift und drängt nach vorn, als der Direktor mit den Augen auf den Boden geheftet das Gebäude schließlich verläßt und eilends durch die Gasse will. Aber zwischen den Soldaten durch werden ihm Tritte und Fausthiebe versetzt. Er hat den Streik gebrochen, er ist verantwortlich für den Kredit, er ist Faschist – einige sind bereit ihn umzubringen. Die Soldaten haben Mühe, den Direktor zu schützen. Ein Soldat entsichert sein Gewehr und schießt in die Luft. Er hat dieNerven verloren. Der Direktor wird noch einige Meter verfolgt, bis er im Schutz der Soldaten entwichen ist. Währenddessen ist die Gewerkschaftskundgebung schon beendet. Die Abwiegelei der Gewerkschaftsführer hat nicht gezogen, und die Menge freut sich über die Demütigung des Bankdirektors, der ein Faschist ist.

Warum wurde in der Bank nicht gestreikt? Später wird bekannt, daß der Direktor die Angestellten eingeschüchtert hat, daß er gesagt hat: Diese Bank ist nationalisiert; wenn hier gestreikt wird, dann schadet das dem Volk, diese Bank gehört dem Volk.

Die Wut gegen den Direktor zeigt die Wut der Knechte gegen die Herren, die immer noch fest im Sattel sitzen – und die man unterdrücken muß, wenn das Volk frei sein soll.

Der Einfluß der Revisionisten

Aber wenn sich diese Wut in positiven politischen Forderungen artikuliert in bezug auf die Frage der politischen Macht, dann beherrschen die Revisionisten noch das Feld. Zum Beispiel rufen viele immer wieder: "Vasco, Vasco!" oder "Das Volk will keine Rechten in der Regierung!" Vasco Goncalves soll also zurück – als ob damit der Kredit gesichert wäre! Er war es schon unter seiner Regierung nicht. Aber darin zeigt sich der Einfluß der Revisionisten: Der bürgerliche Staat bleibt erhalten, die ihn leitenden Männer sollen ausgetauscht werden.

Der revisionistische Einfluß der PC drückt sich auch in der Erklärung der Landarbeitergewerkschaft vom 3. September aus. Dort heißt es u.a.: "In Erwägung, daß der Kampf der Landarbeiter für eine wirkliche Agrarreform ... auf Schwierigkeiten gestoßen ist; daß diese Schwierigkeiten im Augenblick von einigen Bankdirektoren ... gemacht werden; daß in einigen Banken weiterhin den Großgrundbesitzern Kredite gegeben werden, während große Schwierigkeiten gemacht werden bei der Finanzierung der kleinen und mittleren Bauern und Kredite für die von den Arbeitern verwalteten Betriebe verweigert werden, (...) fordern die Gewerkschaften, daß die Bank wirklich in den Dienst des arbeitenden Volkes gestellt wird ... und sie fordern eine revolutionäre Bank und revolutionäre Bankdirektoren ..." ("o Seculo")

"Die Bank in den Dienst des arbeitenden Volkes stellen", das soll geschehen durch "revolutionäre Bankdirektoren" und nicht etwa durch Unterstellung der Bank unter Organe der Volksmacht.

Der Einfluß der revisionistischen PC schwächt die Bewegung auf dem Land gewaltig. Schon erheben die Großgrundbesitzer wieder offen ihr Haupt und greifen an. Sie tun das vor allem mit dem Versuch, das Volk zu spalten. Das gelingt ihnen überall dort, wo die Arbeiter noch auf diesen Staat vertrauen und darauf warten, daß dieser Staat ihnen recht gibt.

Die neue Regierung wird mit vielen Illusionen Schluß machen. Wie sie die Agrarreform betreiben wird, wird an dem Interview deutlich, das ich in Evora mit einem leitenden Sozialdemokraten des Ortsvereins Evora der PS in dem dortigen, von Militärpolizei geschützten Büro nach der Kundgebung machte.

Sozialistische Partei: Die Agrarreform geht zu schnell

Ich fragte zunächst, warum die PS diesen Streik und die Kundgebung nicht unterstützt habe. "Diese Kundgebung ist nicht gut jetzt. Wir sind dabei, eine Regierung der Einheit zu bilden, und die PC will Unordnung schaffen. Sie haben Leute gezwungen mit physischer Gewalt, ihre Läden zu schließen. Sie sagen, die Bank von Portugal werde von Reaktionären geleitet, dabei gibt es dort einen Funktionär, der Mitglied unserer Partei ist. Wir sind gegen diesen Streik; Portugal ist in einer schweren finanziellen Krise, und ein Arbeitstag weniger ist äußerst schädlich im Augenblick. Die Landbesetzungen, die die PC und die Gewerkschaften vorangetrieben haben, sind ein großer Rückschlag gewesen. Erstens weil die Arbeiter jetzt kein Geld mehr haben, sie haben keine Maschinen, sie können nicht organisieren – und wer zahlt jetzt, woher werden sie das Geld bekommen? Es gibt kein Geld. Der Staat hat kein Geld, er hat nicht viel, nicht wahr."

Ich fragte, ob die Großgrundbesitzer enteignet wurden und ob die Besetzungen legal seien. "Nein, die Enteignungen befinden sich noch im Stadium der Untersuchungen, und die Besetzungen, ob sie legal waren, nein, zum größten Teil illegal. Wir wollen das legalisieren, aber nicht in einem Tag, wir haben kein Geld. Die Landarbeiter sollen keinen Hunger leiden, dafür ist die Sozialistische Partei da. Aber wer hat den Hunger hervorgerufen? Es war die PC. Die Landarbeiter leiden Hunger, weil sie kein Geld kriegen, sie haben kein Geld zum Essen. Früher haben die Arbeitgeber sie bezahlt. Wenn die Agrarreform in Etappen durchgeführt worden wäre, dann hätten sie keinen Hunger heute."

So weit der sozialdemokratische Funktionär, dessen Vorschläge darauf hinauslaufen, daß die Agrarreform in den Amtsstuben verschimmeln soll und die Landarbeiter lieber zunächst noch ihren Herren folgen sollen, denn dann haben sie wenigstens etwas zu essen. Die Wirtschaft ist in der Krise, also hat der Staat nur Geld für die Kapitalisten ... Es ist haargenau die Argumentation der Sozialdemokraten in der westdeutschen Regierung.

Daß die Arbeiter sich ihre Rechte nehmen und diese Rechte zu verteidigen wissen, zeigt der Kampf der Arbeiter von Cujancas, denen ein paar Großgrundbesitzer 143 Stück Vieh gestohlen hatten. Dieses Vieh gehörte ehemals den Großgrundbesitzern, aber die Arbeiter haben es an sich genommen, weil es Produkt ihrer Arbeit ist. Es hat einen Kampf von fünf Tagen um dieses Vieh gegeben, und die Arbeiter von Cujancas haben es zurückerobert, nachdem es zunächst durch das Militär in Gewahrsam genommen worden war. Die Militärbehörden wollten das Vieh nicht zurückgeben und den Spruch der zivilen Behörde abwarten. Genauso argumentierte Antonio Gervasio, Mitglied des ZK der revisionistischen Partei: "Die zivilen Behörden müssen entscheiden. Wenn wir uns die Kühe holen, dann laufen wir Gefahr, mit der Armee in Auseinandersetzungen zu kommen." Doch die Arbeiter riefen: "Wir haben es satt, betrogen zu werden. Es scheint, daß wir hinter den 25. April zurückfallen!" Sie sagten: Die Soldaten sind Arbeiter in Uniform, und sie haben sich schon mit uns verbündet; wir kämpfen nicht gegen sie, sondern um unser aller Recht. Die Arbeiter haben sich ihr Recht erobert. – **(kkw., Lissabon, 20. September)**


Grundbesitzer-Schloß in Portugal



Befreiungskämpfer der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU) in Zimbabwe

Vereint gegen das Smith-Regime

Der Versuch des weißen Siedlerregimes in Rhodesien und seiner imperialistischen Hintermänner, das Volk von Zimbabwe zu spalten und die Kräfte, die für den bewaffneten Kampf eintreten, zu isolieren, ist gescheitert. Die Bildung des Zimbabwe Befreiungsrats (ZBR), "um die äußeren Angelegenheiten zu regeln und den Angriff auf Rhodesien fortzusetzen", unter Vorsitz von ZANU-Präsident Sithole ist ein weiterer Rückschlag für die Spaltungsmanöver des Smith-Regimes. Nkomo, der Führer der ZAPU, die über keine nennenswerten bewaffneten Kräfte in Zimbabwe verfügt, hat gegen die Bildung des ZBR protestiert und sich offen für eine "allmähliche" und mit Smith "ausgehandelte" Lösung ausgesprochen. Die ZANU-Führung erklärte dazu, daß das eine Machtübernahme durch die Mehrheit auf Jahrzehnte verzögern würde und daß "es nichts zu verhandeln gibt als die sofortige Übergabe der Macht an die Mehrheit". Da Nkomo an seiner versöhnlerischen Haltung gegenüber dem Smith-Regime festhält, "kündigte Abel Muzorewa (der Präsident des ANC, die Red.) in einer in Lusaka herausgegebenen Erklärung den Ausschluß Nkomo's aus der Organisation an". Das rhodesische Siedlerregime will nicht die Rechte des Volkes von Zimbabwe anerkennen. Sie 'hat umfassende Maßnahmen zur Verstärkung ihrer Streitkräfte bekanntgegeben'. (SZ 13./14.9.1975)

UNO-Aufnahme beider Staaten Vietnams gefordert

Die Bundesregierung nimmt diplomatische Beziehungen zur Demokratischen Republik Vietnam auf

New York. Die 30. Vollversammlung der Vereinten Nationen hat am Freitag, den 18. März, ohne Gegenstimme mit 125 Ja-Stimmen und wenigen Enthaltungen den Sicherheitsrat der UNO aufgefordert, seine Haltung gegenüber der UNO-Mitgliedschaft der beiden vietnamesischen Staaten zurückzunehmen. Der Sicherheitsrat hatte aufgrund des Vetos der USA die Mitgliedschaft beider vietnamesischer Staaten in der UNO abgelehnt, obwohl sich dreizehn der

Aufnahme.

In der UNO-Vollversammlung hat jetzt auch die Bundesregierung für die Aufnahme der beiden vietnamesischen Staaten gestimmt. Unmittelbar vorher hat sie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Nordvietnam

Chile: Neue Umschuldungs-verhandlungen

"Der Banco Central de Chile rechnet damit, bis Anfang Oktober 1975 zu einer Umschuldungsvereinbarung mit der Bundesrepublik Deutschland bezüglich der Hermes-gesicherten Forderungen deutscher Gläubiger mit Fälligkeiten 1975 zu gelangen. Gleichzeitig stellt der Banco Central de Chile die Regulierung auch des Komplexes nicht Hermes-gesicherter Forderungen in Aussicht und möchte zu diesem Zweck den Umfang dieser Verbindlichkeiten zahlenmäßig erfassen. Firmen mit Warenforderungen an Chile, die im Jahre 1975 fällig wurden oder werden, können diese mittels Fragebogen über die Deutsche Überseeische Bank (Hamburg/Berlin) anmelden." (Handelsblatt, 22. September)

Um die Befreiung Chiles von imperialistischer Ausbeutung zu verhindern, haben die Imperialisten der Junta in den Sattel geholfen. Um ihren wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhindern, sorgen sie jetzt dafür, daß die bankrotte Junta mit den nötigsten Waren beliefert wird. Die Bundesregierung garantiert den westdeutschen Kapitalisten die Übernahme der Schulden der Junta über die bundeseigene Hermes Kredit-Versicherungs-AG und die ebenfalls bundeseigene Treuhand AG und vollzieht damit ihre Abwälzung auf die westdeutschen Steuerzahler. Im "Handelsblatt" ruft die Junta deshalb die einzelnen westdeutschen Kapitalisten auf, ihre Forderungen bei ihr anzumelden, damit sie die Gesamtrechnung für die Bundesregierung zusammenstellen kann!

Während die Bundesregierung den Wählern moralische Entrüstung über den blutigen Terror der Junta in Chile vorspiegelt und sie "Mörderbande" (Matthöfer) nennt, organisiert sie mit anderen imperialistischen Regierungen ihre Aufrechterhaltung und die Begleichung ihrer Schulden beim westdeutschen Finanzkapital durch die westdeutschen Werktätigen. Zusammen mit den USA und Frankreich hat sie einen "Gläubigeranteil" von 80 Prozent an den Auslandsschulden, d.h. das sind die eigentlichen Blutsauger des chilenischen Volkes. – **(hl)**

Chile-Veranstaltung: 950 DM gespendet

Wiesbaden. Am 17. September fand eine Veranstaltung der Ortsgruppe statt. Zirka 150 Teilnehmer waren gekommen. Es sprach ein ZK-Mitglied des MAPU. Vorher war der Film "Aufstand der Bourgeoisie" gezeigt worden. Ein Vertreter der Ortsgruppe ging in seinem Redebeitrag auf die Aufgaben ein, die sich der westdeutschen Arbeiterklasse stellen, den Widerstandskampf zu unterstützen. Der Kampf gegen die Unterstützung der Militärjunta durch die Bundesregierung ist hierbei Bestandteil. Eine abschließende Spendensammlung ergab ein Ergebnis von 948,50 DM. – **(sw)**

Englische Seeleute blockieren chilenische Fracht

Der Vorstand der 50 000 Mitglieder starken englischen Gewerkschaft der Seemänner hat am 17.9. beschlossen, mit keinem – unter englischer Flagge segelnden – Schiff Häfen in Chile anzulaufen oder Waren von Chile zu transportieren. Die Gewerkschaft bemüht sich, für ihre Maßnahmen Unterstützung bei den Hafenarbeitern zu gewinnen. Die englischen Schiffahrtskapitalisten reagierten prompt. Sie – denen der blutige Putsch in Chile sehr gelegen kam – bedauern, daß politische Überlegungen bei "gewöhnlichen ökonomischen Angelegenheiten" eine Rolle spielten. – **(w, England)**

4 000 Gewehre für die Militärjunta

Die thailändische Zeitung "Bangkok Post" berichtete am 10. September von einem westdeutschen Auftrag an die Armee-Ausrüstungs-Fabrik, 4 000 Gewehre vom Typ HK 33 an die Militärjunta in Chile zu liefern.

ÖTV-Konferenz gegen Chile-Junta

Die Bezirksfrauenkonferenz der ÖTV-Hessen hat bei einer Enthaltung ohne Gegenstimme gefordert, der Junta in Chile keine weiteren Kredite zu gewähren und keine Militärangehörigen Chiles in der BRD auszubilden.

schließende Spendensammlung ergab ein Ergebnis von 948,50 DM. – (sw)

lichen ökonomischen Angelegenheiten" eine Rolle spielten. – (w, England)

UNO-Aufnahme beider Staaten Vietnams gefordert

Die Bundesregierung nimmt diplomatische Beziehungen zur Demokratischen Republik Vietnam auf

New York. Die 30. Vollversammlung der Vereinten Nationen hat am Freitag, den 18. März, ohne Gegenstimme mit 125 Ja-Stimmen und wenigen Enthaltungen den Sicherheitsrat der UNO aufgefordert, seine Haltung gegenüber der UNO-Mitgliedschaft der beiden vietnamesischen Staaten zurückzunehmen. Der Sicherheitsrat hatte aufgrund des Vetos der USA die Mitgliedschaft beider vietnamesischer Staaten in der UNO abgelehnt, obwohl sich dreizehn der

fünfzehn Mitglieder des Sicherheitsrates für die Aufnahme in der Abstimmung aussprachen. Die Nein-Stimme der USA jedoch machte diesen positiven Beschluß zunichte, weil die USA als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates Veto-Recht haben und alle Entscheidungen blockieren können. Die USA wollten mit dieser Verhinderung der Aufnahme der beiden vietnamesischen Staaten erreichen, daß der Sicherheitsrat sich auch für die Aufnahme Südkoreas ausspricht.

Daniel Moynihan, der Abgesandte der amerikanischen Regierung im Sicherheitsrat, hatte vor der Sitzung des Sicherheitsrates angekündigt, seine Regierung werde nur dann auf ihr Veto gegen die Aufnahme der beiden vietnamesischen Staaten verzichten, wenn zugleich der Sicherheitsrat den Aufnahmeantrag Südkoreas befürworte. Der Beauftragte der amerikanischen Regierung wollte also den Aufnahmeantrag mit den vietnamesischen Aufnahmeanträgen koppeln und sich den Sicherheitsrat gefügig machen. Weil ein solcher Antrag Südkoreas aber in Widerspruch steht zu den Beschlüssen der letzten UNO-Vollversammlung und das Pak Chung Hee-Regime nach den Maßstäben der UNO-Charta gar kein Recht hat, einen solchen Aufnahmeantrag zu stellen, hat der Sicherheitsrat bei der Festsetzung der Tagesordnung bereits mit einer Mehrheit von neun Mitgliedern gegen die Behandlung dieses angeblichen Antrages gestimmt.

Das Pak Chung Hee-Regime gibt zwar vor, die Bevölkerung im Süden Koreas zu vertreten, tatsächlich aber ist es eine Marionette der US-Imperialisten, die nur deshalb ihre Diktatur ausüben kann, weil 40 000 amerikanische Soldaten im Lande stehen. Um die Wiedervereinigung der koreanischen Nation zu unterstützen, hat die letzte UNO-Vollversammlung beschlossen, eine Föderation Nord- und Südkoreas in die Weltorganisation aufzunehmen unter dem Namen Koryo, dem früheren Namen des koreanischen Volkes.

Scharfe Angriffe gegen den US-Imperialismus

Das im Gegensatz zu den Zielen und Grundsätzen der UNO-Charta stehende Verhalten der US-Imperialisten ist von vielen Ländern der Dritten Welt scharf angegriffen worden.

Der Vertreter Tanzanias, das zu den nichtständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates gehört, hat unmittelbar nach der Abstimmung die USA scharf angegriffen wegen der "arroganten Weise", in der sie von ihrem Veto-Recht Gebrauch mache. Das amerikanische Veto sei "ein klassisches Beispiel für die Fortdauer der Tyrannei der Minderheit" in den Vereinten Nationen. "Die absolute Mißachtung dessen, worin eindeutig der allgemeine Wille der Mitglieder dieser Organisation besteht, ist eine weitere schmerzhafte Erkenntnis darüber, wie sehr wir die Wirksamkeit unserer Organisation verbessern müssen."

Die amerikanische Regierung betreibe weiterhin ihre feindliche Politik gegen das vietnamesische Volk, wenn sie die Provisorische Revolutionäre Regierung (PRR) der Republik Südvietnam und die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam daran hindere, freundschaftliche Beziehungen zu allen Ländern aufzunehmen, erklärte die PRR einen Tag nach dem amerikanischen Veto. Die PRR erwartet nun, daß die Vollversammlung der UNO im Herbst ihre Kompetenz in korrekter Weise anwendet, um die USA zu zwingen, ihre Haltung zu überprüfen: "Wenn die US-Regierung weiterhin gegen die gerechte Forderung des vietnamesischen Volkes und die fortschrittliche Meinung in der Welt anrennt, wird sie unvermeidlich selber in größere Isolierung geraten und noch mehr Niederlagen erleiden", heißt es zusammenfassend in der Erklärung der PRR.

In die Weltorganisation kann jeder Staat aufgenommen werden, der die Charta der Vereinten Nationen anerkennt und von dem zu erwarten ist, daß er die von der UNO-Charta auferlegten Verpflichtungen befolgt. Wie die Abstimmung im Sicherheitsrat zeigt, erwarten das selbst die engsten Verbündeten der US-Imperialisten wie Großbritannien, Frankreich und Italien, denn sie stimmten für die

Aufnahme.

In der UNO-Vollversammlung hat jetzt auch die Bundesregierung für die Aufnahme der beiden vietnamesischen Staaten gestimmt. Unmittelbar vorher hat sie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Nordvietnam

bekanntgegeben und zugleich mitgeteilt, mit der Republik Südvietnam bestünden die diplomatischen Beziehungen fort. Um sich angesichts des internationalen Kräfteverhältnisses nicht weiter zu isolieren, vollzieht die Bundesregierung jetzt die Anerkennung Nordvietnams, das sie zuvor jahrelang bekämpft hat als Verbündeter der USA. Große finanzielle und materielle Hilfe hat sie dagegen den Thieu-Marionetten in Saigon gewährt. Sie hat dieses Terror-Regime gegen das ganze vietnamesische Volk unterstützt und als Instrument zu halten versucht, das den westdeutschen imperialistischen Monopolen den Zugang zu den Reichtümern Vietnams und zur Ausbeutung der vietnamesischen Arbeiterklasse offenhält.

Mit der Niederlage des US-Imperialismus in Indochina scheiterte diese Politik. Die UNO-Vollversammlung hat mit ihrem überwältigenden Votum für die Aufnahme beider vietnamesischer Staaten diese Niederlage erneut bestätigt. Die US-Imperialisten wagten es nicht, bei dieser Abstimmung mit "Nein" zu stimmen, sie enthielten sich. Sie werden ihr Veto gegen die Aufnahme beider vietnamesischer Staaten in die UNO nicht länger aufrechterhalten können. Es wird ihnen nicht gelingen, mit ihrer Zustimmung zur Aufnahme der beiden vietnamesischen Staaten die Aufnahme Südkoreas zu erzwingen. Die Vollversammlung wird sich auch mit der Korea-Frage beschäftigen. Dabei geht es um die Auflösung des UNO-Kommandos, unter dem die US-Soldaten in Südkorea formell noch stehen. Die UNO-Vollversammlung wird dieses Kommando auflösen und den Abzug dieser Soldaten des US-Imperialismus fordern. – **(g.j.)**

Die revolutionären Machtorgane von Südvietnam haben in verschiedenen Städten des Landes Aktionen gegen die Teile der Bourgeoisie durchgeführt, die sich nach wie vor in den Dienst des ausländischen Kapitals stellen. Diese Kompradorenbourgeoisie betreibt fortgesetzt Spekulation und sabotiert den Handel auf dem Markt.

4 000 Gewehre für die Militärjunta

Die thailändische Zeitung "Bangkok Post" berichtete am 10. September von einem westdeutschen Auftrag an die Armee-Ausrüstungs-Fabrik, 4 000 Gewehre vom Typ HK 33 an die Militärjunta in Chile zu liefern.

ÖTV-Konferenz gegen Chile-Junta

Die Bezirksfrauenkonferenz der ÖTV-Hessen hat bei einer Enthaltung ohne Gegenstimme gefordert, der Junta in Chile keine weiteren Kredite zu gewähren und keine Militärangehörigen Chiles in der BRD auszubilden.

Bewaffneter Kampf in Namibia

"Seit April dieses Jahres hat es schwere Kämpfe gegeben zwischen den illegalen Besatzungstruppen des südafrikanischen Rassistenregimes und den Befreiungskämpfern der Südwestafrikanischen Volksunion (SWAPO). Das südafrikanische Rassistenregime hat schwere Verluste hinnehmen müssen an Material und Menschen, und das dauert an." Das erklärte der Sekretär der SWAPO in London auf einer Pressekonferenz. Der SWAPO-Sekretär teilte mit, daß die Truppen des Südafrikanischen Rassistenregimes, die bisher in Rhodesien eingesetzt waren, jetzt in Namibia eingesetzt werden. Zu den sogenannten Verfassungsgesprächen über Namibia erklärte der SWAPO-Sekretär, das sei der Versuch des Vorster-Regimes, seine Bantustan-Politik in Namibia durchzusetzen. (Nach Hsinhua vom 16. September)

Kuweit ruft die OPEC-Mitglieder zur Einheit auf

Die Mitglieder der Organisation Ölexportierender Länder (OPEC), die demnächst über eine Heraufsetzung der Ölpreise beraten wollen, wurden von Kuweit aufgefordert, an der Einheit in allen Aktionen festzuhalten. Der Ölminister Kuweits erklärte anläßlich des 15. Jahrestages der Gründung der OPEC, die OPEC sei das ideale internationale Instrument, "um alle Öl betreffenden Fragen zu koordinieren und die Rechte und Interessen der Ölländer zu verteidigen". Im 15. Jahr ihres Bestehens, in dem die OPEC vielen Angriffen ausgesetzt sei, sei es oberstes Gebot, an der Einheit festzuhalten. "Eins der Hauptziele Kuweits ist es, die Einheit der OPEC zu sichern", erklärte der Minister in einem Interview. (Nach Hsinhua vom 17. September)

Indien: Bewaffnete Kämpfe zwischen Naxaliten und indischer Polizei

Die Naxaliten, eine militante linke Bewegung in Indien, hielten letzten Monat über 3 Tage lang 200 indische Polizisten in einem Dorf im Westen der Provinz Bihar unter Beschuß. Die Naxaliten, die in Westbengalen vor ca. 8 Jahren entstanden, erfahren einen Wiederaufschwung ihrer Bewegung. In einer Kampagne gegen sie hat das Indira-Gandhi-Regime mindestens 20 000 Mitglieder und Sympathisanten eingekerkert und viele auch umgebracht. Ein Polizist, der an der kürzlichen Schlacht teilnahm, stellte gegenüber einem Korrespondenten der Washington Post fest: "Vor drei oder vier Jahren flohen sie, wenn sie uns sahen, jetzt schießen sie auf uns." "Die 'Linksradikalen' werden hier immer stärker wegen der Ausbeutung durch die Großgrundbesitzer" und "während der Auseinandersetzung hatten sie 100% der Dorfbevölkerung auf ihrer Seite". In einem Interview mit dem Naxaliten-Führer Satyanarayana Sinha erklärte dieser gegenüber dem Korrespondenten, daß seit der Durchführung der kürzlichen diktatorischen Maßnahmen im Land, wodurch u. a. 60 000 politische Gegner Indira Gandhis verhaftet wurden, es leichter sei, die Leute von der Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes zu überzeugen. Das Ziel der Naxaliten sei, eine "Einheitsfront aller Klassen in Opposition zu Gandhi aufzubauen". Frau Gandhis Hauptziel sei, Indien unter die Kontrolle der Sowjetunion zu bringen. (nach Guardian, 17.9.75)

50 000 demonstrierten in Salvador

In dem mittelamerikanischen Staat Salvador fand eine Demonstration gegen die Regierung statt, an der sich 50 000 Menschen beteiligten. Anlaß war ein Lehrer-Streik für höhere Bezahlung. Die Demonstration forderte eine Änderung der Politik von der Regierung.

Besuch in einer Hausfrauenfabrik in China

Auf die eigene Kraft vertrauen

Auf Einladung der Gesellschaft des chinesischen Volkes für Freundschaft mit dem Ausland besuchten die Mitglieder des Bundesvorstands der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft im August die Volksrepublik China. Bei den zahlreichen Besuchen in Fabriken, Volkskommunen, Straßenkomitees und anderen Einrichtungen wurde uns aufgetragen, herzliche Grüße an die westdeutsche Bevölkerung zu vermitteln, und wir versprachen, die Freundschaft zwischen den beiden Völkern durch zahlreiche Berichte zu vertiefen.



Eine Chinesin bei der Herstellung eines Teils für einen Motor. Aufnahme aus der Pekinger Fabrik für Kleinmotoren.

Die 2-Millionen-Stadt Schenyang ist die Hauptstadt der nordöstlichen Provinz Liaoning. In dieser Stadt besuchten wir eine der zahlreichen Hausfrauenfabriken, die auch Straßenfabriken oder Nachbarschaftsfabriken genannt werden.

Die Straßenfabriken sind in der Regel kollektives Eigentum der Bewohner eines Stadtteils und stehen in bezug auf politische und ideologische Ausbildung, Buchführung und Realisierung der Produktionspläne unter Leitung des Revolutionskomitees des Stadtteils.

Sie sind durch die Initiative der Bewohner entstanden, häufig Frauen, die sich am Aufbau des Sozialismus beteiligen wollten. Diese Fabriken stellen Produkte zur Deckung des Bedarfs des Stadtteils her, also z.B. medizinische Geräte oder auch Einzelteile für große Fabriken. Damit sind sie eine gute Ergänzung der staatlichen Produktion. Dieses Prinzip, sowohl die große als auch die kleine und mittlere Industrie auf nationaler und lokaler Ebene breit zu entfalten, entspricht der Politik "Auf zwei Beinen gehen". Sie befähigt China, alle Kräfte beim Aufbau des Sozialismus zu mobilisieren, damit die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu beschleunigen und die Generallinie für den Aufbau des Sozialismus: "Unter Anspannung aller Kräfte, immer vorwärtsstrebend, mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher den Sozialismus aufbauen" umzusetzen.

Demonstration eines Motorenteils in der Pekinger Fabrik für Kleinmotoren

Kritik am Revisionismus: Die Voraussetzung fürs Vorwärtskommen

Die ersten Fabriken dieser Art entstanden 1958 im "Großen Sprung nach vorn". Aber Liu Schao-tschi, der damalige Premierminister Chinas, bekämpfte die Initiative der Massen. Er betrachtete die Wirtschaft nur nach kapitalistischen Gesichtspunkten: Die kleinen Fabriken mit ihren geringen Ressourcen und unterentwickelter Technik seien von keinem Nutzen für die Wirtschaft, sie sollten lieber schließen.

Eine große Zahl der Fabriken wurde daraufhin geschlossen, aber in etlichen Fabriken entstand scharfer Widerstand, die Frauen waren dabei die treibende Kraft.

In der Kulturrevolution wurde umfassend die reaktionäre Politik Liu Schao-tschis kritisiert und bekämpft und als ein Ergebnis schossen die Straßenfabriken wieder aus dem Boden.

Die stellvertretende Vorsitzende des Revolutionskomitees erzählte uns die Geschichte der Fabrik.

Hausfrauen ergriffen die Initiative

Im Mai 1966 gründeten neun Hausfrauen aus diesem Stadtteil die Fabrik. Sie hatten sich gesagt: "Wir haben zwei Hände, außer Kochen haben wir nichts zu tun. Aber auch wir Frauen wollen einen Beitrag zur Umwandlung unserer Gesellschaft leisten." So verließen sie ihre Küchen mit der Absicht, eine kleine Fabrik zu gründen.

Aber was für eine Fabrik?

Die Frauen befragten die alten Meister der nahegelegenen Fabrik und bekamen den Rat, aus Eisenabfällen Einzelteile z.B. für Traktoren herzustellen. Begeistert griffen die Frauen diesen Vorschlag auf, denn sie würden aus Abfällen Nützliches herstellen können.

Der Aufbau war schwer, denn sie hatten weder Produktionshallen noch irgendwelche Anlagen. Aber die Frauen vertrauten auf ihre Kraft und ließen sich von den Schwierigkeiten nicht schrecken. Einige meinten, daß man nicht allein die Fabrik aufbauen könne, sondern vom Staat Hilfe brauche. Die Frauen kritisierten dies scharf, denn auch dies entsprach der Linie Liu Schao-tschis: Es hätte bewiesen, daß die Frauen nicht in der Lage sind, gestützt auf ihre Initiative eine nützliche Fabrik aufzubauen. Durch die Kritik an diesen Auffassungen wurde den Frauen ihre Aufgabe noch klarer, und sie machten sich mit größerem Schwung an die Arbeit.

Um Eisenabfälle bearbeiten zu können, braucht man einen Schmelzofen aus hitzebeständigen Ziegeln. Kaufen konnten die Frauen diese Ziegel nicht, also sammelten sie zerbrochene Stücke in der Ziegelei und verwendeten sparsam für die äußere Schicht normale Ziegel, die sie auf der Straße fanden.

Auch den Schornstein, der 28 Meter hoch sein mußte, bauten sie in dieser Weise: Sie rollten verrottete Öltöpfe heran, schweißten sie zusammen und stellten den Schornstein mit Hilfe von Meistern aus der Brückenfabrik auf.

Die Ziegel für die später benötigte Produktionshalle brannten die Frauen selber.

Maschinen aus Holz

Nachdem die ersten Schwierigkeiten gemeistert waren und die Produktion anlief, waren bald die Frauen mit der Leistung nicht zufrieden. Alle Arbeiten wurden mit der Hand erledigt; dadurch erzielten sie geringe Ergebnisse. Also mußten Maschinen gebaut werden. Auch hier stützten sich die Frauen auf ihre Kräfte und bewiesen eine große Verantwortung gegenüber dem Staat: Statt Maschinen aus Stahl zu bauen, benutzten sie Holz, denn der Staat brauchte den wenigen Stahl für wichtigere Aufgaben.

Aber nicht nur solche Schwierigkeiten waren zu bewältigen: Liu Schao-tschi hatte in seiner Propaganda gegen die Straßenfabriken auch die Frauen angegriffen: Sie sollten wieder zu ihrer Familie zurückkehren und sich der Erziehung der Kinder, ihrer eigentlichen Aufgabe, widmen. Er verunglimpfte gleichzeitig auch die Beweggründe für die Gründung der Hausfrauenfabriken: Die Frauen wären wegen der Butter auf dem Brot, also für mehr Geld, in die Betriebe gegangen. Davon konnte aber keine Rede sein, oftmals haben die Frauen sogar auf den Lohn verzichtet, um die Fabrik weiterzuentwickeln, und sogar ihre Ersparnisse in die Anschaffungen gesteckt. Es ging ihnen darum, die Küchentür aufzumachen, die ihnen die Sicht versperrte, und an der Seite der Männer die Gesellschaft zu verändern. Sie wollten dem Volk dienen, nicht der Familie.

Mit überholten Vorstellungen mußte gebrochen werden

Die falschen Ideen Lius beherrschten jedoch auch die Köpfe einiger Ehemänner, die versuchten, die Frauen von ihrem Plan abzubringen. Sie sollten lieber eine Glasnudelfabrik aufmachen: denn beim Aufbau würden sie auf Schwierigkeiten stoßen, die sie zum Weinen bringen würden. Dadurch würden sie Husten und Schnupfen bekommen, damit hätten sie schon ihre Glasnudelfabrik. Die Frauen ärgerten sich sehr über diese Verspottungen. Wie die alte Frau Han berichtete, fanden die Frauen auch den richtigen Weg, ihre Männer zu überzeugen. Auch in ihrer Familie waren Mann und Sohn gegen die Arbeit. Erst versuchten sie es, indem sie ihr rieten, sich nach den schweren Jahren vor der Befreiung nun endlich auszuruhen und das bisher Erreichte zu genießen. Als das nichts nützte, griffen sie zu schwereren Geschützen: Die Frauen haben keine Kulturerkenntnisse, wie können sie dann eine Fabrik übernehmen!

Frau Han organisierte daraufhin einen Studienkurs in ihrer Familie. Sie schilderte ihr früheres schweres Leben: Schon als Kind mußte sie in der Fabrik arbeiten und wurde oft von den Kapitalisten geschlagen. Daß es ihr jetzt viel besser geht, hat sie der Kommunistischen Partei zu verdanken. Wie kann sie sich nun hinsetzen und ausruhen, statt beim Aufbau des Sozialismus zu helfen! Gerade die Frauen waren früher besonders unterdrückt und rechtlos. Jetzt sind sie politisch und wirtschaftlich gleichberechtigt. Deshalb müssen sie die Schranke ihres Haushaltes durchbrechen. Zusammen studierte die Familie die Schriften Mao Tsetungs, und langsam erkannten Mann und Sohn, daß es sehr gut ist, wenn die Frauen sich aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen, und sie unterstützten die Initiative.

Dieses Beispiel machte Schule, und Frau Han half noch einigen Frauen, ihre Schwierigkeiten zu Hause zu überwinden.

Weitere Verbesserungen

Inzwischen hat sich der Betrieb stattlich entwickelt. Es arbeiten 155 Frauen und 50 Männer hier. Mit modernen Maschinen, die die Frauen aus abgestoßenen Maschinen der großen Fabriken entwickelten, werden über 100 Einzelteile produziert. Trotz der Größe des Betriebes hat sich der Geist der Frauen nicht verändert. Mit großem Schwung gehen sie weiter an die Verbesserung der Produktion, noch immer gestützt auf ihre eigenen Kräfte. Gerade haben die Frauen aus der Ofengruppe einen Vorschlag für einen neuen Ofen, eingeschlossen in einen kreisförmigen Produktionsablauf, entwickelt. Die Frauen arbeiten unter den schweren Bedingungen am Ofen, sie erkennen, an welcher Stelle Mängel bestehen, und können ihre Produktionserfahrungen in einen neuen Plan umsetzen.

Dieser Plan wurde einer Dreiergruppe der Fabrik, bestehend aus Arbeitern, Technikern und Kadern, vorgelegt. Zwar hatte der Plan technische Mängel, aber er wurde angenommen, weil das Wesen gut erkannt wurde. Auch die Dreiergruppe hatte nicht genügend technische Kenntnisse, deshalb schickten sie einige in die große Fabrik, um sich die Technik anzueignen. Aufgrund dieser Erfahrungen und unter Mithilfe weiterer Techniker wurde ein verbesserter Plan ausgearbeitet. Jetzt im September wird der neue Ofen unter Mithilfe der Frauen aus der Ofengruppe gebaut.

Wir fragten nach der Ausbildung der Techniker.

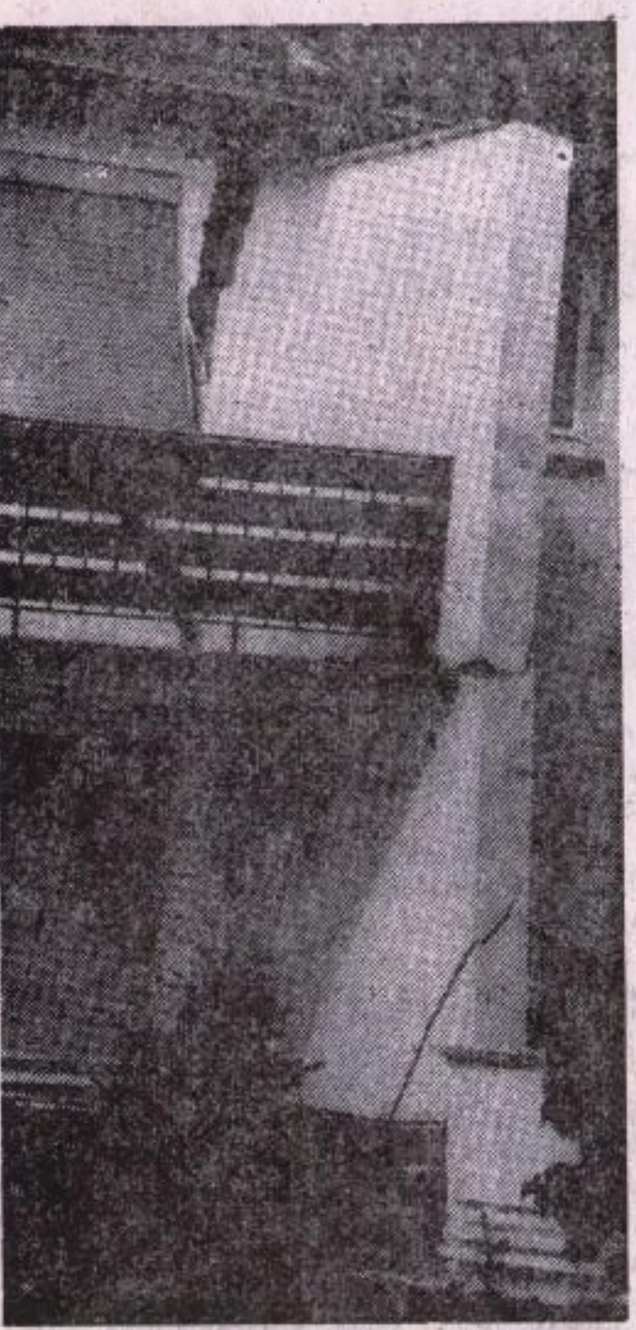
Die meisten Techniker kommen aus der Fabrik selber. Die Hauptmethode in ihrer Ausbildung ist, sie in der Produktion, nicht an Schreibtischen, auszubilden, denn bei der Arbeit können sie in der Praxis die wissenschaftliche Technik lernen. Dazu werden zweimal wöchentlich Kurse an der Polytechnischen Hochschule in Schenyang besucht. Die Arbeiterinnen und Techniker, die dieses Institut besucht haben, verbreiten ihre Kenntnisse in der Fabrik weiter, indem sie dort Kurse einrichten. In dieser Weise werden die Arbeiterinnen weiter ausgebildet und sind immer besser in der Lage, die Produktion zu verbessern.

Der Besuch der Hausfrauenfabrik hat uns gezeigt, wie die Volksmassen unter Anleitung der Kommunistischen Partei Chinas die Initiative ergriffen haben, ihr Land weiterzuentwickeln und den Sozialismus aufzubauen. Und wir haben auch hier an der Kritik an der falschen Linie Liu Schao-tschis gesehen, wie das chinesische Volk politisch mobilisiert ist, die Errungenschaften des Sozialismus zu verteidigen. Sie haben dabei eine scharfe Waffe: den Marxismus-Leninismus und die Maotsetungideen, und sie lernen, diese Waffe zu gebrauchen. Gerade ist eine umfassende Schulungsbewegung zum Studium der Theorie über die Diktatur des Proletariats entfaltet. In jeder Fabrik, jeder Volkskommune, an jedem Arbeitsplatz und in den Wohnbezirken werden die Werke des Marxismus-Leninismus studiert.

An der Hausfrauenfabrik haben wir auch gesehen, daß China noch ein Entwicklungsland ist und noch große Anstrengungen unternehmen muß, um Industrie und Landwirtschaft umfassend zu entwickeln. Aber die Hausfrauenfabrik ist ein Ausdruck dessen, daß China dabei den richtigen Weg eingeschlagen hat. – (Evi Andresen, Mitglied des Bundesvorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft e.V.)

Wassenberg: Sophia Jacoba

Aus Profitgier eine Katastrophe in Kauf genommen

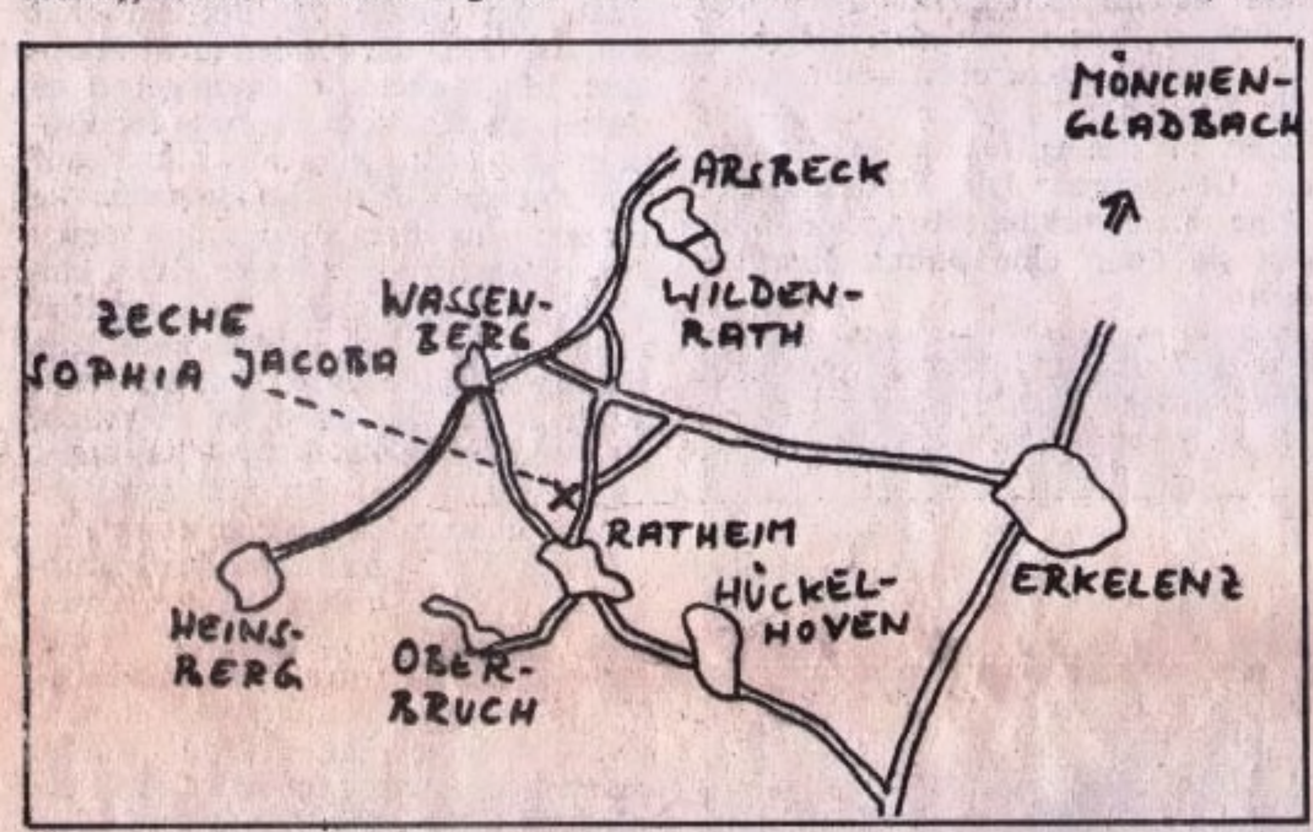




Wassenberg. In der Feierabendsiedlung: Geborstene Häuser, umgestürzte Mauern und von Rissen durchfurchte Straßen

Am, Freitagabend, dem 12. September, und in der darauffolgenden Nacht zum Samstag sackte in den beiden Straßenzügen "St. Barbara" und "Glückauf" der Siedlung "Feierabend" in Wassenberg (zwischen Mönchengladbach und Aachen in der Nähe der holländischen Grenze) der Boden. Häuserwände rissen auf, Straßen knickten ab. Über ein Gebiet von etwa 300 000 Quadratmetern sank innerhalb der nächsten drei Tage der Boden streckenweise über einen Meter. Bis Sonntagabend wurden 84 Menschen evakuiert; 17 Wohnungen wurden sofort geräumt; die Bewohner weiterer 17 Wohnungen in Hotels und Pensionen umquartiert. Verursacht wurden die Erdsenkungen durch gewaltige Wassereinbrüche in der Zeche "Sophia-Jacoba". Die Schachtanlage ist zu einem großen Teil zerstört, und die Arbeitsplätze der 4 200 Bergarbeiter sind in Gefahr.

Montag und Dienstag wurde auch der angrenzende alte Teil der Siedlung von den Senkungen erfaßt, auch hier wurden Familien ausgewiesen. Bis Dienstagnachmittag waren insgesamt 37 Familien evakuiert (93 Personen), davon der überwiegende Teil in leerstehende Wohnungen der Umgebung.



Die Zukunft der Siedlung wird von offiziellen Stellen als ungewiß bezeichnet. Die Senkung hat immer noch nicht vollständig aufgehört. Die Bewohner – meist Bergleute – meinen: "Feierabend ist nun; wir können sehen, wo wir bleiben."

sehen, wo wir bleiben.

sind in den Häusern Risse und Furchen zu sehen, sogenannte Bergschäden. Für die Zeche ist es billiger, diese Bergschäden regulieren zu lassen, als die Stollen zuschütten zu lassen. Kosten für die Reparaturen zahlen ohnehin die Kohleverbraucher, die pro Tonne einen Bergschädenaufpreis von 6/7 DM zahlen müssen. Die schon seit langem erhobene Forderung der Bevölkerung, die Stollen außerhalb der Wohngebiete zu treiben, bleibt unberücksichtigt. Es wird da abgebaut, wo am meisten rauszuholen ist.

Beim Ausbau eines Streckenvortriebs der vier Kilometer entfernten Zeche "Sophia-Jacoba" (Ratheim) in 320 Metern Tiefe (Strecke = Untertageweg zum Abbaubereich) ist man nach Auskunft der Bergwerksdirektion "unvermuteterweise" auf ein großes Areal von Schwimmsand (Wasser mit Sand) gestoßen.

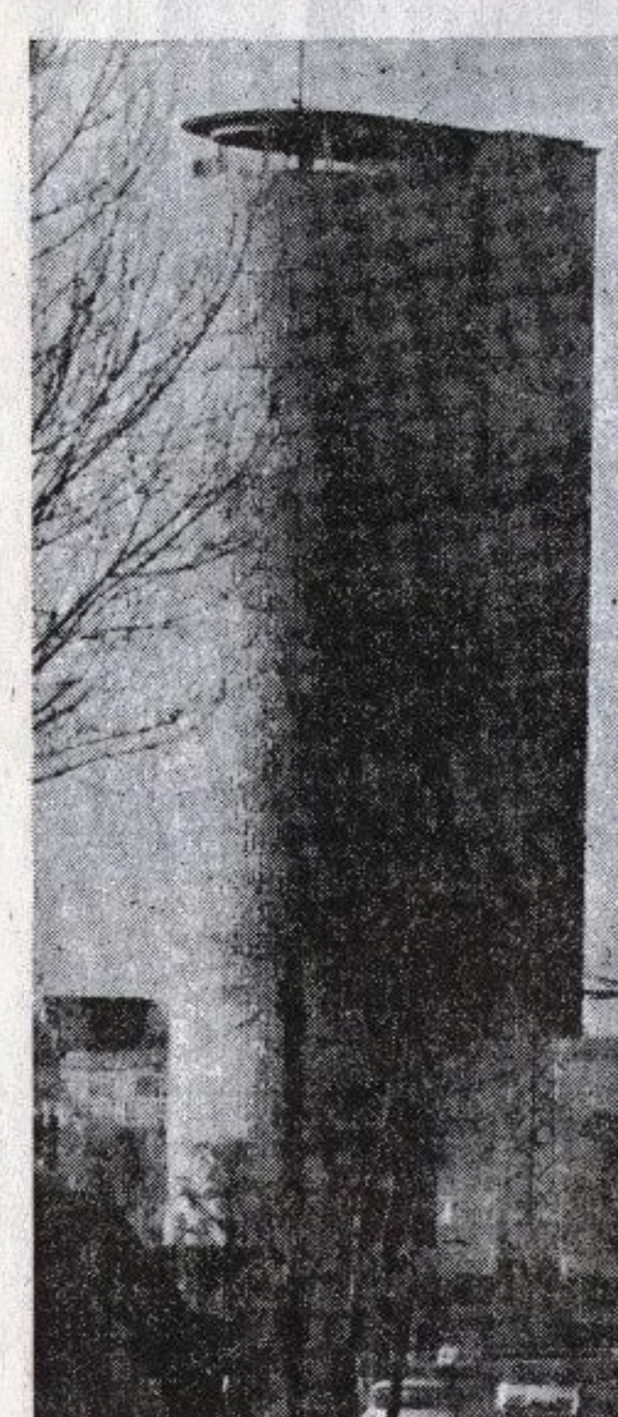
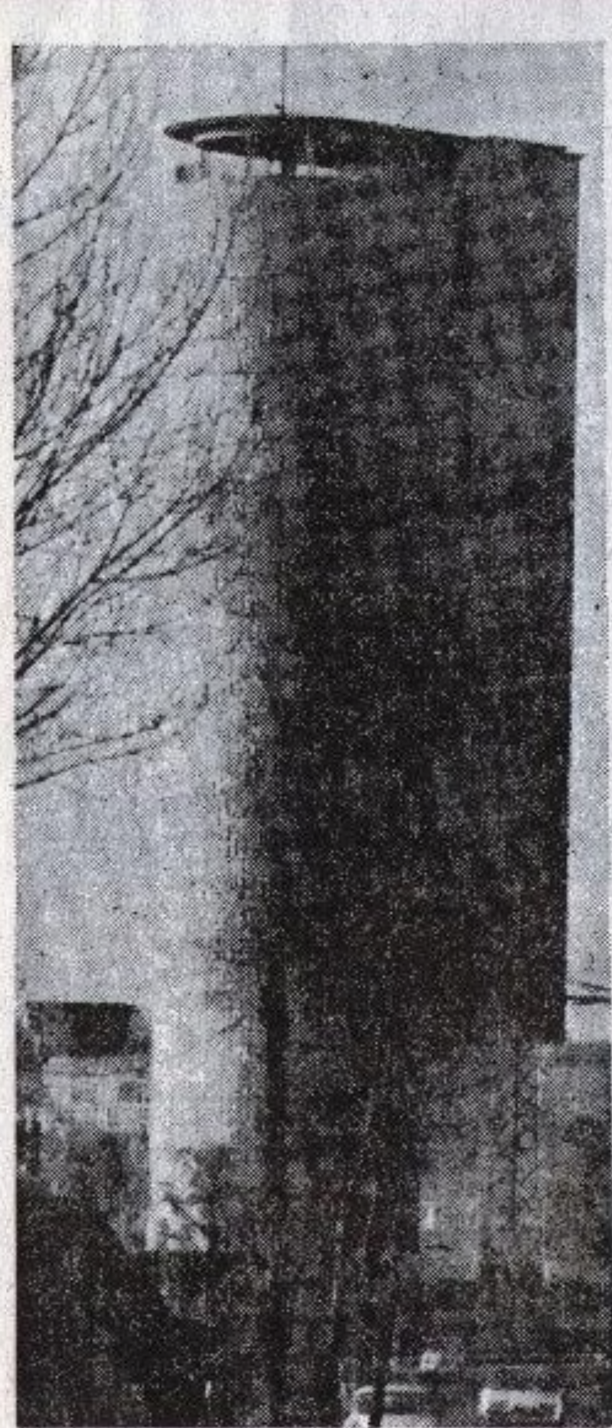
Nach kurzer Zeit ließen die einstürzenden Wassermassen von 20 000 Litern pro Minute die ausgebauten Strecken zwischen 320 und 1 000 Meter absaufen. Die durch den abfließenden Sand und Geröll entstehenden Hohlräume sind nachgerutscht und verursachten an der Oberfläche die oben beschriebenen Schäden.

Rücksichtsloser Raubbau

Die Bergwerksdirektion stellt die Anzapfung des Schwimmsand-Areals als unvoraussehbar dar. Die Katastrophe war ihrer Meinung nach unvermeidbar. In die gleiche Kerbe schlägt die örtliche und überörtliche Presse, die den Vorfall sogar in die Nähe einer Naturkatastrophe bringt.

Aber weder war die Anzapfung eine Naturkatastrophe noch war sie unvermeidbar. Das erfährt man in Gesprächen mit Bergleuten der Zeche "Sophia-Jacoba". "Daß in der Nähe der Strecke große Flächen Schwimmsand lagen, das weiß doch hier jeder seit wenigstens zehn Jahren", sagte ein Kollege. Ebenso wußte die Bergwerksdirektion, daß die neue Strecke unter der Feierabend-Siedlung verläuft. Die Bewohner (meist berentete Bergleute) meldeten schon seit einem Jahr die durch Untertagesprengungen verursachten Bergschäden bei der Zechenverwaltung (zwecks Reparatur).

Außerdem werden die Stollen, aus denen abgebaut wurde, nicht zugeschüttet, sondern es geht gleich weiter mit dem Abbau. Dadurch entstehen leichte Bodenbewegungen, und in dem ganzen Gebiet über den Stollen, also Wassenberg und Umgebung,

Der Förderturm der Zeche Sophia Jacoba

Man kann also davon ausgehen, daß die Zechenleitung es hat darauf ankommen lassen, denn die Möglichkeit, auf den Schwimmsand zu treffen, war mindestens so wahrscheinlich wie seine Umgehung.

Hinzu kommt, daß die Auftragslage der Zeche ausgezeichnet war und am Ende der Strecke ein großes Kohlefeld wartete. "Sophie-Jacoba" ist größter Anthrazitkohlelieferant Europas.

Der Raubbau, die Fortsetzung des Abbaus um jeden Preis, d.h. die Inganghaltung der Profitmaschine, hat die Gefährlichkeit dieses Projektes in den Hintergrund treten lassen. Dabei haben sie das Leben Hunderter von Bergleuten aufs Spiel gesetzt, denen nur deshalb nichts passiert ist, weil das Wasser zu Anfang nur in einem armdicken Strahl in die Strecke einlief und weil der Einbruch zur Zeit des Schichtwechsels erfolgte.

Am Dienstag, dem 16. September, fand dann in Wassenberg eine Rats-Sondersitzung statt. Einziger Tagesordnungspunkt war das Grubenunglück. Den "Feierabend"-Bewohnern war diese Sondersitzung tags zuvor als eine Bürgerversammlung, auf der die brennenden Fragen beraten werden sollten, angekündigt worden. Der Saal war entsprechend bis auf den letzten Platz gefüllt. Doch gleich zur Begrüßung sprach Bürgermeister Römer ihnen das Rederecht mit der Begründung ab: "Wir wissen doch, wo es bei Ihnen brennt, und können deshalb die ganze Angelegenheit bedeutend geordneter regeln."

Auf diese Art von geordneter Regelung wollten sich die Versammelten nicht einlassen, hatten sie doch bei der Evakuierung erlebt, wie über die Köpfe hinweg vorgegangen wurde.

Beispiele dafür kamen trotz kräftiger Abblockungsversuche seitens des Bürgermeisters und des Stadtdirektors zumindest teilweise ans Licht. So wurden im Zuge der ersten Räumung zwei Familien evakuiert, die außer ihren Kleidern am Körper nichts hatten mitnehmen dürfen. Ihnen wurde versichert, sie könnten am nächsten Tag das Notwendigste aus dem Haus holen. Daraus wurde aber nichts, denn die Senkung dauerte fort. Da sie kein Geld hatten, aber dringend Kleidung und Essen brauchten, wandten sie sich an die Zeche und an die Stadtverwaltung. Sie bekamen nichts, mit der Begründung: "Dies muß erst überprüft werden." Die Überprüfung währte mittlerweile drei Tage. Nicht anders erging es denjenigen Ausgewiesenen, die in Pensionen und Hotels der Umgebung untergebracht waren. In einer Wohnung waren keine Tapeten mehr an den Wänden. Andere sollten Wohnungen bekommen, die bis zu 600 DM Miete kosten sollten; bei vorher rund 195 DM eine Unverschämtheit.

"Nur ein paar schöne Worte"

Der auf der Ratssitzung anwesende Bergwerksdirektor Seidel gestand infolge der wachsenden Empörung zwar sofortige finanzielle Hilfe zu, "aber leben Sie bitte nicht über Ihre Verhältnisse; es gibt auch billige Mahlzeiten". Das trug ihm den Haß aller versammelten "Feierabend"-Bewohner ein. Auf die Frage der Entschädigung angesprochen, meinte Seidel: "Nach genauer Prüfung der entstandenen Schäden und in Absprache mit jedem einzelnen Geschädigten werden wir natürlich eine Schadensregelung treffen." Auf die Frage der künftigen Unterbringung der Betroffenen meinte er: Die Zeche habe erst vor kurzem in Linnich und Oberbruch Häuser und Grundstücke gekauft. Hier bestünde die Möglichkeit, durch Kündigungen (!) Raum zu schaffen.

Solche Schadensregelungen kennen die Bewohner des Gebietes Hückelhoven, Wassenberg und Umgebung, wenn sie ihre Bergschäden repariert haben wollten. Häufig zogen sie bis vors Gericht und oft bekamen sie auch dort kein Recht.

Ein Kollege beschreibt die Situation so: "Selbst wenn sie uns materiell alles ersetzen, eine Siedlung 'Feierabend' gibt es nicht mehr. Viele haben ein ganzes Leben lang dafür gearbeitet, um der Zeche das Haus abzukaufen; andere mußten es noch abbezahlen. Wir haben uns schön eingerichtet in der Siedlung, jetzt kommen wir vielleicht nach Linnich oder Oberbruch. Sowas können die uns gar nicht bezahlen. Man müßte denen verbieten, bei solch einem Risiko unter bewohnten Gebieten abzubauen. Aber die können ja den Hals nicht vollkriegen. Die Dummen sind natürlich wir, denn die bekommen den Schaden schon ersetzt." Auf die Frage, ob denn die Bewohner der Siedlung und die Kumpels schon genau informiert worden seien, was denn nun mit den Arbeitsplätzen und den Wohnungen sei, hieß es: "Bisher nur ein paar schöne Worte auch vom Ministerpräsidenten Kühn. Aber die helfen uns nichts. Die wollen uns nur beruhigen."

Auf der Belegschaftsversammlung am Donnerstag letzter Woche wurde den Bergarbeitern mitgeteilt, daß für 2 500 Kurzarbeitergeld beim Arbeitsamt beantragt ist. Mit Einkommensverlusten bis zu 124 DM sei zu rechnen.



Auf der Betriebsversammlung: Die Kumpel wollen wissen, wie es weitergeht.

Sicher werden die Bergwerkskapitalisten den Schacht wieder flottmachen lassen. Dafür sprechen zwei Günde: Erstens gibt es noch genug Kohle im Boden, und zweitens können sie wohl mit dem Zufluß von Steuergeldern des Landes Nordrhein-Westfalen rechnen. – (Sympathisantengruppe Mönchengladbach des KBW)